

ohl



LIBRARY
JUN 9 1955
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

*Die Kommunistische
Internationale*

1926 / HEFT 4

1.50 MARK

AUS DEM INHALT

G. Voitinski: Zur Beurteilung der Lage in China / D. Manuilski: Über umgestülpten Menschewismus und Sozialfaschismus / J. Leschtschinski; Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Polens / J. Walcher: Die Zentrale der KPD (Spartakusbund) und der Kapp-Putsch / Arvid Hansen: Die Losung der Labour Party in Norwegen / Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G.SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die
deutsche Ausgabe verantwortlich OTTO HOFFMANN, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion
sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VII. Jahrgang 1926
HEFT 4 APRIL
(Erscheint verspätet im Mai)

I N H A L T

G. Woitinski: Zur Beurteilung der Lage in China	325
D. Manuilski: Über umgestülpten Menschewismus und Sozialfaschismus	342
J. Leschtschinski: Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Polens	366
Ercoli: Welches war die soziale Basis des Faschismus?	381
J. Walcher: Die Zentrale der KPD (Spartakusbund) und der Kapp-Putsch	390
Arvid Hansen: Die Losung der Labour Party in Norwegen	412
Maletzky: Revue des Revues	421
H. Waletzki: „Die Sozialdemokratischen Parteien“	427
Al. Dobrodjeanu: Paul Held, Quer durch Rumänien	430
P. Kitaigorodski: Der große Krieg im Stillen Ozean	432

P R E I S

Einzelheft für das Inland einschl. Österreich und Tschechoslowakei	RM 1.50
Quartal	4.50
Halbjahr mit Register	10.—
Für das Ausland: Amerika, Einzelheft 50 Cts. — Drei Hefte	1.20 Dollar
Rußland, Einzelheft 1 Rubel — Jahresabonnement (12 Hefte)	10 Rubel

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere
Berliner Zweigstelle, Berlin NW7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung
und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Post-
scheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

G. WOITINSKI: ZUR BEURTEILUNG DER LAGE IN CHINA

1. Die Pläne der Imperialisten und die revolutionäre Bewegung

Seit Ende Dezember vorigen Jahres veränderte sich die militärische Lage im nördlichen und im zentralen China dahin, daß der reaktionäre Militarist Tschang Tso-lin, der sich am Rande einer endgültigen Niederlage befunden hatte und schon bereit gewesen war, nach Japan zu flüchten, sich, wie man jetzt zu sagen pflegt, von neuem „stabilisierte“, zum erneuten Angriff gegen die Volksarmeen überging und diese zwang, Tientsin und Peking zu verlassen.

Fast gleichzeitig mit der Restaurierung der Kräfte Tschang Tso-lins beginnt auch wiederum ein anderer General des zentralen Chinas, Wu Pei-fu, dessen Armeen teilweise zertrümmert, zum anderen Teil im Jahre 1924 während des Kampfes mit Tschang Tso-lin durch Verrat abgefallen waren, wieder auf die militärisch-politische Arena zu treten.

Wu Pei-fu konnte sich nur im Resultat des Widerstreites zwischen Tschang Tso-lin und den Volksarmeen von neuem erholen. Lediglich infolge der Schwächung dieser beiden vermochte er im Lande das erforderliche moralische und politische Gewicht wiederzuerlangen und eine politisch aktuelle Figur zu werden.

Gegenwärtig stellt Wu Pei-fu das militärische Haupt der Provinzen Honan, Tschili und Hupe, mit einer Bevölkerung von annähernd 100 Millionen dar, und die vorgeschobenen Posten seines Heeres befinden sich einige Stunden weit von der chinesischen Hauptstadt Peking entfernt. Dieser General träumt wieder von der Ergreifung der zentralen Macht, von der Zusammenfassung Chinas im Wege einer Militärdiktatur. Dahin strebt aber auch Tschang Tso-lin, der seit dem Sommer vorigen Jahres seinen militärischen Einfluß fast in allen Küstenprovinzen des eigentlichen China verloren hatte, aber am Ende Dezember vorigen Jahres wiederum diesseits der Großen Mauer (im eigentlichen China) hinter Schan-hai-guan hervorgetreten ist. Die Volksarmee, die ungefähr 100 000 Mann zählt und genügend stark ist, um mit jedem der beiden Militärs einzeln zu kämpfen, nicht aber mit beiden zugleich, war genötigt, eine Zeit lang zurückzugehen, vom Schauplatz der Kriegshandlungen abzutreten. Die Volksarmee ging auf die andere Seite der Nankou-Tunnels bis auf eine Entfernung von einigen Dutzend Meilen von Peking zurück.

Die Möglichkeit für die Erste Volksarmee, länger als einen Monat nach Verlassen Tientsins in Peking und seinem Gebiet zu verbleiben, sowie die Möglichkeit, aus Peking ohne Kämpfe nach strategisch günstigen Positionen abzuziehen, war nur dank dem Antagonismus zwischen Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu gegeben, einem Antagonismus, der im gegebenen Augenblick allerdings noch nicht so stark war, um Wu Pei-fu zu nötigen, ein Bündnis mit den Volksarmeen gegen Tschang Tso-lin zu suchen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach Räumung Pekings durch die Volksarmeen, vielleicht schon in allernächster Zeit, die chinesische Hauptstadt erneut den Zankapfel und möglicherweise auch den Kriegsschauplatz zwischen Tschang und Wu bilden wird.

Die imperialistischen Mächte und die ganze imperialistische Presse ziehen aus der neuen Lage die für sie günstigsten Schlüsse. Sie frohlocken über die „Zertrümmerung“ der Volksarmeen und entwerfen Pläne eines Generalangriffes gegen die Freiheitsbewegung in China. Ueber die Absichten und Hoffnungen der Imperialisten wird in der fernöstlichen Auslandspresse offener, in den „interessierten“ imperialistischen Ländern dagegen mehr verschleiert gesprochen.

Im Leitartikel der Londoner „Times“ vom 24. März wird mit einem Seufzer großer Erleichterung das Bild einer anrückenden politischen Reaktion in China entworfen. Der Autor zählt die Mißerfolge der Volksarmeen her und vermerkt mit Genugtuung die Einwirkung des vereinten Ultimatum der Imperialisten auf die chinesische Regierung Anfang März; er gibt seiner Freude Ausdruck über die Erschießung der Delegation der öffentlichen Organisationen am 18. März in Peking anlässlich ihres Protestes gegen das erwähnte Ultimatum; er hofft fest auf eine Loslösung der nationalen Bewegung in China von der USSR und gibt endlich seinem geheimen Wunsche und der Hoffnung der englisch-japanischen Imperialisten Ausdruck bezüglich eines engen Bündnisses zwischen Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu für einen Kampf gegen die Freiheitsbewegung in China und gegen die USSR. Zum Schlusse überkommen den Autor des Aufsatzes jedoch einige Zweifel, und er warnt die englische öffentliche Meinung, sich einem allzu großen Optimismus hinzugeben.

Ich führe hier den Schluß dieses Artikels in seinem vollen Wortlaut an, weil die dargelegten Gedanken für jeden, der sich von der gegenwärtigen Lage in China ein richtiges Bild machen will, von unbedingtem Interesse sind.

„Wenn man auch eine Besserung der allgemeinen Situation in China erhoffen darf, so wäre es doch im höchsten Grade unvernünftig, auf die Wiederherstellung eines baldigen Friedens in diesem Lande zu rechnen.“

Wu Pei-fu und Tschang Tso-lin haben bereits gegeneinander gekämpft und sie können es von neuem tun. Feng und seine Anhänger haben keine endgültige Niederlage erlitten. In Kanton stehen die kriegerisch gestimmten streikenden Organisationen unter Kontrolle der Sowjets. Der revolutionäre Kommunismus, sagt man, sei den Traditionen und dem Temperament der gebildeten Chinesen fremd. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen; unterscheiden sich jedoch die chinesischen Massen, bei all ihrer Geduld und Passivität, wirklich so sehr von den anderen Menschen, daß sie vollständig gleichgültig bleiben könnten gegenüber den revolutionären Samenkörnern, die in den so fruchtbaren Boden unterdrückter Armut, allgemeiner Hoffnungslosigkeit und wachsender Arbeitslosigkeit geworfen werden?

Wenn auch schwache Anzeichen eines Lichtstrahles vorhanden sind, so ist die nächste Zukunft Chinas dennoch vollkommen unbestimmbar. Aus dem Meere der Voraussagen und des Rätselratens ist eine große Kette ganz furchtbarer und abstoßender Geschehnisse zutage getreten. Der ausgedehnte Schauplatz des nördlichen Chinas ist vom Bürgerkrieg erfaßt und wird von den militärischen Häuptern für die Zwecke ihrer eigenen Bereicherung und Vergrößerung ihrer Armeen ausgenutzt. Diese Armeen rekrutieren sich vorwiegend aus Bauern, die durch die vorhergehenden Kriege ihrer Scholle beraubt wurden und die jetzt, um leben zu können, sich als Söldner verkaufen. Während sie die Dörfer plündern, pressen ihre Führer aus den Städten und aus dem Handel der reichen Provinzen gewaltige Tribute. Um die Verträge mit den ausländischen Mächten und um die Vertragsrechte der ausländischen Residenten

kümmern sie sich wenig. Die Unterwerfung beider Armeeführer wie der chinesischen Regierung unter das letzte Ultimatum beweist indessen, daß den Mächten alles zur Verfügung steht, um durch vereinte Aktionen den Schutz der gesetzlichen Interessen der Ausländer in China zu sichern. Bis in die jüngste Zeit sträubten sich einige Ausländer gegen die Anwendung allereinfachster Schutzmaßnahmen. Die Furcht vor einem Anwachsen der nationalen Gefühle in China, das den Bolschewiki Vorschub leisten könnte, war der Grund für diese Zurückhaltung. Es können in China auch solche Fälle vorkommen, wo der schmale Pfad der nationalen Interessen einer nützlichen internationalen Zusammenarbeit hinderlich zu sein pflegt. Nachdem jetzt die internationalen Aktionen durchgeführt worden sind und soweit die gesteigerten Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sich noch vertiefen, ist zu hoffen, daß die interessierten Mächte und besonders die Regierung seiner Kgl. Hoheit diese Erfahrungen beherzigen werden.

Außerhalb Kantons und ein wenig sogar in Kanton selbst haben die rauhe Wirklichkeit des Bürgerkrieges und die erschwerten finanziellen Verhältnisse vielen chinesischen Nationalisten die Augen geöffnet über die Deplaziertheit der ultranationalistischen Agitation, die im vergangenen Jahre in hohem Grade in Erscheinung trat. Ist es deshalb, wie bisher stets zu beweisen versucht wurde, noch immer nicht möglich, einen energischen Schutz der von der chinesischen Regierung anerkannten britischen Rechte und Interessen unter voller Achtung der nationalen Bewegung des jungen China zu organisieren?"

In der Tat, die in dem Leitartikel der „Times“ geäußerten Zweifel sind nicht unbegründet. Die Gegensätze zwischen Wu Pei-fu und Tschang Tso-lin bestehen wirklich weiter; die Arbeitermassen fahren fort, sich zu revolutionieren, und der „schmale Pfad der nationalen Interessen“ des chinesischen Volkes hört in Wirklichkeit nicht auf, ein Hindernis für die internationale Zusammenarbeit sowohl der Imperialisten mit dem chinesischen Volke als auch der Imperialisten untereinander selbst zu bilden. Es gibt aber noch einen weiteren Grund für die Zweifel unseres Autors; dieser besteht in den Gegensätzen zwischen Amerika einerseits und dem englisch-japanischen Block anderseits.

Man muß dem Leitartikler der „Times“ Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mit dem Klasseninstinkt des Feindes der chinesischen Revolution errät er besser als manche „Marxisten“ der II. Internationale jene Grundursachen, die es den Imperialisten unmöglich machen, die revolutionäre Bewegung in China zu ersticken und eine Militärdiktatur aufzurichten.

Militärische Zusammenstöße zwischen Wu Pei-fu und Tschang Tso-lin sind unausbleiblich, kein zeitweiliger Waffenstillstand kann diesen Kampf abwenden. Es handelt sich selbstverständlich nicht darum, daß Tschang-Tso-lin und Wu-Pei-fu historische Feinde seit dem Frühling 1920 sind, nachdem sie gemeinschaftlich die Armee des japanischen Handlangers Sju geschlagen haben. Dieselben Gründe, die zum Kampfe Tschang Tso-lins und Wu Pei-fus gegen Sju geführt hatten, bestehen auch weiter fort und drängen diese auch jetzt noch gegeneinander.

Unter welchen Bedingungen wäre ein Zusammenschluß der Militaristen im Norden Chinas möglich, d. h. unter welchen Bedingungen wäre die Aufrichtung einer Militärdiktatur möglich, die von den ausländischen Imperialisten unterstützt und zur Zusammenfassung Chinas von oben durch Waffengewalt der Militaristen führen würde? Hierzu gehören zurzeit in China zwei Hauptbedingungen: die erste wäre eine genügend ausgereifte chinesische Bourgeoisie, die mit Hilfe des einen oder anderen militärischen Führers oder eines Blockes der hauptsächlichsten Militärs das Land zusammenfassen

könnte. Die zweite Bedingung wäre, daß die Imperialisten wirklich eine Einheitsfront nicht nur in der Richtung eines Kampfes gegen die Freiheitsbewegung, sondern auch in der Frage der Staatsgewalt in China bilden könnten.

Man braucht kein allzu großer Kenner Chinas zu sein, um zu wissen, daß die chinesische Bourgeoisie noch sehr jung ist, daß sie sich im allgemein-staatlichen Maßstabe noch nicht einheitlich fühlt. Die Interessen der chinesischen Industriebourgeoisie und der Spitzen der Handelsbourgeoisie beschränken sich noch in hohem Maße auf die Einflußsphären der einen oder anderen imperialistischen Macht in China. Man kann beispielsweise nicht sagen, daß die Interessen der Bourgeoisie der Mandschurei und der Bourgeoisie der großen Hafenstädte, sowie solcher Gebiete, wie Schanghai, Kanton, oder der Industriebourgeoisie der Provinz Hupe, vollkommen übereinstimmen. Daneben muß bemerkt werden, daß die Gebiete, in denen die faktische Gewalt sich in den Händen der einander bekriegenden chinesischen Militärs befindet, große Länder mit einer Bevölkerung bis zu 100 Millionen darstellen.

Wenn aber die chinesische Bourgeoisie nicht so weit herangereift ist, daß ihre Bestrebungen zur Zusammenfassung des Landes einen entscheidenden Faktor im politischen Leben Chinas bilden, so kann man den Kampf zwischen Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu oder den anderen Generalen jetzt nicht in höherem Grade als früher als Ausdruck der zentripetalen Tendenzen der chinesischen Bourgeoisie ansehen.

Im Gegenteil, der Kampf zwischen Tschang Tso-lin, Wu Pei-fu, Sun Tschuang-fang und anderen weniger großen Generalen muß als Kampf zwischen den einzelnen vorrevolutionären militärischen Gruppen angesehen werden, die nur dank der Zersplitterung der Bourgeoisie und der Bauernmassen und dank der Unterstützung dieser Gruppen durch die Imperialisten fortbestehen können.

Nichtsdestoweniger besteht die historische Notwendigkeit fort, dem Bürgerkrieg in China ein Ende zu machen. Die allmähliche Zusammenfassung Chinas wird von den Interessen aller Bevölkerungsschichten diktiert, darunter auch der Bourgeoisie, die unter den einheimischen Militaristen nicht weniger zu leiden haben als unter den Folgen der ungleichen Verträge, die China von den Imperialisten aufgezwungen worden sind. Die ganze Frage besteht erstens darin, zu welcher Art Zusammenschluß China jetzt schreitet, und zweitens, welche Kräfte es vereinigen werden.

Hier muß von Anbeginn darauf hingewiesen werden, daß die chinesische Bourgeoisie, wenn sie auch in ihrer Gesamtheit kein vitales Interesse an der Vereinigung ganz Chinas hat, auf keinen Fall interessiert ist am Fortbestehen der Kämpfe unter den Militärs. Die von einigen Chinakennern gegebene Deutung des zwischen Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu vor sich gehenden Kampfes als Ausdruck der einander entgegengesetzten Interessen der Bourgeoisie der Mandschurei und des Jangtsekiang ist deshalb vollkommen unrichtig.

Wir halten beide Auslegungen des Kampfes der Militaristen für unrichtig: sowohl die, die diesen Kampf als direkten Ausdruck der zentripetalen Tendenzen der chinesischen Bourgeoisie auffaßt, wie auch die, die in den jetzt zwischen den chinesischen Militaristen vor sich gehenden Kämpfen den

Ausdruck der entgegengesetzten Interessen innerhalb der chinesischen Bourgeoisie sucht.

Die chinesische Bourgeoisie ist in ihrer Gesamtheit in der Hauptsache an einer festen Gewalt interessiert, die ihre Interessen im Rayonmaßstabe einiger Provinzen verteidigt. China könnte schon jetzt schematisch eingeteilt sein in wirtschaftlich „sich selbst genügende“ Provinzgruppen: die manschurische, die nordwestliche, die südwestliche und die südöstliche. Diese Tendenz weist aber offenbar schon auf die zukünftige Föderation Chinas hin, die allerdings nur über einige Kampfetappen um die Vereinigung des ganzen Landes hinweg erreicht werden kann.

Welche Kräfte können China föderativ zusammenfassen? Gewiß nicht militärische Cliques, die nicht die Interessen der chinesischen Bourgeoisie verkörpern, sondern selbstständige Gruppen, mit feudalen Fürsten an der Spitze, darstellen und um nichts anderes kämpfen als für die Besitzergreifung von Territorien zum Zwecke einer Vergrößerung ihrer Armeen und der Gewinnung neuer Einnahmequellen durch Ausplünderung der Bevölkerung.

Die Vereinigung und Föderierung Chinas wird von unten her erfolgen, als Resultat einer weiteren Revolutionierung der Massen und des Wachstums und der Formierung der Arbeiterklasse. Der Kantoner Versuch beleuchtet zweifellos den Weg der weiteren Entwicklung des Befreiungskampfes des chinesischen Volkes und er zeigt, in welcher Weise in unserer Epoche der sozialen Revolution die bedrückten Massen des Ostens die Macht in der Uebergangszeit vom Feudalismus zu einer neuen Ordnung aufbauen werden.

Ein anderes Moment, das den Imperialisten die Möglichkeit nimmt, in China eine militärische Diktatur zum Zwecke der Zusammenfassung des Landes unter der Gewalt des ausländischen Imperialismus aufzurichten, besteht in den unüberwindbaren Gegensätzen zwischen den Imperialisten selbst. So geriet der amerikanische Kapitalismus, der im Fernen Osten nach dem Weltkriege einen energischen Anlauf machte, bald unmittelbar in Gegensatz zu Japan, das seinen Einfluß in China schon im Jahre 1915 so sehr zu sichern vermocht hatte, daß es gegen Ende des Weltkrieges die Hegemonie in der Ausbeutung Chinas besaß. England, das mit Japan seit 1902 einen Vertrag besaß und ihm während des Krieges die Verteidigung der englischen Interessen im Fernen Osten aufgetragen hatte, war nach dem Versailler Frieden gezwungen, Amerika auf Kosten Japans in China Zugeständnisse zu machen.

Der Krieg der Tschiligruppe (Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu) im Jahre 1920 gegen den Anfu-Klub, der damals die chinesische Zentralregierung in Händen hatte, bedeutete letzten Endes den Kampf gegen die japanischen Interessen in China. Die Niederwerfung Tuans, des Führers der Anfuisten, bedeutete die Niederlage Japans in China zum ersten Male nach den langen Jahren seines unaufhaltsamen Machtzuwachses. Die Washingtoner Konferenz hat neben anderen „Errungenschaften“ die Niederlage Japans juristisch festgelegt. Dieses kam darin zum Ausdruck, daß die Japaner sich aus der Provinz Schantung und aus dem Hafen Tsingtau zurückziehen mußten und so ihren Einfluß auf die Zentralregierung Chinas verloren. Außerdem wurde während der Washingtoner Konferenz im Jahre 1922

unter dem Druck Amerikas der um diese Zeit abgelaufene englisch-japanische Vertrag nicht mehr erneuert. Zwischen dem Jahre 1922 und 1924 erfolgte in China der Wettstreit zwischen Japan und Amerika mit Unterstützung des ersteren durch England. Um die Mitte des Jahres 1923 überwog der englisch-amerikanische Einfluß auf die Zentralregierung Chinas. Das setzt sich bis zum Herbst 1924 fort. Im Herbst 1924 erleidet jedoch Wu Pei-fu, der sich den Engländern und Amerikanern genähert hatte, eine Niederlage durch Tschang Tso-lin, der sich seit dem Frühjahr 1920 nach dem Siege über den Anfu-Klub dem japanischen Imperialismus eng angeschlossen hatte. Der japanische Einfluß ist von neuem gestärkt und gleichzeitig vertieft sich der Gegensatz zwischen diesem und Amerika. Die Ereignisse im Sommer 1925, der ungewöhnliche Aufschwung der Freiheitsbewegung in China und das Erscheinen der Volksarmeen auf der politischen Arena verwirrt für einige Zeit die Imperialisten. Diese entschließen sich nicht zu einer offenen Intervention, können aber auch nicht auf Zugeständnisse an die nationale Bewegung eingehen und bleiben so im Laufe einiger Monate im Zustande des Schwankens. Sie warten ab. Früher als die anderen wird nun gegen Ausgang des Sommers 1925 Japan wieder aktiv. Es unternimmt alles mögliche, um die Konterrevolution zu fördern, deren Zentrum Mukden ist. Die amerikanischen und englischen Imperialisten, besonders die letzteren, erweisen ihm Hilfe in Erkenntnis der dem Imperialismus im Falle eines Sieges der revolutionären Bewegung drohenden Gefahr.

Mit dem Augenblick des Rückzuges der Volksarmeen und des erneuten Vorrückens Tschang Tso-lins nach Peking wächst erneut der Einfluß Japans in China. Schon nach dem ersten Mißerfolg der Volksarmee in Tientsin wurde eine Reihe von Ministern nichtjapanischer Orientierung aus der Regierung Tuan Tschu-juis entfernt und an ihre Stelle wieder Mitglieder des Anfu-Klubs gesetzt. Mit dem weiteren Vorrücken Tschang Tso-lins wächst auch der weitere Einfluß Japans. England, das an der Unterdrückung der Freiheitsbewegung in China am meisten interessiert ist und die Absetzung der Kantoner Regierung anstrebt, zieht eine vorübergehende Festigung der Stellung Japans der übleren Alternative eines Erfolges der revolutionären Bewegung vor. Und in dieser Beziehung möchte England wirklich zusammen mit Japan einen Block zwischen Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu herstellen, einen Block, der den Zweck hat, einerseits die revolutionäre Bewegung in China abzuwürgen, und andererseits die Interessen dieser bei den imperialistischen Mächten zu schützen. Einmal aber sind Wu Pei-fu und Tschang Tso-lin, besonders der erstere, nicht gewöhnliche Marionetten in den Händen der Imperialisten; ihr Kampf gegen die revolutionären Massen Chinas ist, da sie damit den Imperialisten Vorschub leisten, auch der „chinesischen Logik“ unterworfen. Andererseits kann sich auch Amerika nicht mit dem in Nord-China und teilweise von neuem auch in den Küstenprovinzen wachsenden Einfluß Japans einverstanden erklären. Es wird, wenn es sich auch nicht unmittelbar in die Kriegsdinge Chinas einmengt, alles Mögliche tun, um einen weiteren Machtzuwachs Japans zu hindern. Die Verschärfung der Gegensätze zwischen Amerika und Japan (auch England) wird besonders gerade jetzt nach dem Rückzug der Volksarmeen und

nach der Rückkehr des sich auf Tschang Tso-lin stützenden Tuan Tschijuis zur Macht in Erscheinung treten.

Die Schaffung einer Militär-Diktatur in China aus den maßgebendsten militärischen Faktoren, nach dem Plane Japans und Englands, begegnet somit unüberwindlichen Schwierigkeiten sowohl in der inneren Lage Chinas wie auch dank dem Gegensatze unter den Imperialisten selbst.

Wir wollen jedoch nicht vorausseilen und darüber erst im weiteren handeln, wenn von der im Zusammenhang mit der Besetzung Pekings durch Tschang Tso-lin in China neu entstandenen Lage die Rede sein wird.

Bevor wir aber zu einer retrospektiven Analyse der Ereignisse in China, die der Offensive der Reaktion vorangegangen sind, übergehen, halten wir es für notwendig, noch eines uns feindseligen Organs Erwähnung zu tun, das hinsichtlich der Beurteilung der Lage in China der „Times“ nahe steht.

Im Organ der österreichischen Sozialdemokraten, der „Arbeiterzeitung“ vom 30. März d. J., beeilt sich Herr Otto Bauer auf Grund englischer Telegramme den Schluß zu ziehen, daß die chinesische Revolution erstickt sei und daß in diesem Lande schon das Jahr 1849 begonnen habe. Dieser bekannte Theoretiker der II. Internationale hat indessen, soviel wir wissen, im Jahre 1925 nichts über ein chinesisches 1848 geschrieben. Er, der Verfasser der Resolution über die Ostfrage auf dem Kongreß der II. Internationale in Marseille, hat mit keinem Wort den sozialdemokratischen Arbeitern gegenüber die Revolution in China erwähnt. Er beeilt sich aber jetzt, der Welt den Eintritt einer konterrevolutionären Aera in China mitzuteilen:

Nach Nachrichten, die allerdings aus interessierter, nämlich aus englischer Quelle, stammen, ist in Kanton, wo sich bisher der Hauptstützpunkt der revolutionären „Nationalpartei“ Kuomintang befand, eine Aenderung der Machtverhältnisse eingetreten. Dort hat General Tschangkaitchen die Macht an sich gerissen und möglicherweise die Regierung selbst gestürzt, sicher aber den proletarischen, mit den Bolschewiken sympathisierenden Flügel der Kuomintang mit Gewalt und Blutvergießen verdrängt. Ob und inwieweit Tschangkaitchen ein Verbündeter der „Verbündeten“, ein Werkzeug der alliierten Generale ist, scheint noch nicht klar; sicher ist hingegen, daß die neuen Machthaber in Kanton bereits mit den Engländern wegen der Aufhebung des Boykotts der englischen Waren verhandeln, der von Kanton aus in ganz Südchina mit Erfolg durchgeführt wurde und den englischen Handel in Hongkong schwer traf. Alle diese Anzeichen weisen in eine Richtung: die chinesische national-revolutionäre Bewegung hat im Norden wie im Süden einen schweren Schlag erlitten. China, das im vorigen Jahre sein 1848 sah, erlebt heuer sein 1849.

Auf Grund der Nachrichten über den Rückzug der Volksarmeen im Norden und über den angeblich eingetretenen Umschwung in Kanton konstatiert Otto Bauer mit der Miene tiefen Mitgefühls für das chinesische Volk den Eintritt eines 1849 in China und ruft jetzt das internationale Proletariat auf, „seine Pflicht gegenüber der chinesischen Revolution zu erfüllen, den Eingriff des ausländischen Imperialismus nach Kräften fernzuhalten.“

„Chinas 1848 war eine Kampfansage an den europäischen Kapitalismus. Chinas 1849 darf für den europäischen Kapitalismus keine Gelegenheit zur Leichenfledderei an der vorübergehend zurückgeschlagenen Revolution werden.“

ruft Herr Otto Bauer aus.

Otto Bauer wird wahrscheinlich sehr verwundert sein, wenn er in den letzten Telegrammen aus China die Nachricht liest, daß die Kantoner Re-

gierung nicht nur nicht gestürzt sei, sondern ihren Einfluß auch auf die benachbarten Provinzen ausdehne. Er dürfte etwas betroffen sein, wenn er erfährt, daß die große Provinz Hunan sich jetzt Kanton angeschlossen hat, nachdem der General Tschao Heng-ti, ein Reaktionär und Anhänger Wu Pei-fus, vertrieben worden ist.

Wie wir sehen, besitzen die auf die „interessierten Quellen“ gegründeten Erörterungen Otto Bauers für die Beurteilung der wirklichen Lage in China keinerlei Bedeutung, doch ist der Zweck eines solchen Artikels, sein politischer Sinn, überaus klar, nämlich: den Willen des internationalen Proletariats in seinem Bestreben, die Freiheitsbewegung in China zu fördern, zu schwächen. „Der Leichnam einer Revolution“ braucht wahrlich nicht gefördert zu werden, da heißt es nur, Hut ab und die letzte Pflicht, die letzte Ehre erweisen.

So sehen wir, daß in der Beurteilung der Lage in China zwischen der „Times“ und Otto Bauer nur ein unerheblicher Unterschied herrscht, der darin besteht, daß die unmittelbaren Ideologen des Imperialismus als nüchterne Tatmenschen für sich mehr Schwierigkeiten sehen, als ihre freiwilligen und objektiven Diener aus der II. Internationale. Für Otto Bauer ist es eine geschichtliche Unvermeidlichkeit, ein unabänderliches Gesetz, daß die chinesische Bourgeoisie mit Hilfe der Militaristen und des „kulturellen“ ausländischen Kapitals zur Macht gelangen muß. Was schiert es ihn, daß die Tatsachen von etwas anderem sprechen, daß der zeitweilige Sieg der Reaktion im Norden weniger als die Hälfte des Landes umfaßt, daß gleichzeitig mit dem Einrücken Tschang Tso-lins in Peking sich im Süden eine Föderation um Kanton bildet, daß General Sun Tschuan-fang in den südöstlichen Provinzen nach dem Siege Tschang Tso-lins von der Provinz Schantung her den Kampf gegen ihn schon wieder aufnimmt, daß endlich im Rücken Wu Pei-fus und Tschang Tso-lins nach Maßgabe ihres Vorrückens nach Peking eine Bauernbewegung eingesetzt hat, die nach Uebergreifen auf die wichtigsten Eisenbahnlinien und das Zentrum der nationalrevolutionären Bewegung und der Arbeiterbewegung die Aufgabe der Staatsgewalt in China ganz anders lösen kann, als „Times“ und Otto Bauer es prophezeien. Aber das alles kümmert ihn nicht. Er wiederholt, wie ein alter Papagei: China war ein Feudalstaat, in China hat sich im vorigen Jahre eine große revolutionäre Bewegung vollzogen, gegenwärtig hat sie eine Niederlage erlitten, den Gewinn hat die Bourgeoisie davongetragen, und diese kommt auch mit Hilfe der Militaristen zur Macht.

Das nächste Jahr wird es erweisen, daß die Revolution in China nicht nur nicht beendet ist, sondern erst beginnt.

Die Volksarmeen und die Freiheitsbewegung

Die Volksarmeen, mit Feng Yu-hsiang an der Spitze, wurden erst zu Beginn 1925 eine selbständige militärische Gruppe, einige Zeit nach der Herbstniederlage Wu Pei-fus, mit dem zusammen sie gegen Tschang Tso-lin operierten und den sie in letzter Minute „verrieten“. Bis zum Beginn des Jahres 1925 wurden die Armee Feng Yu-hsiangs und die Armeen der beiden Generale Chu Din-ji und Sun-Yüeh, die in den Provinzen Tschili, Honan und Schensi lagen, nicht als nationale bezeichnet und waren auch nicht mit

der chinesischen Freiheitsbewegung verbunden. Gewiß, zu den Armeen der beiden letzteren Generale besaßen einzelne hervorragende Mitglieder der Kuo-min-tang schon lange Verbindungen und beeinflussten den einen oder anderen Teil derselben ideell schon seit der Zeit der Revolution von 1911. Das Jahr 1924 und der Beginn 1925 bildeten die Periode des nationalen Aufschwunges in China, der am Schlusse des verfloßenen Jahres in eine machtvolle anti-imperialistische Bewegung ausmündete. Diese Bewegung erhielt einen Kampfcharakter und einen konsequenten national-revolutionären Charakter dank der Tatsache, daß in den großen Hafenstädten des Landes die Arbeiterklasse in ihren Mittelpunkt trat und an einigen Stellen ihr Vorkämpfer wurde.

Das charakteristischste Symptom der anhebenden nationalen Freiheitsbewegung in China war als Resultat der Niederlage Wu Pei-fus im Herbst 1924 das auf der politischen Arena in Nordchina zum ersten Male seit der chinesischen Revolution von 1911 erfolgte Wiedererscheinen Dr. Sun Yat-sens, des Führers der Partei der Kuo-min-tang.

Warum hat die chinesische Oeffentlichkeit, die breiten Volksmassen, die Niederlage Wu Pei-fus im Herbst 1924 als günstigen Faktor für die weitere Entwicklung der Freiheitsbewegung angesehen, trotzdem der Sieger ein anderer Militarist — Tschang-Tso-lin war?

Das erklärte sich damit, daß schon um die Mitte des Jahres 1923, als Wu Pei-fu unter wohlwollender Mitwirkung der Regierung Englands und Amerikas Tsao Kun auf den Präsidentenstuhl gesetzt hatte (in China sagte man, daß Amerika für diesen Zweck einige Millionen Dollars hergegeben habe), die chinesische Bourgeoisie und die demokratische Bevölkerungsschichten empfanden, daß es sich um die Aufrichtung einer auf das ausländische Kapital gestützten Militärdiktatur handle. Der Kampf gegen Wu Pei-fu im Jahre 1924 wurde deshalb von der öffentlichen Meinung Chinas fast als Befreiungskampf angesehen. So und nur so ist es zu erklären, warum die damals fast ausschließlich eine Partei des südlichen Chinas darstellende Kuo-min-tang Tschang-Tso-lin gegen Wu Pei-fu moralisch unterstützte, obgleich er ein offensichtlicher Handlanger Japans war.

Die Partei Kuo-min-tang, mit Sun Yat-sen an der Spitze, begriff vorzüglich, daß eine Niederlage Wu Pei-fus gleichbedeutend sein mußte mit einer Durchkreuzung des Planes der anglo-amerikanischen Imperialisten, mit einer Schwächung ihres Apparates und zum Teile mit einer Vertiefung der Gegensätze unter ihnen. Sie verstanden aber auch andererseits, daß Japan, von Amerika und England isoliert, für China eine kleinere Gefahr bedeute als die anderen Imperialisten, und vor allem, daß Tschang Tso-lin, auf Japan gestützt, nicht imstande sein würde, eine starke militärische Diktatur im Lande zu schaffen. Sun Yat-sen und die Kuo-min-tang nahmen durchaus richtig an, daß die Niederlage Wu Pei-fus Tschang-Tso-lin noch keinen völligen Sieg verleiht, andererseits aber neue Möglichkeiten für eine Freiheitsbewegung eröffnet, der Energie des nationalen Kampfes die Hände löst.

Und in der Tat, die Niederlage Wu Pei-fus im Herbst 1924 förderte außerordentlich die Entwicklung der Freiheitsbewegung in China. Die politische Reaktion, die im Lande während des Jahres 1923 und 1924 wütete (die bekannten Erschießungen streikender Arbeiter auf der Peking-Hankou-Eisen-

bahn, die Verfolgungen der Kommunisten und Kuo-min-tang-Anhänger im Sommer 1924, die vorbereitete militärische Expedition gegen Kanton), endete mit einer Niederlage Wu Pei-fus, worauf dann die Aera der Legalisierung der Kuo-min-tang im Norden und der Arbeiterstreiks in den großen Hafenstädten des Landes einsetzte. Selbst die japanischen Imperialisten waren gezwungen, ein Bündnis mit den öffentlichen Organisationen Chinas zu suchen, da sie fühlten, daß mit Hilfe Tschang Tso-lins allein ihr Sieg, der in der Niederwerfung Wu Pei-fus bestand, politisch nicht befestigt werden konnte. Damit ist unter anderem auch die bekannte Einladung an Sun Yat-sen zu erklären, auf dem Wege von Kanton nach Peking auch nach Tokio zu kommen. Der Besuch Sun Yat-sens mit einer Gruppe bekannter Kuo-min-tang-Mitglieder in Peking hat die revolutionäre Bewegung im Norden noch weiter angeregt.

Eigentlich hat seit dieser Zeit und auf dem hier geschilderten Hintergrunde der politischen Ereignisse, die Armee Feng-Yu-hsiangs und der anderen Generale sich zur nationalen Bewegung in China hinzuneigen begonnen.

Die weiteren Etappen dieser Annäherung mußten eine Reihe von Hindernissen und Gegensätzen passieren. Die Ereignisse in Schanghai und die weitere Entwicklung der Freiheitsbewegung haben für die Annäherung der Volksarmeen an die Kuo-min-tang eine ungeheure Rolle gespielt. Feng Yu-hsiang hatte von Anbeginn erkannt, daß allein durch die Tatsache der Erklärung seiner Loyalität gegenüber dem Befreiungskampfe seine Armee eine ungleich viel günstigere Stellung erhalten würde als alle anderen. Feng machte im Sommer des vorigen Jahres einige öffentliche Erklärungen, in denen er den Studenten und Arbeitern seine Sympathien ausdrückt und seine Bereitschaft erklärt, gegen die englischen Imperialisten mit Waffengewalt vorzugehen. Besonders günstig wirkt seine Erklärung gegenüber dem bekannten Interview Tschang Tso-lins, in dem der letztere die Notwendigkeit für China erwähnt, einen starken Mann zu besitzen, der mit Hilfe der ausländischen Mächte der roten Gefahr in China ein Ende machen und ein „strenge Regiment“ einführen würde.

Es ist selbstverständlich, daß die Deklarationen Fengs, als des Führers einer großen Armee, nicht nur Worte bleiben konnten. Seine Erklärungen erzeugten einen entsprechenden Geist in der Armee. Die ihm unterstellten Generale und Offiziere und ebenso die Soldaten begriffen, daß die Armee Fengs eine Verpflichtung dem Volke gegenüber auf sich genommen und ihm das Versprechen der Unterstützung gegeben hat. Und je mehr sich die nationale Bewegung entwickelte und je schwieriger im Zusammenhange damit die Lage Tschang Tso-lins innerhalb Chinas und im besonderen in den Rayons Schanghai und Nanking wurde, umso günstiger wurde die Lage der Volksarmee.

Fast um die gleiche Zeit, als sich der Kampf in Schanghai und in den anderen Landeszentren vertiefte und die Formen eines Kampfes gegen die chinesischen Militaristen anzunehmen begann, wird es dem ehemaligen Anhänger Wu Pei-fus, dem General Sun Tschuan-fang möglich, aus der Stadt Hangtschou in der Provinz Tschekiang gegen die Heere des Anhängers Tschang Tso-lins in Schanghai, Schin Si-ling aufzutreten. Dieses Auftreten Sun Tschuan-fangs bedeutete den Beginn einer neuen Aera des Bürgerkrieges in China nach 1924.

Die chinesische Kommunistische Partei und die Kuo-min-tang erkannten, daß, wenn die Armeen Tschang Tso-lins nicht geschlagen würden, die Imperialisten die chinesische Revolution durch die Hand Tschang Tso-lins abwürgen würden. Das Auftreten Sun Tschuan-fangs, dem fast von allen Bevölkerungsschichten in den von den Tschang Tso-lin-Truppen besetzten Gebieten des eigentlichen China Sympathien entgegengebracht wurde, wurde auch von der Kuo-min-tang und den Kommunisten im günstigen Sinne aufgenommen. Der schnelle Erfolg Sun Tschuan-fangs, der im Laufe zweier Wochen die Truppen Tschang Tso-lins aus der Provinz Kiangsu und Schantung vertrieben hatte, kann in hohem Maße durch den Haß der Volksmassen gegen Tschang Tso-lin erklärt werden. Mit dem Beginn der ersten Niederlagen Tschang Tso-lins Ende Sommer vorigen Jahres beginnt eine neue Belebung der Freiheitsbewegung im Norden Chinas. Die Bedingungen für ein Hervortreten der Volksarmeen gegen Tschang Tso-lin wurden immer günstiger. Man empfand im Lande, daß die Volksarmeen mit jedem Tage sich mehr zu einem militärisch-politischen Faktor ausgestalteten, wobei dieses Wachstum in direktem Verhältnis zur Schwächung der militärischen Autorität Tschang Tso-lins stand.

Wu Pei-fu beginnt erst um diese Zeit, sich wieder zu regen; nach den weiteren Rückzügen Tschang Tso-lins beginnt er jedoch, einen sich allmählich steigenden politischen Einfluß im Lande zu gewinnen. Durch seine Anhänger, die hohen Beamten, beginnt Wu Pei-fu eine politische Kampagne in Peking und Tientsin gegen die Regierung Tuan Tschi-juis. Wu Pei-fu, der um diese Zeit nur über ca. 10 000 Soldaten verfügt, und nicht eine einzige größere Stadt besitzt, mengt sich unmittelbar in den Bürgerkrieg nicht ein und tritt nicht offen als Anhänger irgendeiner der sich bekriegenden Parteien hervor. Gegenüber den Kriegsoperationen ist er neutral, und politisch zieht er es vor, selbständig aufzutreten. Sein erstes Auftreten gegen die Regierung bestand in einer Kampagne gegen die Auszahlung der laufenden Boxerschuld in Goldfranken an Frankreich. Das war aber, genau genommen, keine Kampagne, sondern nur eine Bloßstellung der Regierung nach geschehener Tatsache.

Das zweite Auftreten Wu Pei-fus erfolgte anlässlich der Zollkonferenz, die im Oktober nach Peking einberufen wurde. Wu Pei-fu war eigentlich kein Gegner der imperialistischen Konferenz, er war aber dagegen, daß als Ergebnis derselben Tuan Tschi-jui und Tschang Tso-lin Anleihen gewährt werden sollten.

Im Zeichen des Kampfes gegen die Regierung Tuan Tschi-juis und gegen die imperialistische Tarifkonferenz stellte Wu Pei-fu seine ehemalige Autorität wieder her und sammelte neue Kräfte. Aber nicht nur mit Mitteln solcher Art konnte er seine Stellung wieder erlangen. Er wandte auch gleichzeitig mehr „politische“ Methoden an. Der General der Provinz Hupe, Hsiao Yao-nan, der lange Zeit in Hankou saß und bis zur Niederlage Wu Pei-fus im Jahre 1924 diesem unterstellt war, trat im Jahre 1925 mit einer ziemlich starken selbständigen Macht hervor. Er gewährte Wu Pei-fu nach seiner Niederlage Zuflucht, ließ ihn aber nicht nach Hankau selbst hinein. Am Beginn des Winters dieses Jahres starb Hsiao Yao-nan plötzlich. Die

chinesische Presse war der Meinung, daß er vergiftet worden sei. Wu Pei-fu riß nun hier die Macht an sich und wurde „plötzlich“ wieder das Haupt einer bedeutenden Armee und der Besitzer großer Einnahmequellen.

Die Volksarmeen befanden sich jedoch um diese Zeit nach dem Auftreten Sun Tschuan-fangs noch in einem solchen Zustande, daß sie kein einheitliches Ganzes bildeten. Die erste Volksarmee befand sich im nordwestlichen Teile der Provinz Tschili und teilweise in den Gebieten der inneren Mongolei. Sie stand unter dem unmittelbaren Oberbefehl Feng Yu-hsiangs. Die zweite Volksarmee stand in der Provinz Honan und wurde von Yüch Wei-tchün befehligt, die dritte in der Provinz Schensi war Sun-Yueh unterstellt. Infolge der Tatsache, daß die drei Volksarmeen nicht einem einheitlichen Kommando unterstanden, konnten sie den damals beginnenden Rückzug Tschang Tso-lins nicht in genügendem Maße ausnützen. Andererseits fürchtete die zweite Armee, einen Vorstoß gegen den Anhänger Tschang Tso-lins in der Provinz Schantung zu machen, da sie mit einem Vorstoß Wu Pei-fus in ihrem Rücken rechnete, und die erste Armee, die sich für den Hauptkampf gegen die damals an der Peking—Mukdener Eisenbahn und im Rayon Jech der inneren Mongolei aufgestellten Hauptkräfte Tschang Tso-lins vorbereitete, hielt es für unzweckmäßig, den Kampf vor der Reinigung der Provinz Schantung zu beginnen. Die dritte Volksarmee konnte an den Schauplatz des bevorstehenden Kampfes aus ihrer Provinz Schensi aber erst nach weiterem Vordringen der zweiten Volksarmee nach Norden vorstoßen.

Bis sich die Befehlshaber der drei Volksarmeen besprochen und bezüglich ihres Angriffs auf Tschang Tso-lin übereingekommen waren, vermochte der letztere seine Truppen zurückzuziehen und die Linie des kommenden Kriegsschauplatzes zu verkürzen.

Im Herbst war die Atmosphäre des politischen Lebens des Landes geschwängert von der Erwartung des bevorstehenden Bürgerkrieges. Tschang Tso-lin bereitete sich fieberhaft vor. Die Japaner und Engländer unterstützten ihn in jeglicher Weise. Die Volksarmeen trafen ebenfalls militärische Vorbereitungen, waren aber sowohl in der Bewaffnung wie in ihren materiellen Mitteln bedeutend dürftiger ausgestattet als Tschang Tso-lin.

Der national-revolutionäre Kampf hatte sich um diese Zeit auf zwei sehr große politische Fragen eingestellt — im Süden auf die Notwendigkeit, den Boykott über Hongkong siegreich zu Ende zu führen, und im Norden, die Tarifkonferenz im Interesse des chinesischen Volkes zu Ende zu führen. In der Lösung dieser beider Fragen spielte die Regierung Tuan Tschijuis eine verräterische Rolle. Sie unterhielt die Verbindung mit dem konterrevolutionären General Tscheng Tsching-ming, der aus Kanton vertrieben war, jedoch mit Hilfe englischen Geldes eine neue militärische Expedition gegen Kanton zu organisieren versuchte; ebenso entsandte sie nach Hongkong zu den englischen Imperialisten ihren Vertreter, um von dorthier gegen Kanton ihre Zersetzungsarbeit zu führen. Gegenüber der Tarifkonferenz betrieb die Regierung Tuan Tschijuis eine so zweideutige Politik, daß die nationale Presse im Hinblick auf die Anleihe von der Gefahr einer großen Bestechung Tuan Tschijuis und Tschang Tso-lins schrieb.

Im Lande reifte eine Situation heran, die den Sturz der Zentralregierung erheischte. Um diese Zeit verfügte jedoch keine einzige politische Partei

im Lande über die reale Macht, eine solche Aufgabe erfüllen zu können, so daß nur eine neue militärische Kraft dafür in Betracht kam.

Fast alle Bevölkerungsschichten erwarteten diesen politischen Akt von den Volksarmeen, besonders von der ersten Armee. Interessiert daran waren die Kaufmannschaft, das städtische Kleinbürgertum, die Handwerker, ganz abgesehen von den Arbeitern und revolutionären Studenten. Es erwarteten dies die breiten Massen.

Eine solche Lage ist für das gegebene Stadium der revolutionären Bewegung in China außerordentlich charakteristisch: die revolutionären Kräfte sind noch nicht genügend stark, um unmittelbar mittels Aufstände die militärischen Cliquen zu stürzen und eine demokratische Regierung zu bilden, jedoch stark genug, um eine solche politische Situation zu schaffen, in der eine relativ kleinere Militärmacht mit Aussicht auf den Sieg einem unvergleichlich stärkeren Feind gegenüber treten kann.

Die Volksarmeen jedoch, die nicht in genügendem Maße sich der ganzen Bedeutung des politischen Kampfes gegen ihre militärischen Feinde bewußt wurden, konnten sich nicht rechtzeitig zu einem Sturze Tuan Tschis entschließen. Sie trugen sich mit der Absicht, dieses erst nach dem Siege über Tschang Tso-lin zu tun. Ebenso gedachte Feng sein politisches Programm erst nach der Niederwerfung Tschang Tso-lins zu deklarieren. Feng und die Volksarmeen verstanden nicht die Bedeutung des politischen Kampfes und wandten ihre ganze Aufmerksamkeit ausschließlich militär-technischen und strategischen Fragen zu.

Die Partei Kuo min-tang und die Kommunisten warnten die Volksarmeen und forderten von ihnen schon lange vor Beginn der militärischen Operationen, sie sollten dem Volke ihre politische Plattform mitteilen und damit einen Erfolg des Kampfes gegen Tschang-Tso-lin fördern. Die Volksarmeen hielten es aber nicht für möglich, in dieser Weise hervorzutreten. Sie blieben vor allem nur militärische Gruppen. Ihre Führer, mit Feng an der Spitze, begriffen eben nicht die ungeheure Bedeutung des politischen Kampfes.

In ihrem Aufruf an die Arbeiter und an die Volksmassen im allgemeinen erklärte die chinesische Kommunistische Partei im Herbste vorigen Jahres vor Beginn der Kampfhandlungen zwischen den Volksarmeen und Tschang Tso-lin folgendes:

„Ungeachtet des Hasses, den die Volksmassen den Räuberbanden Tschang Tso-lins entgegenbringen, ungeachtet der sich in zunehmendem Maße gegen ihn im zentralen und südlichen Teile Chinas sammelnden militärischen Kräfte wird der Sieg über ihn, wird die endgültige Zertrümmerung des konterrevolutionären Nestes der Mukdener eine ungeheure Anspannung aller Kräfte des ganzen Landes erfordern. Denn abgesehen davon, daß er aus den Völkern der Mandschurei, Tschilis und der inneren Mongolei ungeheure Mittel auszupressen vermocht hat, erhält er Hilfe von den Imperialisten und wird sie weiter erhalten. Sie werden ihn nicht nur mit Geldmitteln, sondern auch mit Waffen und Transportmitteln versehen.

Alle, die nach einer Befreiung des Landes vom Joche der Imperialisten lechzen, müssen dies wissen und begreifen. Die ganze Bevölkerung des Landes muß aber auch wissen, daß die Unabhängigkeit und ein Zusammenschluß Chinas nicht erreicht werden können, ohne daß der schlimmste Feind des chinesischen Volkes, der Verräter seiner Interessen, Tschang Tso-lin, beseitigt wird.

Es müssen deshalb alle Anstrengungen gemacht werden, um dem Kampfe mit dem starken Gegner gewachsen zu sein, dessen Verbündete die reichen Imperialisten Japans, Englands und andere sind.

Die Volksarmeen müssen begreifen, daß ihr Verbündeter das ganze werktätige Volk sein muß, daß die allgemeine Sympathie des ganzen Volkes während des bevorstehenden Bürgerkrieges ihnen als Hilfe dienen muß.

Für diesen Zweck ist aber notwendig, daß die Führer der Volksarmeen erstens wirklich eine gemeinsame Front gegen den Feind bilden und zweitens dem Volke ihre politische Plattform mitteilen. Sie müssen beweisen, daß sie für die revolutionäre Macht des Volkes eintreten, die den Befreiungskampf gegen die Imperialisten führen und die Revolution von 1911 zu Ende führen wird.“

Indem sie von den Führern der Volksarmeen ein politisches Hervortreten forderten, waren sich die chinesische Kommunistische Partei und die Kuomin-tang dessen bewußt, daß die letzteren sich zu solch einem Schritte nicht nur deshalb nicht entschließen, weil sie die Bedeutung desselben für die Mobilisierung der öffentlichen Meinung für die Sache der Volksarmee nicht begreifen, sondern auch deshalb, weil sie die wahnsinnige Gegenagitation fürchten, die in China von den Imperialisten und den konterrevolutionären Militaristen betrieben wurde, die die Volksarmeen als Bolschewisten bezeichnen, die chinesische Bourgeoisie so einschüchtern und Tschang Tso-lin Losungen nahelegen. Der letztere hat wirklich zum Banner seines Kampfes gegen die Volksarmee „den Kampf gegen die rote Gefahr in China“ gemacht. Wenn wir aber auch dieses Manöver der Imperialisten berücksichtigen, so müssen wir dennoch anerkennen, daß die Kommunisten im Rechte waren, wenn sie von den Volksarmeen eine Erklärung ihrer demokratischen Plattform verlangten, damit diese dem ganzen Volke bekannt würde. Das Schweigen Fengs und der anderen Führer wurde eben von den Imperialisten als „gewandter politischer Zug“ ausgelegt, während dieses Schweigen die breiten Volksmassen veranlaßte, gegenüber den Volksarmeen in gesteigertem Maße auf der Hut zu sein. Das Schweigen Fengs und im besonderen sein hartnäckiges Schweigen in der Periode der Vorbereitung des Waffenganges mit Tschang Tso-lin hat auch unter den Führern der zweiten und dritten Armee eine gewisse Animosität gegen ihn wacherufen; sie beschuldigten ihn des öfteren der Unentschlossenheit und der Winkelzüge.

Ein gewisser Umschwung in der öffentlichen Meinung gegenüber Feng und den Volksarmeen ließ sich in China schon im Oktober/November vorigen Jahres verspüren. Die öffentlichen Kreise, die Intelligenz, die Kaufmannschaft und die Arbeiter verfolgten die strategischen und diplomatischen Züge Fengs, sahen, wie er den Eindruck machen wollte, daß er noch nicht entschlossen sei, gegen Tschang-Tso-lin zu kämpfen, begriffen es, daß er dieses zu dem Zwecke tat, um die Verantwortung für den Beginn des Kampfes auf Tschang Tso-lin abzuwälzen, möglicherweise sogar so manövriert, damit zuerst Tschang-Tso-lin und Wu-Pei-fu gegeneinander geraten sollten. Die Volksmassen aber, die das alles sahen, hörten von Feng keine Erklärungen darüber, was er in politischer Richtung verfolge. Sie gaben sich deshalb immer mehr dem Gedanken hin, daß Feng sich der alten Politik der Steigerung seiner militärischen Macht hingebe und darin sein einziges Ziel sehe.

Wir sind der Ansicht, daß eine der Voraussetzungen für die Niederlage Fengs diese Politik des Schweigens bildete. Sie förderte nicht nur die Iso-

lierung der Volksarmeen von den öffentlichen Kreisen des Landes, sondern wirkte auch in negativem Sinne auf die Moral der Armeen selbst ein.

Aus diesem Grunde konnten die Volksarmeen nicht in erforderlichem Maße und rechtzeitig genug den Aufstand Ho Sun-lins, der den besten Teil der Armee Tschang Tso-lins befehligte, ausnützen. Dieser Aufstand, der Tschang Tso-lin im letzten Drittel des Dezember bis an den Rand des Abgrunds brachte, jedoch mit der Hinrichtung Ho Sun-lins endete, war auch der Beginn der Niederlagen für die Volksarmeen. Die Archive des japanischen Generalstabes mögen wohl viel interessantes Material darüber bergen, welch kunstvolle Tätigkeit in der inneren Spionage und Provokation ein bis zwei Wochen lang unter den aufrührerischen Truppenteilen entfaltet wurde. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Liquidierung des Aufstandes und die Rettung Tschang Tso-lins den japanischen Imperialisten infolge der Tatsache geglückt ist, daß die Volksarmeen (infolge der fehlerhaften Politik) um diese Zeit schon moralisch bedeutend geschwächer waren als früher.

Die Liquidierung des Aufstandes Ho Sun-lins beflügelte nicht nur die Hoffnungen Tschang Tso-lins, sondern steigerte um das Vielfache die Widerstandskraft auch der anderen großen Generale, der Anhänger Mukdens, Li Tsi-lins in Tientsin und Tschang Tso-tschans in der Provinz Schantung. Der eine wie der andere, bei Ausbruch des Aufstandes zur Flucht bereit, ging nach Unterdrückung des Aufstandes selbst zum Angriff über. Die Besitzergreifung Tientsins durch die Volksarmeen im Januar dieses Jahres war eigentlich schon ein Akt der Defensive. Einige Wochen des Kampfes um Tientsin zeigten, daß auch die Schlagkraft der zweiten und dritten Armee äußerst gering war. Die erste Volksarmee blieb faktisch allein gegenüber den von Tschang Tso-lin geführten vereinigten Kräften der Mukdener und gegenüber den nach erfolgtem Abrücken der zweiten Volksarmee aus der Provinz Honan angewachsenen Kräften Wu-Pei-fus.

Der Rückzug der Volksarmeen war somit faktisch schon im Januar beschlossen, und die zunächst erfolgte Aufgabe Tientsins und dann Peking im Laufe des März und Anfang April stellt nur einen Rückzug, keineswegs aber eine Vernichtung als Resultat militärischer Niederlage dar.

Die erste Volksarmee versuchte, wie schon bei Vorbereitung des Kampfes mit Tschang Tso-lin im Herbst vorigen Jahres, so auch bei dem Rückzug aus Tientsin und Peking zu manövrieren, um Zeit zu gewinnen und einen eventuellen Zusammenstoß zwischen Tschang Tso-lin und Wu Peifu abzuwenden; sie wäre in der Lage gewesen, dies beim Rückzug ebenso durchzuführen, wie seinerzeit im Herbst vorigen Jahres. Das Manöver gelang aber nicht und die erste Volksarmee zog sich ohne Kampf hinter den Nankou-tunnels bis auf die Entfernung einer halben Tagesreise von Peking zurück.

Als die Vorhut der Volksarmee sich noch in Peking befand, beabsichtigte Wu Pei-fu, indem er mit den Befehlshabern derselben anbandelte, offenbar, diese dadurch in eine Lage zu bringen, daß sie mit Tschang Tso-lin zusammen geriet und von ihm so sehr aufs Haupt geschlagen würde, daß sie aufhören mußte, eine erhebliche Rolle im Lande zu spielen. Die Volksarmeen vermochten aber noch rechtzeitig, der gefährlichen Lage zu entgehen.

Die Imperialisten und die Regierung Tuan Tschi-juis versuchten gleichfalls während der Anwesenheit der Volksarmee in Peking, diese in den Augen der chinesischen Oeffentlichkeit endgültig unmöglich zu machen. Die Erschießung der friedlichen Delegation, die gegen das Ultimatum der Imperialisten protestierte, war von der Regierung Tuan Tschi-juis eben für diesen Zweck provoziert worden. Die Entwaffnung der Leibwache Tuans und die (technisch mißglückte) Verhaftung des obersten Regenten selbst war die Antwort der ersten Volksarmee auf die Schritte der Regierung. Dieses blutige Manöver der Herren Imperialisten und ihres Handlangers Tuan erwies sich somit nicht nur als mißglückt, sondern förderte sogar in hohem Maße die Stärkung der moralischen Autorität der Volksarmee.

Welches sind nun die nächsten politischen Perspektiven in China?

Diese Frage ist nicht zu beantworten, ohne Berücksichtigung der jetzigen Lage der Kuo-min-tang, der Lage im Süden Chinas, wo sich um die Kantoner Regierung die benachbarten Provinzen zu gruppieren beginnen, ohne Berücksichtigung der sich entwickelnden Bauernbewegung und endlich ohne Berücksichtigung der Kriegslage im südöstlichen Teil Chinas bis hinauf zur Provinz Schantung. Indem wir aber die Fragen für das Thema des nächsten Aufsatzes zurückstellen, kann man bezüglich des nördlichen und zentralen Chinas folgendes sagen: Die Okkupation Pekings durch die Armee Tschang Tso-lins und die Rückkehr Tuan Tschi-juis zur Macht schaffen keine Basis für einen dauernden Waffenstillstand zwischen Tschang Tso-lin und Wu Pei-fu. Freilich, die unweit Pekings lagernden Volksarmeen werden ein zurückhaltendes Moment für den Ausbruch des Kampfes zwischen Tschang Tso-lin und Wu Pei fu bilden. Wu-Pei-fu bringt nicht nur dem Kampfe Tschang-Tso-lins gegen die Volksarmee Sympathien entgegen, sondern stachelt diesen auch zum Kampfe an. Und umgekehrt, Tschang Tso-lin ist bereit, Wu Pei-fu die Möglichkeit zu geben, die Volksarmee zuerst anzugreifen. Ein jeder von ihnen rechnet mit der Schwächung des anderen. Man kann deshalb dieses Manöver, nicht als Beginn eines dauernden Blockes unter ihnen werten. Sie schieben eben nur den Moment ihres Zusammenstoßes gegeneinander selbst hinaus. Die Verlängerung der Frist für den einsetzenden Zusammenstoß zwischen Tschang-Tso-lin und Wu Pei-fu ist aber nicht dazu angetan, die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze zu schwächen, sondern muß sie im Gegenteil steigern. Gleichzeitig werden die Gegensätze zwischen Amerika und Japan eine dauernde Stabilisierung Tschang Tso-lins und der neuen Regierung verhindern.

Der General Sun Tschuan-fang, ein ehemaliger Anhänger Wu Pei-fus und eines der prominenten Häupter der Tschili-Clique, bildet gegenwärtig einen großen militärischen Faktor. Da er die Besitzergreifung der Provinz Schantung anstrebt, wird er in der nächsten Zeit unvermeidlich mit Tschang Tso-lin in Konflikt kommen. Die im Südwesten Chinas sich immer deutlicher abhebende Tendenz zur Bildung einer Föderation mit Kanton als Zentrum, wird in Bälde eine bedeutende Rolle im Sinne einer Schwächung der Reaktion im Norden zu spielen beginnen. Man darf nicht vergessen, daß die im Bannkreis der südwestlichen Provinzen und Sun Tschuan-fangs befindliche Bevölkerung gut die Hälfte der Bevölkerung Chinas* ausmacht.

Die Pläne der englisch-japanischen Imperialisten zur Aufrichtung einer Militärdiktatur, die China der reaktionären Macht Tschang Tso-lins unterwerfen könnte, werden demnach keine geringere Niederlage erfahren, als es ähnlichen, um Wu Pei-fu konzentrierten Plänen der anglo-amerikanischen Imperialisten im Jahre 1923 ergangen ist.

21. April 1926

* Die südwestlichen Provinzen: Kwangtung, Kwangsi, Hunan; die südöstlichen Provinzen: Tschekjang, Fukien, Kjangsi.

D. MANUILSKI: ÜBER UMGESTÜLPTEN MENSCHEWISMUS UND SOZIALFASCHISMUS

I.

Die zwei Monate seit der letzten Erweiterten Exekutive der KI sind von gewissen Tatsachen und gewissen Erscheinungen innerhalb der Deutschen Kommunistischen Partei gekennzeichnet, die allererstbeste Behandlung und tiefstes Nachdenken erheischen. Es handelt sich hier um das ziemlich lärmende Auftreten der deutschen Ultralinken, die in letzter Zeit eine Reichskonferenz einberufen und dort eine „Plattform“ ausgearbeitet hat, mit der sich diese Gruppe endgültig außerhalb des Kreises der Marxisten und Leninisten stellt. Das lärmende Treiben der deutschen Ultralinken ist natürlich am allerwenigsten geeignet, einen Maßstab abzugeben für ihr wirkliches spezifisches Gewicht in der deutschen Arbeiterbewegung. Nicht immer ist eine schreiende Reklame auch eine Garantie für die gute Qualität der Ware; meistens sind es halbvermoderte Ladenhüter, die einer hemmungslosen Reklame bedürfen, um an den Mann gebracht zu werden. Diese simple Schläue gerissener Krämer haben sich die ultralinken Kleinbürger sehr gut angeeignet; wenigstens haben die Herren Professor Korsch, Schwarz und Katz die faulen sozialdemokratischen Ideen, die sie in der Schale revolutionärer Phraseologie präsentieren, mit einer fast amerikanischen Reklame umgeben. Weder der Rolle nach, die Korsch und Katz in der deutschen kommunistischen Bewegung spielen, noch dem Widerhall nach, den ihre Ansichten unter den deutschen Arbeitern finden, verdienen die beiden, daß man ihnen Aufmerksamkeit schenkt. Eine solche Aufmerksamkeit wird im Gegenteil von ihnen benutzt werden, sich noch einmal in Erinnerung zu bringen, bevor sie ins politische Nichts versinken, noch einmal in die Welt hinauszupiepsen, „stärker als die Katze gäbe es kein Tier“. Und da die spießbürgerlichen Katzen am wenigsten zum Geschlecht der revolutionären Löwen gehören, könnte man die Katz und Co. ihrem eigenen Schicksal überlassen. Dennoch glauben wir, bei dem Auftreten der deutschen Ultralinken etwas verweilen zu müssen, und dies aus einer ganzen Reihe von Erwägungen. Vor allem aus propagandistisch-erzieherischen Gründen: Noch ganz unlängst krankten an ultralinken Abweichungen Sektionen, wie die italienische und die polnische; Nachwehen dieser Abweichungen finden wir auch jetzt noch in Norwegen und zum Teil in einigen Balkanländern; in Deutschland selbst genossen die Anschauungen von Korsch, Ruth Fischer und Maslow etwa zwei Jahre lang weitgehende Bürgerrechte in der Deutschen Kommunistischen Partei. Gerade darum ist es äußerst nützlich, zu zeigen, wohin diese Ansichten führen. Sie führen — das sieht man am Beispiel der Korsch-Gruppe — zum Sozialfaschismus. Dieses Beispiel muß in allen Sektionen der Komintern popularisiert werden. Grund dafür ist um so mehr vorhanden, als diese Gruppe in letzter Zeit einen Versuch zu internationaler Vereinigung unternommen hat und nunmehr bestrebt ist, auf internationaler Arena in einer „Einheits-

front“ aufzutreten. Zweitens muß man aus innerparteilichen Motiven der deutschen Partei bei dem letzten Auftreten der Ultralinken verweilen. Die Strategie der Korsch und Co. ist klar. Ihr provokatorisches Auftreten verfolgt nur ein Ziel: Sie wollen, ähnlich wie Katz, aus der Partei ausgeschlossen werden, um in der Partei den Eindruck eines neuen „Heidelberg“* hervorzurufen. Wir müssen dieses Manöver entlarven. Wir dürfen nicht zulassen, daß bei dem Ausschluß von Korsch diesem auch nur einige Dutzend Arbeiter folgen; denn das wäre für jene in der Partei verbleibenden Elemente (Urbahns, Ruth Fischer), die, wenn auch versteckt, die gleichen Ansichten vertreten wie die ausgeschlossenen Katz und Co., ein Anlaß, mit ihrem Geschrei über Heidelberg Desorganisation in die Partei zu tragen. Wir müssen jetzt rein leninistisch reinen Tisch machen und die Anschauungen der Ultralinken einer schonungslosen Kritik unterziehen; nur eine solche Klarheit und Offenheit wird für die ehrlichen Arbeiter, die Korsch noch ernst nehmen — falls es solche noch geben sollte —, überzeugend sein. Wer ein Musterbeispiel einer solchen offenen Fragestellung finden will, der lese die Polemik Lenins gegen die Otsowisten und Ultimaten:

„Die Bolschewiki sind es, die die Partei führen müssen — schrieb Lenin am 24. Juli 1909 in Nr. 46 des „Proletarij“. — Um zu führen, muß man den Weg kennen, darf man nicht schwanken, muß man aufhören, Zeit zu vergeuden auf die Ueberredung der Schwankenden, auf den Kampf innerhalb der Fraktion mit den Andersdenkenden... Unsere Partei kann nicht vorwärtskommen, ohne eine entschiedene Liquidierung des Liquidatorentums. Zu dem Liquidatorentum gehört nicht nur das direkte Liquidatorentum der Menschewiki und ihre opportunistische Taktik. Dazu gehört auch der umgestülpte Menschewismus. . . Möge man uns daher nicht den Vorwurf einer ‚neuen Spaltung‘ machen. . . Wir haben alle Möglichkeiten und alle Mittel erschöpft, um die andersdenkenden Genossen zu überzeugen, wir haben mehr als anderthalb Jahre daran gearbeitet.“**

So schrieb Lenin über die Otsowisten. Dabei sanken diese nie, auch in der schlimmsten Periode nicht, zu den Gemeinheiten und dem halbfaschistischen Zynismus hinab, wie sie für das Auftreten der Gruppe Korsch-Katz kennzeichnend sind. Der dritte Grund, der die Beschäftigung mit den deutschen Ultralinken veranlaßt, ist die Eigenartigkeit der internationalen Situation, in die das Auftreten der Korsch und Co. fällt. An und für sich ist dieses Auftreten kleinlich, leer und bedeutungslos. Betrachtet man es jedoch im Zusammenhang mit dem ganzen strategischen Plan der internationalen Sozialdemokratie in bezug auf die USSR, die KP der Sowjetunion und die Komintern, so bekommt es eine symptomatische Bedeutung: Es signalisiert den Beginn eines neuen Kreuzzuges der ganzen westeuropäischen kapitalistischen Welt gegen die USSR und die KP der Sowjetunion.

Die Frage der USSR und der KP der Union wird in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Weltproletariats treten. Sie beginnt es bereits heute. Sie wird jetzt von jenen sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern auf die Tagesordnung gesetzt, die ihre Delegationen zu uns schickten. Bewegt sich die USSR zum Kapitalismus zurück, zur Verstärkung der sozialen Ungleichheit, zur Schwächung des spezifischen Gewichts der Arbeiterklasse in der Verwaltung des gewaltigen Landes und seiner

* Auf dem Heidelberger Parteitag erlangte Paul Levi den Ausschluß der KAP-istischen Arbeiter.

** Lenin, Ausgewählte Werke (Sammelband): Seite 252 ff.

Wirtschaft, oder aber geht umgekehrt die Union, wenn auch langsam, wenn auch in ungleichem Tempo, durch Teilkrisen hindurch, bergauf zum Sozialismus, zur Ueberwindung der privatkapitalistischen Prinzipien durch sozialistische Elemente der Industrie, mit einem Wort, zum Siege des Sozialismus über den Kapitalismus? — das sind die Fragen, die den europäischen Proletarier naturnotwendig bewegen müssen und auf die er qualvoll eine Antwort suchen wird. Dies hat das europäische Proletariat in seinen breiten Massen bereits vor unserem 14. Parteitag zu tun begonnen. Und diese Frage wird zum Scheidepunkt werden der neuen Gruppierungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung. Darum wäre es unsererseits unzulässig, in einem Moment, wo sich die Meinung der Arbeiter über diese Fragen herausbildet, ihre Beleuchtung den Korsch und Urbahns allein zu überlassen. Die Bedeutung dieser Fragen für die Umorientierung der Arbeiterbewegung wird von den Journalisten der gesamten bürgerlichen Presse und von den Spitzen der internationalen Sozialdemokratie glänzend erkannt. Und da die Bourgeoisie und ihr Anhängsel — die Sozialdemokratie der ganzen Welt — für ihre Propaganda über einen ein wenig festeren und ernsteren Apparat verfügen als die Korsch und Katz, wird der Kampf an dieser Front von uns starke Kräftekonzentration und großen Energieaufwand erfordern. Bekämpfung Korsch bedeutet Bekämpfung der Sozialdemokratie, denn Korsch wiederholt nur innerhalb unserer Partei, was außerhalb ihrer die Sozialdemokratie durch ihren Propagandaapparat über die KP der Sowjetunion und die USSR verbreitet . . .

Ein weiterer Grund, der uns veranlaßt, uns mit der Korsch-Gruppe zu beschäftigen, ist, daß diese innerhalb der Kommunistischen Partei eine organisierte Agentur der Sozialdemokratie zur Zersetzung und zur ideologischen Demobilisation der kommunistischen Bewegung darstellt. In einer Periode, wo innerhalb der Arbeiterklasse Umschichtungen und Umgruppierungen vor sich gehen, ist ein solches Eindringen feindlicher Elemente unvermeidlich. Wir manövrieren, wir streben danach, auf der Grundlage der Einheitsfront die besten Arbeiterelemente der Sozialdemokratie unserer Partei näher zu bringen; innerhalb der Sozialdemokratie bilden sich Strömungen heraus, die unseren Einfluß widerspiegeln, die — wenn auch inkonsequent und schwankend, mitunter in karikiertem Form — unsere Taktik und unsere Anschauungen verteidigen. Das ist der Sinn des „Linkerwerdens“ der sozialdemokratischen Arbeiter. Doch nicht nur wir manövrieren, auch die Sozialdemokratie manövriert in bezug auf uns. Sie hat ein Interesse, in unserer Mitte Gruppen zu finden, die die Zerstörung der eigenen Partei betreiben. In einigen Ländern (z. B. in Frankreich, das in der Nachkriegszeit keine revolutionären Ereignisse gesehen hat, dessen Proletariat noch nicht vom Pulver der Straßenkämpfe geschwärzt ist) wird diese demoralisierende Arbeit durch rechte Gruppierungen verwirklicht (Souvarine, Monatte, Rosmer usw.). In Ländern, die durch revolutionäre Geschehnisse gegangen sind, wo sich die rechten Gruppierungen für einen gewissen Zeitraum hoffnungslos kompromittiert haben, da fällt diese Rolle einer sozialdemokratischen Agentur Leuten zu, wie Korsch, die unter dem Deckmantel äußerst links klingender Phrasen die ganze sozialdemokratische Kritik an der Partei in diese hinein-schmuggeln. Oberflächlich gesehen, können die beiden Gruppen als Anti-

poden erscheinen. In Wirklichkeit sind sie miteinander verwandt. Sie spielen nicht nur die gleiche objektive Rolle, sie ähneln sich auch in der Fragestellung und der Beantwortung der Fragen; in der Praxis bilden sie mitunter politische Blocks miteinander (der Block der Ultralinken mit Schön-lank in Deutschland, der Augustblock von 1912 in Rußland, der Block Bordigas mit den französischen Rechten); im Laufe der Ereignisse wechseln die Ultralinken und die Rechten ihre Plätze, gehen von einer Front zur andern über. So war es mit Souvarine, der von rechts her nach ultralinks übersiedelte; so war es mit Souvarine, der den umgekehrten Weg ging, von links nach rechts, von äußerster Intransigenz zum menschestischen Halbfaschismus. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wimmelt von ähnlichen Beispielen. Wer die „Evolution“ solcher wütenden Antimilitaristen kennt, wie Gustave Hervé; solcher „Kommunarden“, wie Henri Rochefort, solcher linken Marxisten, wie Paul Lensch, der wird schwerlich sagen können, daß wir übertreiben. Noch deutlicher zeigt sich diese Wandlung am Schicksal des Anarcho-Syndikalismus der Vorkriegszeit in den lateinischen Ländern. Die jetzigen Gewalthaber des italienischen Faschismus — Bianchi, Rossoli, Maxim Rocca usw. —, sie kommen vom äußersten linken Flügel der italienischen Arbeiterbewegung. Nicht minder lehrreich ist das Beispiel solcher Größen des deutschen KAP-ismus, wie Wolfheim und Lauffenberg, deren politische Laufbahn damit endete, daß sie ein militärisches Abkommen mit den nationalistischen Generalen der deutschen Reaktion zustandezubringen versuchten. Mit Recht nannte Lenin solche Revolutionäre in Gänsefüßchen „wildgewordene Kleinbürger“.

„Der infolge der Schrecken des Kapitalismus ‚wild gewordene‘ Kleinbürger — das ist eine soziale Erscheinung, die, wie der Anarchismus, allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit einer solchen revolutionären Stimmung, ihre Fruchtlosigkeit, ihre Eigenschaft, schnell in Ergebenheit und Lakaienhaftigkeit, Apathie, Phantasterei überzugehen oder sich bis zur ‚Tollheit‘ von dieser oder jener bürgerlichen ‚Mode‘-Strömung fortreißen zu lassen — alles das ist allgemein bekannt.“*

II.

Woher erscheint nun dieser wild gewordene Kleinbürger von neuem auf dem Schauplatz?

Vor dem Kriege waren die Mittelklassen eine der Stützen der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Gesellschaft sicherte ihnen die Zinsen von ihren Rentenpapieren, die Unerschütterlichkeit ihrer Ersparnisse, festes Einkommen in stabiler Valuta und überhaupt eine durch den Polizeiknüppel vor Anschlägen unruhiger Elemente behütete „Ordnung“, sie schien ihnen daher die vernünftigste Organisation der gesellschaftlichen Beziehungen zu sein. Den Gedanken an irgendwelche Katastrophen und Erschütterungen, die seine ganze Existenz bedrohen könnten, wies der mittlere und kleine Bourgeois weit von sich. Die Vorkriegsordnung hielt er für „ewig“. Seine Ideologen von der Art Bernsteins bestritten die Konzentration des Kapitals und stellten ihr seine Zersplitterung und die Demokratisierung des Eigentums entgegen. An Stelle der Marxschen Theorie der „Revolutionen als Lokomo-

* Die Kinderkrankheit des „Radikalismus“ im Kommunismus. Kapitel: Im Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachsen, erstarkt und gestählt worden?

tiven der Geschichte“ setzten sie die Evolutionstheorie. Solche Theorien förderten den ruhigen Schlaf und die gute Verdauung der Vorkriegsdemokratie. So war es vor dem Kriege.

Durch den Weltkrieg und die darauf folgende Inflationsperiode wurden alle Klassen des Vorkriegseuropas gründlich durcheinander geschüttelt; während an dem einen sozialen Pol durch Kriegslieferungen, ungeheure Gewinne und Spekulationen Neureiche entstanden, ging am andern die Massenverelendung der Mittelklassen vor sich. Sogenannte Mittelständler, Vertreter der freien Berufe, Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Rechtsanwälte, Kleinrentner und Beamte wurden mit einem Male in Armut gestürzt, beraubt und demoralisiert. Während der Inflationszeit haben die französischen Banken den Mittelklassen bis zu 100 Milliarden Goldfranks geraubt, was ein Drittel des gesamten französischen Nationalvermögens ausmacht. Ungefähr die gleiche Summe, wenn nicht mehr, haben auch die Mittelklassen Deutschlands verloren. Während des Krieges war der Kleinbürger vor Patriotismus „wild geworden“, er wollte die ganze Welt umgestalten nach dem Grundsatz, daß die Weltherrschaft seinem Vaterland zufallen müsse, da dieses die Interessen der Zivilisation, des Rechts und der Gerechtigkeit den anderen Nationen, den Barbarenvölkern gegenüber vertrete. Seine Söhne verfaulten in Schützengräben, er selbst zeichnete „Freiheitsanleihen“ und nährte sich, hungernd, von rationierter Kohlrübe. Das Kriegsende, an das er so viel Hoffnungen geknüpft hatte, brachte ihm nichts als die Bitternis der Niederlage und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Vaterlandes. Wie sollte man da nicht wild werden. Noch nie zuvor hatte die kapitalistische Ordnung dem ruinierten Kleinbürgertum in so rauher Weise den Rücken zugekehrt, wie nach dem Kriege. Hatte der Kleinbürger der Vorkriegszeit hie und da, z. B. in Frankreich, die Gewohnheit gehabt, bei einem Glas Wein seinen Radikalismus zur Schau zu tragen und, indem er den Geist seiner Ahnen und „das Jahr 1793“ an die Wand malte, der Regierung ein wenig „Angst einzujagen“, so gab es jetzt wichtigeres zu tun, als sich mit freisinnigen sozialen Schulen abzugeben und abends im Café beim Zeitungslesen anarchistelnde Wortketzereien zum besten zu geben. Jetzt, wo unter dem schonungslosen Hammer der Geschichte die soziale Gruppe zerbarst, die sich bis zum Kriege als Salz der Erde betrachtet hatte, jetzt galt es, mit Zähnen und Klauen die nackte Existenz zu verteidigen. In dieser Katastrophenzeit war der Faschismus für die kleine und mittlere Bourgeoisie das Mittel der Selbstverteidigung. Das war eine Periode, wo alle Klassen, um ihre Existenz kämpfend, ihr Haupt erhoben und wo jede von ihnen eine selbständige Rolle spielen wollte. Natürlich kann in einer Epoche, in der sich die zwei ausschlaggebenden Klassen — das Proletariat und das in Trusts organisierte Großkapital — gegenüberstehen, den Mittelklassen keine selbständige Rolle zufallen. Gleichzeitig aber muß die in den Klassen vor sich gehende radikale Umschichtung einzelne Vertreter der Zwischengruppe in das Lager der proletarischen Revolution stoßen. In diesem Umstand sind die Wurzeln jener Anschauungen zu suchen, die heute von den von „rechts“ durch Maslow und Ruth Fischer flankierten Korsch und Katz verteidigt werden. Zur selben Kategorie sind auch solche Leute zu zählen, wie Souvarine in Frankreich. Es ist kein Zufall, daß in einem Augenblick, wo sich die

deutsche Kleinbourgeoisie, mit der Großbourgeoisie verbündet, in der internationalen Politik nach dem Westen, nach Locarno hin orientiert, — daß in diesem Moment die Korsch und Maslow dem leninistischen Kommunismus einen Korsch-Maslowschen „westeuropäischen“ Kommunismus entgegenstellen. Auch ist das kein Zufall, daß in einem Augenblick, wo neue Schichten von Arbeitern, die sich auf dem Umwege über die Anerkennung der Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der USSR zur Komintern begeben, die Korsch und Katz in den gemeinsamen Chor der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse einstimmen und den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande bezweifeln. Sie ist durchaus nicht zufällig, diese gegen die USSR, die KP der Sowjetunion und die Komintern gerichtete Einheitsfront zwischen irgendeinem Korrespondenten des Boulevardblattes „Le Journal“, der „Leipziger Volkszeitung“ der sächsischen linken Sozialdemokraten, dem halb anarchistischen und halb in Diensten der Polizei stehenden Organ „Libertaire“ einerseits und dem auf dem 5. Weltkongreß aus der Partei ausgeschlossenen Souvarine und der „ultralinken“ Gruppe Korsch-Katz andererseits. Es genügt, einige Zitate aus den Publikationen dieser Verbündeten der Korsch und Souvarine anzuführen, um deutlich zu sehen, mit wem wir es hier zu tun haben.

„Die Russische Kommunistische Partei, — schreibt z. B. die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“, — steht unmittelbar vor ihrer Verwandlung in eine kleinbürgerliche reformistische Partei, die, gestützt auf die mittlere und die wohlhabende Bauernschaft, die gleiche Rolle spielen wird, die in der Vorkriegszeit den rechten Sozialrevolutionären zufiel. In Wirklichkeit ist die führende Partei der kommunistischen Internationale weit rechter als der allerrechtste Flügel der europäischen sozialistischen Parteien“ . . . *

Derartige Versuche der Sozialdemokratie, die Politik der KP der Sowjetunion und der Komintern von „links“ her zu kritisieren, hat man bereits früher zu verzeichnen gehabt. Man erinnere sich nur daran, wie sie im Augenblick des Brest-Litowsker Friedens uns des Opportunismus beschuldigte. Nie zuvor hat aber diese Kampagne einen solchen konzentrierten Charakter gehabt, nie zuvor ist sie von so verschiedenen Seiten aus gleichzeitig unternommen worden. Hier noch einige Musterbeispiele derselben Kritik aus der anarchistischen Presse, die sich in nichts von dem unterscheiden, was jetzt die Korsch, Katz und andere Leute sagen und schreiben, die sich zu Unrecht als Kommunisten bezeichnet haben oder noch bezeichnen.

„In Rußland, — schreibt die Zeitung „Libertaire“ in bezug auf die Taktik der Einheitsfront, — sind die Bolschewiki seit 1921 zum Vorkriegskapitalismus übergegangen; sie haben den Arbeitslohn in seiner alten Form von neuem eingeführt, sie haben das Privateigentum, die Ausbeutung, die ursprüngliche Akkumulation und die Entwicklung des Privatkapitals wieder eingeführt. In den letzten Jahren führen sie Verhandlungen mit den kapitalistischen Mächten über eine endgültige Verständigung. . . . Darum ist das Ziel der Bolschewiki, bei der Verständigung mit der internationalen Bourgeoisie möglichst große Vorteile zu erlangen. Je enger sie mit dem europäischen Proletariat verbunden sind und je mehr sie sich auf dessen revolutionäre Elemente stützen, um so stärker und mächtiger werden sie bei den Verhandlungen mit den kapitalistischen Staaten dastehen. Im Endresultat werden sie dank der Taktik der Einheitsfront ihre Stellung im Lager der kapitalistischen Staaten befestigen. Ihre Absicht ist folglich die, sich um einen möglichst teuren Preis an die Bourgeoisie zu verkaufen, sich für den Verrat an der sozialen Revolution möglichst hoch bezahlen zu lassen.“

* Aus dem Russischen rückübersetzt. Anm. der Red.

Und als konkretes Programm fügt die Zeitschrift hinzu:

„Der Anarchismus kann und wird der einzige Weg werden, der zu den Errungenschaften der Oktoberrevolution zurückführt.“

Nicht minder typisch sind für die Physiognomie des „wild gewordenen Kleinbürgers“ auch die Auslassungen des „Libertaire“ darüber, worauf in der jetzigen Periode des erbitterten Klassenkampfes der Schlag zu richten sei.

„Die Bourgeoisie — schreibt dieselbe Zeitung — ist ein grausamer Feind, doch wissen wir hier, mit wem wir es zu tun haben; wir zweifeln nicht daran, daß sie alle Mittel benutzt und benutzen wird, um unsere Kräfte zu vernichten. Die Bolschewiki sind gemeiner, denn sie drapieren sich zur Befriedigung ihres Appetits mit der revolutionären Toga und die Arbeiterklasse läßt sich heute von den roten Jesuiten führen, wie sie sich Jahrhunderte lang von den schwarzen Jesuiten führen ließ.“

Doch wenden wir uns den wildgewordenen deutschen Kleinbürgern zu. Es wird am besten sein, hier die Korsch und Katz selbst zu Worte kommen zu lassen, um ihren Standpunkt darzulegen, und dies um so mehr, als seit der Erweiterten Exekutive der KI genügend Dokumente und Resolutionen vorhanden sind, in denen diese Gruppe, die ihre Gedanken bis zu Ende ausspricht, sich endgültig entlarvt hat.

III.

Das Haupt- und Kernstück der ganzen heutigen Stellungnahme des wildgewordenen Kleinbürgers Korsch ist natürlich die russische Frage. Warum? Weil es im Interesse der Gruppendiplomatie sehr leicht ist, mit dem Beschluß des EKKI zu spekulieren, laut dem die russische Diskussion in den ausländischen Parteien nicht aufgerollt wird; damit spekulieren nicht nur die Leute um Korsch, sondern auch die diese Leute innerhalb der Partei deckende Gruppe Urbahns - Ruth Fischer. Sie alle fordern eine Diskussion über die russische Frage und versuchen auf die KP der USSR, als der führenden Partei der Komintern, dadurch einen Schatten zu werfen, daß sie Andeutungen machen, die russische Partei fürchte sich vor der Diskussion. Bereits auf der Erweiterten Exekutive erklärte Genosse Bucharin im Namen des ZK unserer Partei, daß die KP der USSR jederzeit bereit sei, die russische Frage in ihrem vollen Umfange zu diskutieren, wenn die Verantwortung dafür außer von unserer Partei auch von den anderen europäischen Sektionen der Komintern übernommen werde. Die Fraktion der „doppelten Buchführung“ wäre sich selbst untreu geworden, hätte sie diese offen gestellte Frage auch offen beantwortet. Sie schieg sich lieber aus, um zusammen mit Korsch in Deutschland von neuem die Legende aufzunehmen, die KP der USSR verstecke ihre Meinungsverschiedenheiten vor dem europäischen Proletariat. Eine ehrlose, eine schamlose Politik!

All dies hindert natürlich die Korsch und Katz und ihre Hehler nicht, in allen Dokumenten die russische Frage an die erste Stelle zu setzen und faktisch in der deutschen Partei eine Diskussion über diese Frage zu führen. Aus der Diskussion und aus den Thesen Korsch erfahren wir vor allem, daß die USSR zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Indien, zu den Ländern des aufsteigenden Kapitalismus gehöre.

„Sogar in den Ländern des kapitalistischen Aufstiegs (USA, Indien, Sowjet-Union) ist die Tendenz zur Krise stärker als die Tendenz zur Konjunktur. Die Länder der stagnierenden Entwicklung (gemeint ist Europa) werden von heftigen Krisen durch-

schüttelt, deren Ablösung durch eine neue Konjunkturtendenz noch nirgends sichtbar ist.“

Weiter erfahren wir nicht minder interessante Dinge, nämlich: Der Parteitag unserer Partei widerspiegeln diese Tendenz des aufsteigenden Kapitalismus, durch die die USSR, wenigstens in dem Bewußtsein von Korsch, auf eine Stufe mit den Vereinigten Staaten von Amerika gestellt wird.

„Der Parteitag unterstrich jene Politik, welche seit dem Jahre 1921 den Parteikurs und die Führung der inneren und äußeren Politik in immer zunehmendem Maße auf die Bedürfnisse und Interessen der Bauernschaft, und insbesondere der besitzenden Bauern (Mittelbauern und Kulaken) einstellt. . . So wurde unter der Parole des Bündnisses mit den Mittelbauern tatsächlich das Bündnis des Proletariats mit der Dorfarmut zugunsten der Kulaken und der sie ergänzenden Elemente in der Stadt (Nepmann, neue Bourgeoisie, obere Schicht der Spezialisten, der Angestellten, bürgerliche Intelligenz usw.) durchbrochen.“

„Wir haben begriffen, — erklären offen die Korschisten —, daß auch die beste ‚Arbeiter- und Bauernregierung‘, die es bisher gegeben hat, die russische, am Ende nicht auf die Diktatur des Proletariats hinausläuft, sondern auf das Gegenteil, die Diktatur gegen das Proletariat, Diktatur der Kulaken.“

„Unter dem Einfluß dieser Entwicklung veränderte sich allmählich der gesamte Charakter des Sowjetstaates in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht.“

„In der jetzt beginnenden neuen Periode ändert sich das Verhältnis zwischen der kommunistischen Weltpartei und Sowjetrußland“.

„. . . die Identität zwischen den nationalen Interessen des ökonomischen und politischen Aufbaues in den Arbeiter- und Bauernrepubliken der Sowjetunion und dem internationalen Interesse des revolutionären proletarischen Klassenkampfes wird unterbrochen.“

„. . . die Sowjetunion für die ‚Achse der internationalen proletarischen Revolution‘ zu erklären, heißt jetzt, die Grundsätze des revolutionären Kommunismus von Marx, Lenin und Luxemburg preisgeben.“

„Auch der Kurs der Außenpolitik des Sowjetstaates — sagt Korsch — gerät mehr und mehr unter bestimmenden Einfluß der besitzenden Bauern.“

Dieser Einfluß äußert sich vor allem darin, daß die USSR heute eine dem Gefühl des elementaren Antimilitarismus der Bauern entsprechende „Friedenspolitik“ betreibt, „an deren Ende der auch formelle Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund stehen müsse.“

Katz ergänzt die Perspektive von Korsch durch folgende tiefsinnige Erwägungen:

„Rußland braucht bei den kapitalistischen Ländern Anleihen, aber keine revolutionären Umtriebe . . . Deshalb will Rußland auch die alten Reformisten, die Sozialdemokraten, für sich gewinnen.“

Darum, schließt Korsch:

„wird in der Resolution des Parteitages der RKP nur noch in allgemeinen Worten von der internationalen Solidarität mit allen Werktätigen gesprochen. Aber die Komintern wird überhaupt nicht mehr erwähnt. Die Liquidierung der RGI ist eine beschlossene Sache.“

Aber auch diese Formulierungen von Korsch scheinen Katz noch allzu bläßlich. Er geht weiter:

„Die Komintern ist nur noch ein Phantom . . . Ob es die letzte war (die Sitzung der Erweiterten Exekutive von 1926)? — fragt er. — Manche, und gerade solche, die jetzt aus Moskau heimgekehrt sind, behaupten es. Wir aber glauben: die Sitzung der Erweiterten Exekutive von 1926 war zwar eine schwere Havarie auf der Untergangsfahrt des Kominternschiffes, aber noch keineswegs der Untergang selber. Das Schiff ist leck, aber es schlingert noch.“

Wie soll da einer nicht wild werden und nicht das seelische Gleichgewicht verlieren! Und Katz kommt es vollständig abhandeln. Wenigstens verlangt er von der Opposition in der KP der USSR, sie solle auf die Legalität „pfeifen“ und zum offenen Handeln übergehen.

„Wir wissen, — schreibt er — daß offenes Auftreten . . . Bürgerkrieg und vielleicht Flucht in die Schweiz bedeutet. Aber was kann ihnen noch ein kapitalistisches Rußland sein?! Sie müssen sich entscheiden.“

Warum erhebt aber die deutsche Partei, die im Gegensatz zu der „Arbeiter- und Bauernpartei der USSR“ aus Proletariern besteht, nicht ihre Stimme gegen diese Politik? Weil die KPD selbst nicht besser ist. Weil, wie Katz sagt, in der KPD nicht nur Rachsucht der zurückgekehrten Weißgardisten herrscht, sondern auch bewußtes Streben, den revolutionären linken Flügel (d. h. seinen, Katz' „Flügel“) abzuspalten.

Hier können wir die Darlegung unterbrechen: Sie weiterführen, hieße die Prosa der Korsch und Katz seitenweise zitieren. Bereits aus den angeführten Auszügen ist klar, daß unsere Behauptung, die deutschen Ultralinken zeigten faschistische Tendenzen, durchaus nicht so unbegründet ist, wie die Behauptung der Ultralinken, daß die KP der USSR opportunistisch geworden sei.

Nur in der faschistischen und in der Polizeipresse aller Länder finden wir derartig klassische Musterbeispiele. Aber gerade darum kann diese Art Literatur am allerwenigsten auf Einfluß unter den Arbeitern rechnen. Man kann sogar behaupten, daß die Korsch und Katz gerade von dem Moment ab sich den Luxus eines solchen Tones erlaubt haben, wo sie ohne Arbeiter geblieben waren. Solange noch Proletarier in der ultralinken Fraktion verblieben, wirkten sie mäßigend. Kein Arbeiter konnte sich mit solchen Anschauungen abfinden. In seiner ganzen Nacktheit konnte Katz erst vor die Öffentlichkeit treten, nachdem er Bewegungsfreiheit erlangt und jegliche Kontrolle durch die Partei von sich abgestreift hatte. Die „kritisch denkende Persönlichkeit“ zeigte sich sozusagen voll und ganz und stellte sich über alle gesellschaftlichen Normen. Es handelt sich nicht um Katz und Korsch. Sie zu liquidieren, ist eine Kleinigkeit. Weit gefährlicher ist die schiefe Widerspiegelung dieser Anschauungen innerhalb der kommunistischen Bewegung, die gewöhnlich in einer durchaus loyalen, „fast marxistischen“ Form vorgebracht wird. Innerhalb der deutschen Kommunistischen Partei und auch hier und da in der Komintern gibt es eine ganze Tonleiter solcher Stimmungen, die wie Kettenglieder ineinander hängen. Korsch glaubt, die Anschauungen von Katz wären in der Kommunistischen Partei existenzberechtigt; das Mitglied des deutschen ZK, Weber, der sich auf einer Konferenz der „Ultralinken“ von Korsch abgegrenzt hat, ist seinerseits der Meinung, die Korsch seien nicht die schlechtesten Mitglieder der Kommunistischen Partei; auf Weber folgt wiederum die Gruppe Urbahns-Ruth Fischer, die die Komintern erpresserisch schrecken will mit dem Gespenst der Abwanderung der linken Arbeiter aus der Partei. Mit einem Wort, es ist wie in dem russischen Volksmärchen: Die Alte zieht an dem Rettich, der Alte an der Alten usw. usf. Dieses System der Hehlerei schädlicher, antileninistischer und antikommunistischer Anschauungen ist die weitaus gefährlichere Erscheinung. Vor einigen Monaten setzte die Agonie der deutschen ultralinken Gruppierung ein. Die Partei, die bis zum Berliner Parteitag im

Juli 1925 an ultralinken Verrenkungen litt, wandte sich in ihrer Arbeitermasse von der intellektuellen Gruppe, die die ultralinke Abweichung vertrat, ab. Die Ultralinken begannen in Gruppen, Grüppchen und Schattierungen auseinanderzufallen. Es muß offen gesagt werden, daß durch die Diskussion in der KP der USSR die Widerstandsfähigkeit der Ultralinken gestärkt, ihr Zerfallsprozeß gehemmt und das System der Hehlerei zu einer der grundlegenden Formen dieses Widerstandes wurde. Darum ist die Entlarvung der Hehler die Tagesaufgabe der Komintern. Man muß den Arbeitermassen aller Länder zeigen, daß weit gefährlicher als Korsch u. Co. die Ruth Fischer, Maslow und Urbahns sind, die die korschistischen Anschauungen auf Kontrebandewege in die Partei schmuggeln. Dies ist es, worauf die Aufmerksamkeit aller Sektionen der Komintern gelenkt werden muß.

IV.

In Gestalt aller dieser ultralinken Schattierungen haben wir es mit einer sich herausbildenden defaitistischen Strömung zu tun. Vor allem tritt dieser Defaitismus in bezug auf die Komintern hervor. Alle diese rechten und linken Gruppen, Grüppchen und Schattierungen (Souvarine-Rosmer, Monatte, Korsch, Ruth Fischer) glauben nicht an die Komintern; die einen behaupten, das Kominternschiff sei auf der rechten Seite leck geworden und gehe zu Grunde, die andern wiederum sind der Meinung, das Schiff senke sich mit der linken Seite. Ueberall in der Komintern sehen sie nichts als Krisen. Sie haben den Glauben an die unter dem Banner der Komintern organisierte Avantgarde des Proletariats verloren; an seine Stelle ist ein rein intelligenzlerischer Selbstdünkel einzelner „Führer“ und Grüppchen getreten, die sich einbilden, zur Rolle von Messiasen in der Revolution berufen zu sein (Bordiga u. a.). Ihrer Meinung nach ist die Masse der kommunistischen Arbeiter vom „Brandlerismus“ infiziert und nur Persönlichkeiten, die außerhalb der Arbeiterklasse und der Produktion stehen, haben noch den wahren Geist der Revolution bewahrt. Dieser Gedanke wurde von Ruth Fischer im Sommer 1925 in der deutschen Kommission in der folgenden naiven Form zum Ausdruck gebracht: „Die Arbeiterklasse in Deutschland ist nicht fähig, um Tagesforderungen zu kämpfen.“ Bei Bordiga und Korsch äußert sich dieser Unglaube an die Kräfte der Arbeiterklasse als kritisches Verhalten zur Umstellung der Partei auf die Betriebszellen. Die Arbeiter zur Grundlage der Parteiorganisation zu machen, sei nichts als äußere Form. Wichtig sei der Geist, der bekanntlich nur in den kostbarsten Gefäßen des menschlichen Gedankens (Bordiga und allerlei Leute wie Korsch) seinen Sitz hat. Zweitens tritt dieser Defaitismus in bezug auf die eigene Partei hervor. Identifiziert Katz die Partei mit einem Tausend Angestellter, die brotlos zu werden fürchten, so besteht sie für andere bestenfalls aus Leuten, die, von ideologischer Unterwürfigkeit angesteckt, nichtssagende Nullen ohne eigene Meinung und eigenen Willen sind und blind der Mehrheit folgen. Souvarine, eine dieser Persönlichkeiten, für die der Parteirahmen zu eng ist, behauptet, in der Partei der Arbeiterklasse herrschen „Amoralität, Zynismus, Heuchelei, Verlogenheit, Doppelzüngigkeit, Intrigen“ — was alles die „hohe Politik der Leninisten neuesten Datums charakterisiere, die nur auf den Tod Lenins gewartet haben, um sich hinter seinem Namen zu verschanzen.“

Solche Souvarines in der Rolle des Mephisto verfolgen mit gekreuzten Armen die schwere Alltagsarbeit der Partei, lauern jedem kleinsten Fehler auf, den die Partei begeht, übertreiben ihn ins Ungeheuerliche, erfinden solche Fehler, falls es sie sonst nicht gibt, und frohlocken und kichern schadenfroh über jeden Mißerfolg der Partei: „Wir haben das ja alles vorausgesehen“. Auf die Niederlage der eigenen Partei zu setzen, das ist die Grundlinie solcher Gruppen; denn nur bei einer Niederlage können sie den Massen die Richtigkeit ihres eigenen Standpunktes und ihre Voraussicht klar machen. Gleichzeitig sind sie mit keinem einzigen Erfolge zufrieden, den die Partei unter schwersten Bedingungen erringt; solche Erfolge schreiben sie gewöhnlich entweder elementaren Umständen oder aber dem Zufall zu. Stehen solche Elemente außerhalb der Partei, so ist es noch nicht so schlimm; wenn sie dagegen in der Partei verbleiben, sich hinter ihrer Autorität verschanzen und diese Autorität ausnützen, dann üben sie auf ihre Umgebung einen demoralisierenden Einfluß aus, säen Kleinmut und Unglauben; die Rolle, die sie in der Partei spielen, gleicht der von Deserteuren, die als erste das Gewehr bei Seite werfen und mit dem Schrei „Wir sind verloren!“ aus der Frontlinie davonlaufen. Fast in jeder Partei gibt es einzelne Gruppen von Kleinmütigen und Müde gewordenen, nicht immer aber legen sie ihre seelische Verfassung in einer „Plattform“ nieder. Meistens sind es Führer von Fraktionen, die am Leben zerschellt sind und in den Augen der breiten Massen abgewirtschaftet haben (Ruth Fischer-Souvarine). Drittens tritt dieser Defaitismus hervor in bezug auf die russische Revolution. Sie habe nämlich die Hoffnungen dieser Leute nicht erfüllt. Sie haben von der russischen Revolution Wunder und Heroismus erwartet, die Revolution aber verwirklicht prosaischerweise das Zusammenleben mit Millionen von Bauern. Sie will nicht in Schönheit sterben, damit einige arbeitslose Intellektuelle in Vers und Prosa Skizzen über sie schreiben und tief „marxistische“ und objektive Erklärungen ihres Untergangs geben können; im Gegenteil, geführt von einer Partei, die sich ihrer gewaltigen Verantwortung dem Weltproletariat gegenüber bewußt ist, will die russische Revolution leben, sie will — auf den Trümmern, die der Zarismus hinterlassen hat, langsam, fast im Schneckentempo — den Sozialismus aufbauen. Leute dieses Typs, die die russische Revolution, die USSR und die KP der Sowjetunion benörgeln, haben im eigenen Lande keinen einzigen ordentlichen Aufstand gegen das kapitalistische Regime zu organisieren verstanden, haben den herrschenden Klassen keinen einzigen ernstesten Schlag versetzt, sie verstehen nicht, bei sich im Lande einen einigermaßen gut organisierten Streik durchzuführen, sie sind unfähig, auch nur einige Dutzend Betriebszellen zu gewinnen, auch nur einen Gewerkschaftsverband den Sozialdemokraten zu entreißen. All dies hindert aber diese Unglückspilze, die ihre vollste Unfähigkeit, die Arbeiterklasse zu führen, bewiesen haben, keineswegs, andern hochmütige Ratschläge zu erteilen und einer Partei, die bescheiden (sehr bescheiden, unter Bedingungen kapitalistischer Einkreisung) zu Nutz und Frommen der internationalen Arbeiterklasse und des Sozialismus arbeitet, mangelnden Revolutionsgeist vorzuwerfen.

Aus welchem Boden erwachsen solche Stimmungen? Aus der Teilstabilisierung, die seit den letzten großen Revolutionsereignissen, seit ungefähr sieben Jahren anhält. Daß sich unter solchen Bedingungen unter dem

besten, revolutionären Teil der Arbeiterklasse revolutionäre Ungeduld bemerkbar macht, ist verständlich. Die elementare Pflicht der die Arbeiterklasse führenden Partei ist es, in solchen Zeiten den revolutionären Elementen die Strategie beizubringen, mit der man auch unter ungünstigen Bedingungen um die Massen kämpft; die revolutionäre Partei ist verpflichtet, diesen Impuls in richtige Bahnen zu lenken, ihn nicht zum leeren Geschwätz werden zu lassen, das die Arbeiterklasse entkräftet. Und diese Stimmungen in die richtige Bahn lenken, heißt vor allem, es Leuten, wie Korsch, die mit der Arbeiterklasse nichts gemein haben, unmöglich machen, diese Stimmungen auszubeuten und ihnen die ideologischen Formen eines konterrevolutionären Defaitismus zu geben. Die Arbeiter, bei denen sich revolutionäre Ungeduld bemerkbar macht, wollen der Revolution dienen, die Korsch und ihre Verbündeten dagegen wollen diese Arbeiter zwingen, der Bourgeoisie zu dienen. Die Arbeiter, die heute an diesen Stimmungen kranken, werden für den Kommunismus kämpfen und sterben, die Korsch samt Katz aber treten bereits jetzt als offene Agenten des Kapitals auf. Wer dies nicht sieht, ist entweder ein ausgesprochener Dummkopf oder ein Hehler der Korsch innerhalb der Partei. In dem heutigen Kampf gegen Korsch bedienen sich die Mittelgruppen Urbahns-Ruth Fischer einer Taktik größerer und kleinerer Vorbehalte und nichtiger formaler Erwägungen, die das Wesen des Streites vertuschen und Verwirrung säen, wo höchste Klarheit Not tut. Durch diese Verteidigung des Korschismus in der Partei geraten die deutschen Halbkorschisten selbst in die Lage von Leuten, die den revolutionären deutschen Arbeitern defaitistische Anschauungen einzuflößen versuchen, die ihre eigene Verfallstimmung widerspiegeln.

Entspringen im Westen die Depressionsstimmungen dem verlangsamten Entwicklungstempo der Revolution; so werden sie in bezug auf die USSR, die die Revolution hinter sich hat, durch Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur verursacht, die sich bei dem sozialistischen Aufbau ergeben. Die westeuropäischen Genossen müssen sich darüber klar werden, daß wir vor einer neuen Etappe unseres sozialistischen Aufbaus stehen. Bis jetzt fuhren wir mit einer ausgemergelten Bauernmähre, die den Karren unserer durch den imperialistischen und Bürgerkrieg zerstörten Wirtschaft vorwärtsbewegte. In jenem Wiederherstellungsprozeß unserer Industrie, der bis heute gedauert hat und dessen Kriterium das Vorkriegsniveau war, spielte die Bauernschaft durchaus nicht die letzte Rolle. Die Herren Sozialrevolutionäre stellten in der ausländischen Presse sogar die Behauptung auf, unsere sozialistische Industrie lebe ausschließlich auf Kosten jenes Teiles des Staatsbudgets, der von der Bauernschaft aufgebracht wird. Das war natürlich gelogen. Denn auch die Anteilnahme des Proletariats war in dieser ersten Periode des wirtschaftlichen Wiederherstellungsprozesses durchaus nicht gering. Das Proletariat hatte aber das Recht, auch die Beihilfe der Bauernschaft zu fordern, denn der Aufbau der sozialistischen Industrie war keine bloße Klassenangelegenheit des Proletariats, sondern lag auch im Interesse breitester Bauernmassen. Nur der aus Kulaken bestehende Teil des Dorfes, der danach strebt, die Rolle des Transmissionsmechanismus zwischen dem Privatkapital in der Stadt und den breiten Bauernmassen zu spielen, war an den Mitteln und Wegen einer kapitalistischen Wieder-

herstellung der Industrie interessiert. Nunmehr nähern wir uns bereits dem Vorkriegsstand der Industrie. Doch reicht dieses Niveau nicht mehr aus, um die Bedürfnisse der Bauernschaft zu befriedigen. Es entsteht ein Mißverhältnis zwischen der Warenmenge, die die Industrie liefert, und der Nachfrage der Bauernschaft. Wir stehen vor dem Augenblick, oder richtiger, vor dem Zeitraum, wo wir an Stelle des ausgemergelten Bauerngauls das industrialisierte Feuerroß spannen werden. Das wird der allerernsteste Zeitraum unserer wirtschaftlichen Entwicklung sein. Er wird von uns die größte Sparsamkeit erheischen, die Reduzierung aller Ausgaben auf ein Minimum. Ebenso wird er sowohl von der Bauernschaft als auch von dem Proletariat neue Anstrengungen und einige neue Opfer erfordern. Es handelt sich jetzt um die Erweiterung der Produktion; dies aber bedeutet, daß es jetzt nicht mehr genügt, einen Amortisationsfonds zu haben; die Kapitalien, die die kapitalistische Vorkriegsindustrie in Gestalt von Anleihen und Investitionen hauptsächlich aus dem Auslande schöpfte, müssen wir vom eigenen Staatsbudget absparen. Ohne irgend welche Hilfe, nur auf uns allein angewiesen, werden wir an der Bildung des Grundkapitals herangehen müssen. Und hier entsteht nun die Frage, wie ist die Anteilnahme der Bauernschaft und des Proletariats an der Bildung des Grundkapitals in ein richtiges Verhältnis zueinander zu bringen. Darin liegt jetzt der ganze Kern der „Smytschka“. Mit diesem Problem beschäftigen sich jetzt die Gedanken der Partei und aller Genossen, die auf wirtschaftlichem Gebiet arbeiten. Bei der Lösung dieses Problems können wir bei uns Strömungen verzeichnen, die dazu neigen, unsere Landwirtschaft als eine Kolonie zu betrachten, die alle Erweiterungskosten der Produktion der Großstadt aufzubringen hat. Hätten wir auf diese neunmal Weisen gehört, so wäre in ganz kurzer Zeit von allen unseren Eroberungen nichts mehr übrig geblieben. Natürlich sind weder Korsch noch Urbahns noch Ruth Fischer auf alle diese Probleme gekommen. Es fällt viel leichter, über den Kapitalismus in der USSR zu schreien, als über diese Probleme nachzudenken und sich einmal klar zu werden, wodurch die neuen Schwierigkeiten entstehen. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, daß die positiven Resultate der Industrialisierung unseres Landes im Sinne einer Erweiterung des Grundkapitals der Industrie erst nach einigen Jahren zum Vorschein kommen werden und daß wir bis dahin auch einige Schwierigkeiten zu überwinden haben werden. Die Schwierigkeiten, vor denen unsere Partei nicht zurückschreckt, sind auch jetzt bedeutend. Auf sie spekuliert die gesamte ausländische Kapitalistenpresse und weissagt einen nahen Untergang des Sozialismus in der USSR. Von „links“ her stimmen in diesen Chor enttäuschte Kleinbürger ein, mit Korsch u. Co. an der Spitze. Es ist nutzlos, sich in einen Streit mit solchen Leuten einzulassen, denn diese Gegner sind außerstande, auch nur ein einziges ernstes Argument, auch nur eine Ziffer anzuführen. All die komplizierten Probleme des sozialistischen Aufbaus in der USSR werden von ihnen unter dem Gesichtspunkt jener Gruppdiplomatie aus betrachtet, derer sie sich innerhalb der KPD bedienen. Und nicht um sie zu überzeugen, muß man in der Presse eine allseitige Beleuchtung der Tatsachen und Daten unseres sozialistischen Aufbaus geben. Das ist notwendig für jene Arbeiter, die sich aufrichtig und lebendig für all das interessieren, was bei uns vorgeht.

V.

Die Korsch u. Co. behaupten, die USSR gehöre zusammen mit Nordamerika und Indien zu den Ländern des kapitalistischen Aufstiegs. Was bedeutet eine solche Behauptung, falls sie überhaupt einen Sinn haben soll? Sie bedeutet eins von beiden: Entweder hat es in der USSR nie einen Sozialismus gegeben, oder aber die privatkapitalistischen Elemente unserer Wirtschaftsverfassung gewinnen über die sozialistischen das Uebergewicht. Führen nun Korsch u. Co zur Verteidigung dieser These auch nur eine Ziffer an, die das spezifische Gewicht jeder dieser Wirtschaftsarten in unserer komplizierten Oekonomie der Uebergangsperiode aufzeigen würde, in der fünf Wirtschaftsformen miteinander ringen? * Weit gefehlt. Die Korsch u. Co. sind der Meinung, man müsse ihnen auch so aufs Wort glauben; es fällt ihnen gar nicht ein, daß zunächst allerernsteste Materialstudien über die Frage erforderlich sind, über die man sprechen will; daß jeder gewissenhafte Proletarier nicht das wissen will, was ein Korsch, Urbahns oder Ruth Fischer über die Erfolge des Sozialismus in der USSR denken, sondern vor allem das, was darüber die Tatsachen besagen. Hätten die jetzigen Skeptiker hinsichtlich des Sozialismus in der USSR einen Blick in das statistische Material geworfen, so hätten sie ersehen, daß die Zahlen gerade das Gegenteil besagen von dem, was von den Korsch u. Co. behauptet wird. Die sozialistischen Elemente unserer Wirtschaft gewinnen, sehr langsam zwar, aber sicher, das Uebergewicht über die privatkapitalistischen Elemente. Auf dem Hintergrund der Millionenmasse individueller Bauernwirtschaften, die dennoch der sozialisierten Großproduktion gegenüber eine untergeordnete Rolle spielen, auf dem Hintergrund der Beziehungen auf dem Markte, auf dem Waren figurieren, denen man's nicht ansieht, unter welcher Wirtschaftsform sie entstanden sind, auf dem Hintergrund von Beziehungen, die die Rolle der sozialistischen Grundsätze unserer Wirtschaft verdunkeln, sind alle diese Prozesse nicht so greifbar, sie springen nicht so in die Augen. Sie sind aber vorhanden. Betrachten wir z. B. die gesellschaftlichen und die privaten Kapitalfonds und vergleichen wir sie. Sehr bescheiden gerechnet, gehörten anfangs 1924/25 dem Staate Kapitalfonds in Höhe von mindestens 11,7 Milliarden Tschernowonezrubel, auf die Genossenschaften entfielen 0,5 Milliarden und auf die privaten, hauptsächlich bäuerlichen Wirtschaften 7,5 Milliarden Tschernowonezrubel. Wir sehen also, daß in einem Bauernlande 62 Prozent aller Produktionsmittel bereits vergesellschaftet und 38 Prozent auf dem Wege der Kooperierung noch zu vergesellschafteten sind. Hauptsächlich entfallen die vergesellschafteten Produktionsmittel auf die Stadt. So ist z. B. die Schwerindustrie und das Eisenbahnwesen zu 97 Prozent vergesellschaftet, während im Dorfe die Vergesellschaftung der Kapitalfonds erst 4 Prozent beträgt. Betrachten wir ferner das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der privaten und vergesellschafteten Industrie, sehen wir nach, ob sich nicht in den letzten Jahren eine Tendenz bemerkbar macht, aus der ersichtlich wäre, daß

* Lenin: „Ueber die Naturalsteuer“.

wir durch das Privatkapital aus den eroberten Positionen verdrängt werden. Die Bruttonproduktion betrug in Millionen Tscherwonezrubel:*

Jahr	Staatl. u. kooperierte Industrie	In Prozenten	Privat-industrie	In Prozenten	Insgesamt
1923/24	5562	76,3	1728	23,7	7290
1924/25	7550	79,3	1970	20,7	9250

Es muß berücksichtigt werden, daß diese Privatindustrie Kleinindustrie ist, die keine besonderen Kapitalaufwendungen erfordert und daher beim Warenhunger alle Chancen für eine rasche Entwicklung besitzt. Und nichtsdestoweniger sehen wir auch hier das spezifische Gewicht der Privatindustrie sinken. Betrachten wir ferner das Gebiet des Handelskapitals. Diese Form des Kapitals stellt sozusagen die Seele der Nep dar. Der private Geschäftsmann zieht dieses Gebiet vor, da es sofortigen Gewinn verspricht und keine solche Kapitalaufwendung erfordert, wie die Industrie. Man sollte meinen, hier sei der Entwicklung des Privatkapitals ein weiter Spielraum gegeben. Der Warenhunger schafft auch hier äußerst günstige Bedingungen für das Wachstum des Privatkapitals. Und wir sehen auch tatsächlich, wie dieses Kapital aus der Differenz zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen räuberische Profite erzielt. Nichtsdestoweniger kann man bereits aus wenigen Ziffern eine klare Vorstellung darüber gewinnen, wie überstürzt die Schlußfolgerung wäre, daß sich die Rolle des privaten Handelskapitals in den letzten Jahren verstärkt habe. Der Zwischenhandelsumsatz verteilt sich auf:

Jahr	in Millionen Rubeln				Prozentueller Anteil des Insges. in Mill. Rub.	
	Staat	Genossenschaften	Insgesamt	Privatkapital	Privatkapitals	
1923/24 1. Halbjahr	1197	1039	2 236	2265	50,3	4 501
1923/24 2. Halbjahr	1745	1614	3 359	1729	34,0	5 088
Insgesamt	2942	2653	5 595	3994	41,6	9 589
1924/25	5475	4753	10 228	3650	26,3	13 878

Was besagt diese Tabelle? Sie besagt, daß der Anteil des Privatkapitals am Innenhandel im Sinken begriffen ist. Der Anteil des privaten Geschäftsmannes, der im ersten Halbjahr 1923/24 die Hälfte des gesamten Handelsumsatzes betrug, fällt im zweiten Halbjahr auf nur ein Drittel, um im Jahre 1924/25 fast auf ein Viertel (26,3 Prozent) herunterzugehen. Man sollte meinen, daß angesichts solcher Zahlen wir keinen Grund haben, uns durch die „Analyse“ Korsch's von panischem Schrecken erfassen zu lassen. Doch gehen wir weiter. Betrachten wir das Wiederherstellungstempo unserer sozialisierten Industrie. Jeder neue Erfolg dieser Industrie bedeutet eine Befestigung der sozialistischen Kommandohöhen in einem Bauernlande. Jeder, der die Evolution unserer Wirtschaft aufrichtig studieren wollte, hätte darum das Problem der Bildung von Grundkapital und die Fragen der Erweiterung unserer sozialisierten Produktion nicht umgehen dürfen. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten geben wir im laufenden Jahr ungefähr

* Wir benutzen nicht die Kontrollziffern des Gosplan (Staatl. Planwirtschaftskommission) für das Jahr 1925/26, da unsere Wirtschaftsorgane diese Ziffern korrigieren mußten.

700 Millionen* Rubel für die Erweiterung der Produktion aus. Das bedeutet, daß bereits in diesem Jahre, nach Berücksichtigung aller Korrekturen, die in den ursprünglichen Wirtschaftsplänen vorgenommen wurden, wir die Produktion der sozialisierten Industrie um 35 bis 40 Prozent erweitern. Wer da weiß, daß in der Vorkriegszeit das Erweiterungstempo der Produktion gewöhnlich über 6 Prozent nicht hinausging, der wird die Bedeutung dieser Tatsache einzuschätzen wissen. Wenn der Staat der Werktätigen die Möglichkeit hat, von der Bruttoproduktion (die 1913 5620 Millionen Rubel betrug) ungefähr 700 Millionen für die Verstärkung der Produktion der sozialisierten Industrie zu verausgaben, so spricht diese Tatsache von gewissen, sei es auch bescheidenen, Errungenschaften der sozialistischen Elemente in der USSR. Wir zweifeln nicht daran, daß die menschewistischen Weißgardisten auch hier eine „Niederlage“ des Sozialismus erblicken werden. Sie haben schon wiederholt darüber gejamert, daß die Wiederherstellung unserer Industrie sich auf Kosten der Arbeiterklasse vollziehe. Es ist möglich, daß auch die Korsch u. Co. in dieses Geschrei mit einstimmen werden. Darum wird es zur Information der europäischen Arbeiter nicht unnützlich sein, einige Daten darüber anzuführen, wie im Zusammenhang mit der Entwicklung unserer Industrie auch die Arbeitslöhne proportionell steigen. Wir wissen sehr gut, daß auch auf diesem Gebiet wir keine Wunder getätigt haben, daß auch hier unsere Errungenschaften noch sehr bescheiden sind. Man darf aber nicht vergessen, daß vor fünf Jahren, als die Nep eingeführt wurde, die Produktion unserer Industrie ein Sechstel der Vorkriegsproduktion betrug. Bereits im September vorigen Jahres haben wir in bezug auf die Arbeitslöhne im allgemeinen 100,4 Prozent erreicht. Die europäischen Genossen müssen wissen, daß der Lohnstandard nicht überall der gleiche ist. In einigen Industriezweigen, wie z. B. in der Lebensmittel- und der Papierindustrie, haben wir das Vorkriegsniveau überschritten, während auf anderen Gebieten wir es noch nicht erreicht haben. Beträgt der Arbeitslohn der Metallarbeiter 83 Prozent der Vorkriegsnorm, der der Bergarbeiter sogar nur 72 Prozent, so steht er in der Textilindustrie auf 123 Prozent, in der chemischen Industrie auf 122 Prozent, in der Lederbearbeitungsindustrie auf 131 Prozent, in der Lebensmittelindustrie auf 154 Prozent usw. Man muß dabei im Auge behalten, daß noch 1923/24 der Arbeitslohn erst 67,2 Prozent des Vorkriegsstandes erreichte. In zwei Jahren sind wir um einen beträchtlichen Sprung vorwärts gekommen, und zieht man bei der Errechnung des Arbeitslohnes noch die Abzüge für die Sozialversicherung in Betracht, so ergibt sich folgendes Bild: Die Metallarbeiter haben 96 Prozent des Vorkriegslohnes erreicht, die Textilarbeiter — 154 Prozent, die Arbeiter in der chemischen Industrie 153, die in der Lederbearbeitungsindustrie 156, die in der Papierindustrie 171 und die Arbeiter in der Lebensmittelindustrie 188 Prozent, d. h., daß die Löhne in einer ganzen Reihe von Industriezweigen die Vorkriegsnorm weit übertreffen**. Genügt das? Wir wären keine Partei der Arbeiterklasse, wenn wir dieses Niveau als normal

* Ursprünglich war geplant, etwa 1 Milliarde Tschernwonezrubel in der Industrie zu investieren.

** Bericht des Genossen Kwiring auf dem Plenum des Moskauer Komitees der KP der USSR vom 19./21. Februar 1926.

betrachteten. Das Lohnniveau der Vorkriegszeit kann für uns keine Richtschnur sein, um so mehr, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein weiteres Steigen der Löhne vorübergehend aufgehalten haben. Die wachsende Teuerung trifft auch die Arbeiterklasse schwer. Jedoch steht es zweifellos fest, daß, während wir uns hinsichtlich des materiellen Existenzniveaus der Arbeiterklasse auf aufsteigender Linie befinden, die kapitalistischen Länder sich zurückbewegen. Nur hoffnungslose Narren können angesichts dessen von einer arbeiterfeindlichen Politik der Sowjetmacht schreien. Um die der Arbeiterklasse gegenüber verfolgte Politik zu charakterisieren, wollen wir das Staatsbudget betrachten. An Hand des Budgets können wir jede Regierung durchleuchten und feststellen, den Interessen welcher Klasse sie dienstbar ist. Man braucht weder Professor noch Überklug zu sein, um diese Binsenwahrheit zu begreifen. Wir zweifeln stark daran, daß die „ultralinken“ Kritiker an der USSR sich jemals die Mühe gegeben haben, einen Blick in die Aufstellung unserer Staatseinnahmen und -ausgaben zu werfen. Für uns hat diese Aufstellung die Bedeutung, daß hier die Arbeiterklasse durch ihre regierende Partei die Möglichkeit erhält, ernste Korrekturen an jener Verteilung des „Nationaleinkommens“ vorzunehmen, durch die der Nep-Mann dank dem Spiel der elementaren, von der Regulierung nicht gebändigten Wirtschaftskräfte übermäßig bereichert werden könnte.

Andererseits kann jeder, der den Pulsschlag der von der USSR betriebenen Politik ernsthaft feststellen will, in den Aufwendungen für Industrie und Landwirtschaft einen Anhaltspunkt für begründete Schlußfolgerungen finden und nicht für die bloße Behauptung, die USSR gerate in immer stärkere Abhängigkeit von der Bauernschaft. Hätten die Korschisten die Frage ernst stellen wollen, so hätten sie erstens gesehen, daß wir die Besteuerung dazu benutzen, um den Nep-Mann fester in der Hand zu haben, und zweitens hätten sie bemerkt, daß mit Hilfe desselben Steuersystems wir dem Wachstum des Kulakentums eine Schranke setzen. Wodurch läßt sich z. B. die Tatsache erklären, daß das Privatkapital, dem die Nep die Tür öffnete und das den Handel überflutete, eine immer geringere Rolle auf diesem Gebiet spielt? Die Erklärung liegt natürlich in der Regulierungspolitik unseres Arbeiter- und Bauernstaates. Hätten wir in unserem Lande nicht die Diktatur des Proletariats, sondern eine „parlamentarische Demokratie“, so würden wir erleben, wie auf Grund der Politik, die wir dem Nep-Mann gegenüber betreiben, eine „Oppositionspartei“ aus Vertretern des Handels entstünde. Das ist aber nicht der Fall, und aus dem aufgezwungenen Schweigen des Nep-Mannes ziehen Korsch u. Co., die gewohnt sind, auch die kompliziertesten Erscheinungen nach parlamentarischen Schablonen zu beurteilen, die Schlußfolgerung, der Arbeiter- und Bauernstaat habe sich hinsichtlich des Nep-Mannes Unterlassungen zuschulden kommen lassen, das Verhältnis zwischen dem Nep-Mann und dem Diktaturregime des Proletariats sei friedlich, nahezu idyllisch. Unsere Kritiker scheinen nie darüber nachgedacht zu haben, warum das Auslandsorgan der Menschewiki, „Der sozialistische Bote“, das im Auslande die Interessen der Nep-Bourgeoisie vertritt, eine solche Hetze gegen die Bolschewiki wegen der Beschränkung „der Initiative des Privatkapitals“ entfaltet. Was die Besteuerung des Kulaken betrifft, so können wir bei der Festsetzung der Steuersätze diese Frage nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklungsinteressen

unserer Oekonomik entscheiden. Im Steuerentwurf für das laufende Jahr haben wir die Besteuerungsnorm in einer Weise festgesetzt, daß sie zwar von dem Kulaken gespürt wird, jedoch keinen Schlag gegen den Mittelbauer bedeutet und die Entwicklung der Produktivkräfte der Mittelbauernwirtschaft nicht beeinträchtigt. Hier den Bogen zu überspannen, hieße den Weg verantwortungsloser Entschlüsse betreten. Und unsere Partei, die Millionen von Menschen regiert, das ist kein Grüppchen von Intellektuellen, die sich am eigenen Radikalismus nicht satt sehen können.

Wenn wir ferner die Aufwendungen des Arbeiter- und Bauernstaates für die Landwirtschaft betrachten, so sehen wir, daß die diesbezüglichen Ausgaben in diesem Jahre 157 Millionen betragen. Man braucht nur diese bescheidene Ziffer mit den Daten zu vergleichen, die die Industrie betreffen, um leicht zu ersehen, wie gewissenhaft die Behauptungen der Korschisten sind, die USSR verwandle sich in eine Bauernrepublik. In Wirklichkeit sehen wir uns von einer ganz anderen Gefahr bedroht: wir könnten die Bauernwirtschaft allzu stark belasten, den Antrieb, der sie vorwärts bewegt, vernichten und die grundlegende Basis für eine erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Industrie untergraben. Man darf hier nichts künstlich forcieren, man muß alle Elemente unserer Wirtschaft planmäßig heben, denn nur auf diesem Wege werden wir jene „ehrliche Koalition“ zwischen dem Proletariat und der breiten Masse der werktätigen Bauernschaft verwirklichen, die uns Lenin aufgetragen hat. Im November 1917 sagte er:

„Das Bündnis zwischen den Arbeitern und den Bauern kann eine ‚ehrliche Koalition‘, ein ehrliches Bündnis sein, denn ein radikales Auseinandergehen zwischen den Interessen der Lohnarbeiter und den der werktätigen und ausgebeuteten Bauern gibt es nicht. Der Sozialismus kann die Interessen der einen wie der anderen vollkommen befriedigen. Nur der Sozialismus kann ihre Interessen befriedigen. . . . Dagegen kann eine ‚Koalition‘ zwischen den werktätigen und ausgebeuteten Klassen einerseits und der Bourgeoisie andererseits keine ‚ehrliche Koalition‘ sein, da die Interessen dieser Klassen radikal auseinandergehen.“

Die Hauptgefahr für das ganze Werk der Oktoberrevolution besteht darin, daß die Sozialrevolutionäre, die Menschewiki, die Korschisten, die gesamte internationale Sozialdemokratie und das gesamte Weltkapital bestrebt sind, diese ehrliche Koalition zu sprengen, einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zu treiben.

Hier ist die Grenzscheide, die uns von der kapitalistischen Welt und ihren Söldnern trennt.

VI.

Wenden wir uns jetzt speziell dem Kulaken zu. Vom Kulaken als einer ökonomischen Kategorie haben die Korschisten eine genau so nebelhafte Vorstellung, wie von dem Kapitalismus in der USSR. Was sie natürlich nicht hindert, den Kulaken zur zentralen Figur der ganzen Politik der USSR zu machen. Es stellt sich angeblich heraus, daß er sowohl die Innen- wie die Außenpolitik der Sowjetunion bestimmt, daß er die KP der USSR bereits besiegt hat. Wie im Westen Brandler, so ist es im Osten der Kulak, der als einziger Brennpunkt alle Gedanken der Korsch und Ruth Fischer auf sich konzentriert. Von jener Diskussion, die ungefähr ein Jahr lang in unserer Presse darüber geführt wurde, welche Kategorie von Bauernwirtschaften man als „Kulakenwirtschaften“ zu bezeichnen habe, von jenen vorläufig noch partiellen Erforschungen einzelner Gegenden, die von einzelnen

Genossen und Statistiken (Chraschtschewa, Grizenko, Terletzki, Kritzmann, Jakowlew usw.) in bezug auf die Differenzierung der Bauernschaft vorgenommen wurden, haben die Korschisten natürlich nie etwas gehört. Auch von den Prozessen, die während der Revolution, des Kriegskommunismus und der Nep im Dorfe vor sich gegangen sind, von dem Charakter dieser Differenzierung des Dorfes unter dem Regime der proletarischen Diktatur, von der Nationalisierung des Grund und Bodens sowie von dem allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft haben sie nicht die geringste Vorstellung. Was stellt dieser Kulak in ökonomischer und politischer Hinsicht dar, wie groß ist seine zahlenmäßige Stärke, in welchem Maße ist er erstarkt und in die Sowjets und Genossenschaften eingedrungen, ob er es verstanden hat, die Führung über den Mittelbauer zu erlangen, ob sich die Dorfarmut als vollkommen schutzlos erwiesen hat, ob sie von der KP der USSR bei ihrer Organisierung und Selbstverteidigung nicht mit allen Mitteln unterstützt wird — auf alle diese Fragen wird man bei Korsch u. Co. vergeblich eine Antwort suchen. Sie glauben, daß man über Prozesse, die eingehendes und fleißiges Studium erfordern — siehe Lenin und sein Werk „Ueber die Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung in Rußland“ —, genau so leicht Urteile fällen könne, wie, sagen wir, über Brandlerismus. Alles auf der Welt wird unter den Begriff des „Brandlerismus“ gebracht. Betrachten wir jetzt das Wesen der Frage, so müssen wir vor allem das ganze Kulaken-Problem erst einmal ins rechte Licht rücken. Erstens darf man sich die Sache nicht allzu primitiv vorstellen, darf man sich nicht einbilden, in unserem Dorfe vollziehe sich der Prozeß der „Stolypin-Zeit“: nämlich an einem Pol bilde sich eine Schicht von Kulaken heraus und am anderen häufe sich die Masse der von ihnen ruinierten Dorfarmut an, während die dazwischen liegenden Gruppen im allgemeinen die Tendenz zeigten, zu verschwinden. In Wirklichkeit liegen die Dinge weit komplizierter. Der in den letzten Jahren zu beobachtende Aufschwung der Landwirtschaft läßt sich an fast allen Bauernkategorien nachweisen, darunter auch an den wirtschaftlich schwachen Gruppen. So trägt z. B. nach Angaben des Sammelwerks des statistischen Zentralamts „Die Landwirtschaft im Wiederaufbau“ das Anwachsen der Anbaufläche im Zeitraum von 1920 bis 1924 in den Gruppen ohne Bestellfläche oder mit einer Fläche bis zu vier Desjatinen, und zwar in den Gebieten, die durch die Hungersnot von 1921 gelitten haben, etwa vier Fünftel der gesamten Zunahme der Bestellfläche. Und diese Wirtschaften sind ja überwiegend Wirtschaften des Zwerg- oder Halb-Mitteltypus.

Natürlich bedeutet das nicht, daß sich sämtliche wirtschaftlich schwachen Bauernanwesen während des Wiederaufbaues der Landwirtschaft erholt haben; ein gewisser Teil von ihnen ist zugrunde gegangen, hat sich aufgelöst. Solche Erscheinungen wie die Hungersnot mußten notwendig die Differenzierung im Dorfe beeinflussen. Allgemein war in den Hungerdistrikten die Differenzierung der Bauernschaft viel tiefergehend als in den von der Mißernte nicht betroffenen. Aber selbst in diesen letzteren Gebieten hat die Differenzierung der Bauernschaft die Zone der Nivellierung, des Größenausgleichs der Wirtschaften (die Jahre 1917/18) weit hinter sich gelassen. Beispielsweise geht aus den Daten, die in Nr. 1 der Publikation „An der Agrarfront“ vom Jahre 1925 veröffentlicht worden sind und sich auf die

Gouvernements Moskau, Wladimir, Nishni-Nowgorod und Nowgorod beziehen, klar hervor, daß die wohlhabenden Spitzen der Bauernschaft und die Kulaken in der Zeit von 1920 bis 1923 erstarkt sind. Sowohl der Bestellfläche als auch der Viehzahl nach haben sich diese Gruppen merklich gefestigt. Trotzdem sind die Genossen, die die Differenzierung im Dorfe studieren, der Ansicht, daß zwischen der Differenzierung, wie sie vor dem Kriege vor sich ging, und der von heute ein Unterschied besteht. Wurde damals die Kapitalanhäufung bei der bäuerlichen Oberschicht von einer Massenverarmung der wirtschaftlich Schwachen begleitet, so ist jetzt neben dem wachsenden Reichtum der bäuerlichen Schichten auch ein gleichzeitiger Aufstieg der unteren Schichten zu verzeichnen, von denen nur ein Teil sich auf absteigender Linie bewegt. Sich vor diesem Aufschwung der Hauptmasse der Bauernwirtschaften zu fürchten, heißt, die ganze Lehre des Leninismus von der „Smytschka“, dem Bündnis mit der Bauernschaft, anzweifeln. Die „richtige Bauernpolitik auf 20 Jahre“, von der Lenin sprach, war keineswegs nur auf ein wirtschaftlich zurückgehendes Dorf eingestellt, sondern auch auf ein wirtschaftlich aufsteigendes. Darum müssen wir beim Studium dieser Prozesse — wenn wir uns nicht auf den Standpunkt von Korsch verirren wollen, der die ganze Bauernmasse mit Ausnahme einer kleinen Gruppe „idealer Dorfarmut“ als Kulaken betrachtet — uns darüber klar werden, was der wirkliche Kulak ist. Das entscheidende Merkmal bei der Bestimmung des Begriffes Kulak ist das Moment der Verknachtung des wirtschaftlich Schwächeren und seine Ausbeutung. Der Kulak stellt eine solche Gruppe bäuerlicher Ausbeuter dar, die ausschließlich von der Ruinierung und Verknachtung von wirtschaftlich Schwächeren existieren und sich weiter entwickeln. In unserer Partei- und Wirtschaftsliteratur ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man nicht jeden kultivierten Bauern, der seine Wirtschaft auf einen höheren Stand bringt, das Vielfeldersystem anwendet, Graskulturen einführt und sein Einkommen durch Milchwirtschaft usw. steigert, als Kulaken bezeichnen darf. Und wenn wir die Frage so gestellt haben, dann werden wir uns beim Studium der Dorfverhältnisse überzeugen können, daß die Kategorie der Kulaken im heutigen Dorfe noch sehr klein ist. Fast alle Genossen, die die Differenzierung des Dorfes studieren, geben diese Kategorie mit 3 bis 5 Prozent an. Hat sie nun Aussichten auf Entwicklung und Erstarkung? Alles hängt davon ab, wie richtig unsere Politik in den nächsten Jahren sein wird. Sie wird durch zwei Momente bedingt: erstens müssen wir den Kurs auf die Hebung der Produktivkräfte des flachen Landes halten, dürfen keinen unbedachten Schritt tun, der den Anreiz zur Hebung der Landwirtschaft abtöten könnte; zweitens müssen wir die Entstehung und Erstarkung der kapitalistischen Spitzen im Dorfe paralisieren. Das ist eine außerordentlich komplizierte Politik, die von unserer Partei bald besondere Festigkeit, bald Elastizität erfordert und am wenigsten hysterisches Hin- und Herpendeln verträgt. Der Zusammenprall zwischen den schwachen Keimen des Kollektivismus in der Landwirtschaft und den Tendenzen zur kapitalistischen Entwicklung in der gleichen Landwirtschaft ist ein äußerst gefährliches Zusammenprallen. Dies zu leugnen, dürfte wohl keinem einfallen. Doch besitzen wir bei der Durchführung einer richtigen Bauernpolitik drei Vorteile: 1. die Diktatur des Proletariats

(die Rolle der Schwerindustrie, der Kurs auf die Industrialisierung verstärkt unsere Positionen); 2. die Nationalisierung des Grund und Bodens, die der Entwicklung der Dorfbourgeoisie Schranken setzte, trotz der Zulassung der Verpachtung, durch die die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft freie Bahn erhält; 3. die Kooperierung als der Weg zur Vergesellschaftung der Landwirtschaft. Wer, wie die deutschen Ultralinken, bereits Behauptungen aufstellt, wie: im Dorfe habe der „Kapitalismus“ gesiegt, der verrät erstens seine Unwissenheit in der von ihm behandelten Frage, und zweitens ist er ein Verzagter, der kapituliert und uns die kampflose Aufgabe unserer Positionen im gefährlichsten Punkt empfiehlt. Das einzige Argument, das von den ultralinken Kapitulierern zugunsten des Sieges der Kulaken angeführt wird, sind die Sowjetwahlen vom vorigen Jahre, bei denen ein Rückgang der in die unteren Dorfsowjets gewählten Kommunisten zu verzeichnen war. (Ihre Zahl sank von 12 Prozent auf 6 Prozent.) Muß aber die Zahl der Kommunisten in den Dorfsowjets der entscheidende Faktor für die Umstellung des ökonomischen Regimes der USSR sein? Wir glauben kaum, daß eine Partei, die einschließlich der Kandidaten nur 900 000 Mitglieder zählt, eine Partei, die eine Bevölkerung von über 130 Millionen Menschen regiert auf einem Territorium, das ein Sechstel der ganzen Erde ausmacht, eine Partei, die nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft leitet, eine Partei, die Territorien mit buntscheckigem Nationalitätenbestand verwaltet, — wir glauben kaum, daß diese Partei darauf Anspruch erheben könnte, auch die untersten Verwaltungs- und Wahlorgane mit ihren Mitgliedern zu füllen. Wer so denkt, der hat eine zumindest sonderbare Vorstellung von der Diktatur des Proletariats und seiner Partei. Wollte die proletarische Partei die Ratschläge der ultralinken hochprinzipiellen Anhänger der „Diktatur des Proletariats“ befolgen, so müßte sie die Fabriken und Werke vollständig von Kommunisten entblößen, müßte die überwältigende Mehrheit ihrer Mitglieder zu „Beamten“ machen und würde sich dadurch tatsächlich von ihrer Klassenbasis lostrennen und sich tatsächlich der Gefahr einer „Umstellung“ aussetzen. Gerade in dieser Vorstellung von der „Diktatur des Proletariats“ kommt das wahre Wesen der kleinbürgerlichen Anschauungen zum Vorschein.

Dank der verstärkten Aktivität der Bauernbevölkerung werden bei den Wahlen jene Kommunisten beiseite geschoben, die in einer Situation, wo es die Selbsttätigkeit der Bauernmassen auszunützen gilt, nur kommandieren wollen; solche kommunistischen Elemente werden in den ländlichen Verwaltungsorganen sehr häufig von einem neuauftretenden parteilosen Bauern-typus abgelöst, einem Typus von Bauern, die aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen, einem ehrlichen, arbeitstüchtigen Menschenschlag, der seiner ganzen Art, seinem Niveau nach höher steht als etwa der Kommunist, der aus dem untersten Dorfsowjet entfernt worden ist. Solche Bauernelemente würden morgen in unsere Partei eintreten, wenn wir das Tor der Partei breit vor der Bauernschaft öffneten. Aber wir sind ja eine Arbeiterpartei, die genötigt ist, sorgfältig ihre soziale Zusammensetzung zu überwachen. Für die Korsch-Leute, die an der KP der USSR verzweifelt sind, ist diese einfache Wahrheit ein Buch mit sieben Siegeln. Schließlich wird es für die

europäischen Genossen ganz nützlich sein, zu erfahren, daß gerade nach dem 14. Parteitag der KP der USSR der Einfluß der Kommunisten im Dorfe sich konsolidiert hat. Die letzten Wahlen zu den Dorfsowjets haben gezeigt, daß wir nicht nur keine Positionen im Dorfe verloren, sondern diese sogar verstärkt und neue dazu erobert haben. Ob die Korsch-Leute davon schon etwas gehört haben? Wohl kaum; wäre es aber dennoch der Fall, so hätten sie wohl vorgezogen, den Mund zu halten. Wir besitzen noch keine abschließenden Daten über die Wahlergebnisse aus der gesamten Sowjetunion, aber die bereits vorliegenden Ergebnisse aus einzelnen Gebieten erlauben ein Urteil darüber, was unsere Partei in der Organisation der Dorfarmut geleistet hat. Bisher ist noch nicht allzu viel geleistet; aber das, was geleistet ist, ist solide. Nehmen wir z. B. einen solchen ausgesprochenen „Kulakenrayon“ wie das Kubanj-Gebiet, das in den Bürgerkriegsjahren ein Stützpunkt unserer Vendée war. Im vorigen Jahr kamen hier bei den Wahlen in erheblicher Anzahl Leute der kapitalistischen Oberschicht in die Dorfsowjets hinein; die Dorfarmut war desorganisiert, vom Mittelbauern isoliert. Die diesmaligen Wahlen haben ein anderes Bild gezeigt. Wenn dort im vorigen Jahr die Dorfarmut 19 Prozent der Sitze in den Dorfsowjets erhielt, so in diesem Jahr — 34 Prozent*. Zweitens wurde erreicht, daß die Mittelbauernschichten des flachen Landes in Kubanj überall mit der Dorfarmut verbunden voringen und das konterrevolutionäre Kulakenelement aus den Sowjets unbarmherzig entfernten. Diese Tatsache will doch etwas besagen. Betrachten wir weiter die Rolle, die der Kulak im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen spielt. Es erübrigt sich, davon zu sprechen, wie sorgfältig unsere Partei darauf achten muß, daß die ländlichen Genossenschaften nicht in die Hand der Kulaken geraten. Kein Zweifel: die wohlhabenden und die Kulakenelemente haben in höherem Grade die Tendenz zum genossenschaftlichen Zusammenschluß als die schwachen Bauernwirtschaften. Das ist eine Tatsache. Für die kapitalistische Dorfoberschicht ist der genossenschaftliche Zusammenschluß eine Art Rückversicherung gegen den Druck seitens der Dorfarmut und des Apparates der Sowjetmacht. Wenn wir aber das Kräfteverhältnis zwischen der Kulakenschicht und der Hauptmasse der bäuerlichen Wirtschaften betrachten, so werden wir sehen, wie winzig, zahlenmäßig genommen, die Rolle ist, die der Kulak innerhalb der Landwirtschaftsgenossenschaften spielt. Hier z. B. eine statistische Uebersicht des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der verschiedenen Gruppen der Bauernschaft, geordnet nach ihrem Besitz an Arbeitsvieh (die Daten beziehen sich auf April/August 1925**):

	Zahl der statistisch erfaßten Wirtschaften	Ohne Arbeitsvieh	Mit 1 Stück Vieh	Mit 2 Stück Arbeitsvieh	Mit 3 Stück Arbeitsvieh	Mit 4 Stück Arbeitsvieh	Ins-gesamt
In Prozenten							
Mehrkonsumtionszone	104 191	14,2	70,0	14,6	1,2	0,0	100
Mehrproduktionszone	365 930	29,7	46,3	15,5	6,3	2,2	100
<hr/>							
In beiden Zonen:	470 121	26,3	51,5	15,3	5,2	1,7	100

* Aus dem Bericht der Parteiorganisation von Kubanj.

** Aus dem Sammelwerk des Sselkossosjus (Zentral-Landwirtschaftsgenossenschaft). „Auf dem Wege zur Vergesellschaftung der Landwirtschaft“.

Die Daten über die genossenschaftlich erfaßten Wirtschaften, sowohl in der Mehrkonsumtions- wie in der Mehrproduktionszone, zeigen, daß die ausschlaggebende Gruppe in den landwirtschaftlichen Kooperativen die Mittelbauernwirtschaften bilden. Es werden an Wirtschaften gezählt:

mit einem Stück Arbeitsvieh	51,5 Prozent
mit zwei Stück Arbeitsvieh	15,3 „
ganz ohne Arbeitsvieh	26,3 „

Nehmen wir die Bauernwirtschaften mit einem und zwei Stück Arbeitsvieh als mittelbäuerliche (66,8 Prozent der Gesamtzahl) an und fassen wir sie mit den Wirtschaften ohne Arbeitsvieh (26,3 Prozent) in einer Gruppe zusammen, so sehen wir, daß diese Gruppe 93,1 Prozent aller kooperierten Bauernhöfe umfaßt.

Ein ebensolches Bild ergeben die Untersuchungen der Bauernwirtschaften nach dem Merkmal des Kuhbestandes, der Bestellfläche usw.

Aber vielleicht ist es so, daß diese kapitalistische Oberschicht — zahlenmäßig unbedeutend — faktisch die Genossenschaften beherrscht, indem sie die leitenden Positionen darin inne hat? Auch in bezug hierauf ziehen wir es vor, mit Zahlen Antwort zu geben. Hier z. B. die Charakteristik der Besitzlage der gewählten Mitglieder der unteren Genossenschaftsorganisationen. So beträgt in 7214 Genossenschaften die Prozentzahl:

	Im Besitz von Arbeitsvieh			
	bis zu 1 Stück	bis zu 2 Stück	bis zu 3 Stück	über 3 Stück
der Verwaltungsmitglieder	54	23	8	15
aller Mitglieder in Wahlorganen	60	23	8	9

Somit ist also aus dieser Tabelle zu ersehen, daß in den gewählten Genossenschaftsorganen das zwergbäuerliche und mittelbäuerliche Element vorwiegt, d. h., daß diese beiden Gruppen 77,83 Prozent ausmachen.

Schluß

Welche Schlüsse müssen wir aus der ganzen antikommunistischen Kampagne der Ultralinken ziehen? Die ultralinken Stimmungen unter den Arbeitern sind natürlich anderen Ursprungs als die unter den Mitläufern, die in der Inflationszeit zum Kommunismus kamen, um unter dem Einfluß des verlangsamten Tempos der Revolution schnell wieder zu erkalten.

1. Historisch betrachtet, konnte man ultralinke Abweichungen unter Arbeitern erstens in Ländern feststellen, wo die Existenzbedingungen des Proletariats und die Arbeitsbedingungen seiner Partei infolge der Reaktion am barbarischsten waren (Italien, Polen); 2. waren diese Abweichungen eine Folge von schweren Niederlagen der revolutionären Bewegung (Deutschland, Bulgarien); 3. bildeten sie fast immer die Reaktion auf opportunistische Fehler unserer Partei; 4. entstanden sie in der Mehrzahl der Fälle in jenen Sektionen, die auf allzu schmaler Klassenbasis fußten. Ihr Sektierertum — ein durch die Illegalität erzwungenes Sektierertum — erhoben solche Parteien gewissermaßen zum Prinzip und versuchten es als taktisches Musterbeispiel auf alle anderen Sektionen der Komintern auszudehnen (die italienische Partei nach Livorno); 5. wurden ultralinke Abweichungen durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen und durch die Verwandlung unserer Parteien — dank den Verfolgungen seitens der Polizei und der Arbeitgeber — in „Parteien aus

Arbeitslosen“. So sind z. B. in Deutschland 70 bis 80 Prozent unserer Parteimitglieder aus den Betrieben hinausgeworfen.

In Anbetracht all dieser verschiedenen Bedingungen müssen wir mit besonderer Hartnäckigkeit darangehen, die proletarischen Schichten über die Schädlichkeit solcher Abweichungen für die proletarische Sache aufzuklären. Doch je schonungsloser wir in dieser Beziehung mit den Ideologen dieser Strömungen umgehen werden, um so mehr Geduld und Ausdauer müssen unsere Parteien den Arbeitern gegenüber an den Tag legen, die die ultralinken Stimmungen noch nicht überwunden haben. Der von den ultralinken Intriganten verbreiteten Legende, die Komintern sei bereit, linke revolutionäre Arbeiter preiszugeben, um sozialdemokratische Arbeiter zu gewinnen, muß ein für allemal ein Ende gemacht werden. Mit Zähnen und Klauen werden wir um jeden wirklich linken und revolutionären Arbeiter kämpfen. Um ihn kämpfen, heißt aber keineswegs seinen Fehlern Vorschub leisten, sich seinen Stimmungen anpassen, auf Intellektuellenart mit der Liebe zum Arbeiter kokettieren und bei jedem Anlaß den Satz wiederholen: „Ach, so denkt der revolutionäre Proletarier!“ Wer nicht den Mut hat, dem deutschen revolutionären Proletarier die Wahrheit zu sagen, der zeigt nur, daß er sich zu einem der Arbeiterbewegung sympathisch gegenüberstehenden „gelehrten Fachmann“ eignen mag, nur nicht zu ihrem Führer. In unserer Diskussion mit den Ultralinken sind wir an den Punkt angelangt, wo alle Demarkationslinien gezogen, alle Mittel, ihre Spitzen in Deutschland zu überzeugen, erschöpft sind. Von der Gruppe Urbahns-Ruth Fischer verlangt die Komintern in diesem Stadium der Abgrenzung von den Ultralinken eine klare Antwort: Sind sie mit den Korsch oder mit der Komintern? Hier heißt es wählen. Keine ausweichende Antwort, kein Hin- und Herpendeln zwischen Korsch und dem ZK, keine neuen Fuchsschliche können da helfen. Nur unverbesserliche Opportunisten können da noch einmal Diplomatie spielen wollen, wo eine grundlegende Abgrenzung der Klassen und eine dementsprechende Umgruppierung innerhalb unserer Partei in Deutschland vor sich geht. Vor die gleichen Fragen müssen wir auch die ultralinken Genossen aus anderen Sektionen der Komintern stellen: die Genossen Bordiga, Hansen und Domski, auf deren ideologische und organisatorische Nähe sich Katz in seinem Schmutzblättchen beruft.

Die Frage ist gestellt — wir warten auf die Antwort.

J. LESCHTSCHINSKI: DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI POLENS

Das letzte Erweiterte Plenum des EKKI hat seine ernsteste Aufmerksamkeit auf die Situation in Polen gerichtet und die Rolle, die die Polnische Kommunistische Partei jetzt spielt und spielen muß.

„Gegenwärtig, so führte Genosse Sinowjew in seiner im Plenum gehaltenen Rede aus —, befindet sich die polnische Partei in einer sehr schwierigen und verantwortungsvollen Lage: Wenn es ein Land gibt, in dem in allernächster Zukunft eine unmittelbare revolutionäre Situation entstehen kann, so ist es Polen, wo die Arbeitslosigkeit ununterbrochen steigt, wo die Verzweiflungsakte der rebellierenden Arbeitslosenmassen nicht nur kein Ende nehmen, sondern sich ständig häufen. Daher steht unsere polnische Partei augenblicklich auf einem ganz besonders verantwortlichen Posten.“

Eine solche Perspektive hat zweifellos außerordentliche internationale Bedeutung, da Polen — nach den Worten des Genossen Sinowjew — das Zentrum ist, in dem sich die Einflüsse Englands, Frankreichs und Amerikas kreuzen, von dem in gewisser Beziehung einerseits der Entwicklungsprozeß Deutschlands und andererseits der Entwicklungsprozeß in Rußland abhängt.

Die Richtigkeit dieser Bewertung wird bestätigt durch die ganze Entwicklung, die Polen in der letzten Zeit durchgemacht hat. In der vorliegenden Abhandlung wollen wir versuchen, die treibenden Kräfte und die Richtung der Entwicklung festzustellen und die — entsprechend den von dem führenden Organ ausgegebenen Richtlinien — nächstliegenden Aufgaben zu bestimmen.

Der Zusammenbruch der Stabilisierung

Als schwächstes Glied in der Kette des europäischen Kapitalismus hat sich Polen erwiesen, in dem die Stabilisierung den am meisten schwankenden und brüchigen Charakter angenommen hat. Die Schwankungen führten beinahe zu einer wirtschaftlichen Katastrophe, auf die die politische Resolution des Erweiterten Plenums des EKKI (in Uebereinstimmung mit dem von Fabrikanten, Banken, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft an den polnischen Staatspräsidenten gerichteten Memorandum) hinweist.

Seit dem Datum des genannten Memorandums sind bereits fünf Monate vergangen. In dieser Zeit hat sich die Lage in Polen nicht nur nicht verbessert, sondern auf einigen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens sogar verschlechtert. Vor allem war es die Industrie, die ständig zurückging, die Arbeitslosigkeit wuchs mit jedem Monat. Im April belief sich das Heer der Arbeitslosen auf 400 000, was 45 Prozent des Industrieproletariats ausmacht. Die Mehrzahl der übrigen Arbeiter gehörte zu den Kurzarbeitern.

Nur 40 Prozent der registrierten, d. h. ein Viertel der städtischen Arbeitslosen, empfangen klägliche Unterstützungen (den vierten Teil des Arbeitslohnes). Ebenso stieg die Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Ueberhaupt kann

man die Hälfte der Landbevölkerung zu den Arbeitslosen oder Kurzarbeitern rechnen. Unerhört ist die Verschärfung der Not des landwirtschaftlichen Proletariats. Unter Ausnützung des Winters schritten die Gutsbesitzer zum entscheidenden Angriff und verhängten die Aussperrung. Einige 10 000 landwirtschaftliche Arbeiter kamen um Verdienst und Obdach. Am 1. April wurden weitere 15 000 Familien entlassen.

Eine auf den ersten Blick positive Erscheinung stellt die Handelsbilanz der letzten Monate dar.

Monatszahlen in Millionen Zloty *

Jahr und Monat	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo
Dezember 1925	186,8	83,5	+ 103,3
Januar 1926	159,5	68,4	+ 91,1
Februar 1926	131,3	69,8	+ 61,8

Diese anscheinend aktive Handelsbilanz wurde durch übermäßiges Forcieren der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte (49 Prozent des Exports) erzielt, durch verlustbringenden Export von Kohle und Zucker und eine aufs äußerste beschränkte Einfuhr wichtiger industrieller Erzeugnisse und Rohmaterialien. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß im Vergleich mit dem Oktober vergangenen Jahres die Getreideausfuhr im Januar des laufenden Jahres um 57 Prozent gestiegen ist, während die Einfuhr industrieller Erzeugnisse um 15,8 Prozent zurückging. Die Getreideausfuhr übersteigt schon seit langem die Exportfähigkeit des polnischen Staates, d. h. sie wurde auf Kosten der Bedürfnisse der Bevölkerung getrieben. Das Manko an Weizen auf dem inneren Markt erreichte im Februar 74 000 Tonnen. Der durch den Export von Kohle und Zucker entstandene Verlust wird durch Hinaufschrauben der Preise auf dem inneren Markte gedeckt. Die räuberische Politik der polnischen Gutsbesitzer verdammt die werktätigen polnischen Massen zum Hunger. Der Getreidemangel wird sich ganz besonders jetzt in den breiten Bevölkerungsschichten auswirken. Bald wird Polen genötigt sein, Getreide aus dem Ausland zu höheren Preisen einzuführen, und dann wird seine aktive Handelsbilanz von neuem verschwinden oder völlig unbedeutend sein.

Schon im Februar sind im Vergleich zum Dezember vergangenen Jahres die Ausfuhrzahlen um 30 Prozent zurückgegangen. Das bedeutet, daß die Ausfuhrquellen versiegen. Schwer getroffen wurde der Export durch Sperrung der tschechoslowakischen Grenzen (im April) für polnisches Vieh. Das wird zu einer neunprozentigen Verringerung des Exportes führen. Im allgemeinen ist die Ausfuhr fünfmal größer als vor dem Krieg — offenbar auf Kosten der Landwirtschaft.

Die übermäßige Forcierung der Ausfuhr lebenswichtiger Produkte steigert die Teuerung. Selbst das offizielle statistische Bulletin spricht von ständig steigenden Preisen.

So ist die aktive Handelsbilanz Polens ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Stagnation und ein Faktor der weiteren Verwüstung des Landes.

Darum nimmt die Finanzkrisis, ungeachtet der aktiven Handelsbilanz, ihren Fortgang. Der Wert des Geldumlaufs fällt (auf 56 Prozent im Vergleich

* Bei einem Kurs von $7\frac{1}{2}$ bis 8 Zloty per Dollar.

** Die Ausfuhr aus Lodz beträgt nur 5 bis 10 Prozent der Gesamtausfuhr.

zum April vergangenen Jahres), der Goldvorrat und die ausländischen Valuten schrumpfen zusammen*, der Kurs des Zloty fällt, wenn auch mit Unterbrechungen, so doch unaufhaltsam**. Gleichzeitig findet eine Inflation der kleinen ungedeckten Währung statt, das heißt jenes in übermäßiger Menge vom Fiskus herausgegebenen Geldes, des sogenannten Billon. (Am 1. April 406 Millionen Zloty fiskalischer Geldnoten, bei 389,4 Millionen Banknoten). Das Ergebnis ist, daß Polen das typische Land des Kapitalismus ohne Kapital repräsentiert. Die Kapitalzinsen haben die wucherische Höhe von 5 und mehr vom Hundert per Monat erreicht. Das Staatsdefizit für das Jahr 1926 beträgt Mitte März 400 Millionen Zloty bei einem Budget von 1730 Millionen. Das Defizit für das erste Quartal des laufenden Jahres betrug 26 Millionen. Zweifellos wird das Defizit mit der sinkenden Kaufkraft der breiten Massen noch weiter steigen, da die indirekten Steuern die Hauptquellen der Staatseinkünfte darstellen. Im Januar erbrachten sie dem Fiskus 12½ Millionen, im Februar aber nur 8 Millionen Zloty. Die Einfuhrzölle sind auf die Hälfte des Vorjahres zurückgegangen. Die Steuerzahlungsfähigkeit der Bourgeoisie wird längst nicht mehr ernst genommen. Während die direkten Steuern die Arbeiter und das Kleinbürgertum ruinieren, sabotiert die Bourgeoisie diese Steuern unter offensichtlicher Duldung der Behörden. So hat sie z. B. die Herabsetzung der Vermögenssteuer für Januar-Februar von 55 auf 10 Millionen Zloty erreicht, jedoch nur 2 Millionen bezahlt.

Unter solchen Bedingungen und ungeachtet der 18prozentigen Verkürzung ist das jetzige Budget noch vernichtender als das frühere. Die polnische Bourgeoisie konnte dem Rate Youngs nicht folgen, der in den besten Zeiten der „Sanierungs“-Erfolge ihr den Vorschlag machte, die Staatsausgaben um 60 Prozent einzuschränken. Unter Zugrundelegung seiner Schätzungen prophezeiten die Budget-Realisten für dieses Jahr ein Defizit von 700 Millionen Zloty an Stelle der zu Beginn des Jahres angenommenen 250 Millionen. Aber sogar die optimistischen Berechnungen des Defizits sprechen von einem katastrophalen Zustande der Staatsfinanzen. „Ob ein Abgrund 250 oder 700 Meter tief ist — erklärte der Finanzminister Sdzechowsky im Sejm —, er ist gleich gefährlich für jene Leute, die vor ihm stehen.“ Die Quintessenz liegt nicht allein in den Zahlen, sondern in der Grundtendenz, die die polnische Bourgeoisie zur Katastrophe führen kann.

Die Hoffnungen, die die polnische Bourgeoisie auf das ausländische Kapital setzte, haben sich nicht erfüllt. Die katastrophale wirtschaftliche Lage Polens stößt die ausländischen Kapitalisten ab und verhindert die Investitionen, die für die polnische Industrie geradezu eine Lebensfrage sind. Bis heute haben sich keine Liebhaber für eine Dawesierung Polens gefunden.

„Die eigenen Leute — erklärt der Führer des polnischen Kulakentums, Witos — legen kein Kapital in Unternehmungen an, die Fremden betrachten Polen als brennenden Vulkan, sie bemühen sich, ihre Kapitalien zurückzuziehen, und denken nicht im Entferntesten an Investitionen, da es doch niemandem einfallen dürfte, während des Brandes bauen zu wollen.“

* Am 10. Januar verfügte die polnische Staatsbank über 72,1 Millionen Zloty in ausländischer Valuta, am 1. April nur über 49,3 Millionen, während die ausländischen Verpflichtungen im März bereits 60,6 Millionen erreicht hatten.

** Anfang November stand der Dollar auf 6 Zloty, Anfang April auf 8,5.

Ein die Dawesierung Polens erschwerender Faktor sind auch die Sorgen um die Durchführung des Dawesplanes in Deutschland. Infolge der Beteiligung des anglo-amerikanischen Kapitals an der deutschen Industrie, die nach Berechnung der Dawes-Stabilisatoren zur unerschöpflichen Quelle von Uebergewinnen und Kriegsreparationen werden soll, hat dieses keinerlei Interesse an der Wiederaufrichtung der polnischen Industrie als einem deutschen Konkurrenten. Das anglo-amerikanische Kapital betrachtet die im Osten Deutschlands gelegenen Länder nur als Absatzgebiete, als eine Art Hinterland für die deutsche Industrie, um deren Absatz von den westlichen und transozeanischen Märkten zu verdrängen. In dieser Richtung bewegen sich die Zollforderungen, die die deutschen Industriellen bei den Handelsvertragsbesprechungen mit Polen erheben. Es ist auch möglich, daß die amerikanischen und englischen Kapitalisten von einem weiteren Verfall Polens eine noch günstigere Konjunktur erwarten, um dann ganz billig in den Besitz des zu verauktionierenden Landes zu kommen.

Nach Mitteilungen der amerikanischen Presse hat die Regierung der Vereinigten Staaten den amerikanischen Banken den Rat gegeben, ihre Kapitalien nicht in Polen zu investieren. Ebenso behauptet „Manchester Guardian“, daß die Möglichkeit der Ueberlassung größerer Anleihen an Polen sowohl seitens der Londoner City als auch Wallstreets ausgeschlossen ist, was auch die mißlungenen Verhandlungen mit dem Bankers-Trust bestätigen.

Die englischen Zeitungen raten Polen, dem Beispiel Oesterreichs zu folgen, d. h. sich auf Gnade und Ungnade dem Völkerbund und seinem Kommissar zu ergeben. Wie der Finanzminister erklärt, sind englische und amerikanische Kapitalisten nur bereit, Polen Kredite zu gewähren, wenn dasselbe seine Finanzen in Ordnung gebracht und sein Budget ausbalanciert hat (im besonderen durch aus dem Verkehr ziehen des oben genannten fiskalischen Geldes), mit anderen Worten unter Bedingungen, die die Fähigkeit und objektive Möglichkeit der polnischen Bourgeoisie übersteigen.

So ist die Koalitionsregierung, berufen, Polen an das ausländische Kapital zu verkaufen, gezwungen, unbedeutende „schäbige“ Anleihen gegen wucherische Zinsen und erdrückende Garantien zu suchen. Beispielsweise verlangte der Harryman-Trust, in dessen Besitz sich 52 Prozent der Aktien der oberösterreichischen Unternehmungen Giesche befinden, für eine Anleihe von 10 Millionen Dollar Befreiung von der Vermögenssteuer (54 Millionen Zloty) und Herabsetzung der Ausfuhrzölle. Ueber eine ähnliche Anleihe, gegen Verkauf ihres Tabakmonopols, verhandelt die polnische Regierung mit der italienischen Banca Commerciale. Für in England aufgenommene Anleihen sind bis über die Hälfte des Goldbestandes (57,5 Millionen von 133,9 Millionen Zloty) verpfändet worden.

Aber selbst eine größere und günstigere Anleihe wird nicht aus der Sackgasse herausführen.

„Sie wird höchstens für einige Monate das Loch im Budget verstopfen und nur für kurze Zeit die polnische Valuta stützen; allein die Freude wird von kurzer Dauer sein, das Loch im Budget wird bleiben und der Zloty wird weiter sinken. Das ist ein mathematisches Axiom.“

Diese Worte sprach im Sejm der Berichterstatter der Budgetkommission, der frühere Finanzminister Herr Michalski. Seine mathematische Genauigkeit und der absolute Realismus in der Beurteilung der Lage bezeugen, daß

das Bewußtsein des Bankrotts der bürgerlichen „Sanierung“ in Polen den nüchternen Vertretern der polnischen Bourgeoisie nicht fremd ist, und daß diese nicht imstande ist, ihre Ohnmacht vor der Volksmasse zu verbergen.

Der Revolutionierungsprozeß der Massen

Die Kehrseite des Zusammenbruchs der kapitalistischen Stabilisierung in Polen ist die beschleunigte Revolutionierung der breiten proletarischen Massen, des Bauertums und zum Teil des Kleinbürgertums, die durch die schwankende Stabilisierung am meisten in Mitleidenschaft gezogen werden. Die frühere Passivität und Apathie der Massen, eine Folge der „Sanierungs“-Illusionen und des Stabilisierungsmarasmus, weichen Bestrebungen, sich dem Ansturm des Kapitals zu widersetzen, um den Kampf mit demselben aufzunehmen.

1. In erster Reihe ist es die Arbeiterklasse, die erwacht. Kampf Stimmung erfaßt nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch den arbeitenden Teil des Proletariats.

Vor allem ist es wichtig, die Bedeutung und das Wachsen der Arbeitslosenbewegung zu unterstreichen.

Die revolutionäre Besonderheit der Arbeitslosenfrage in Polen besteht in der Zusammengeballtheit der Massen der arbeitslosen Bevölkerung, die nirgends hin können, keine Verwendung finden für ihre Arbeitskraft. Die ungeheure Armee der Arbeitslosen findet weder Zuflucht in den Dörfern, die selbst mit eigenen Arbeitslosen überfüllt sind, noch im Ausland, das jetzt keine Emigranten braucht, da es, wie z. B. Deutschland, über eine kolossale Reservearmee von Arbeitskräften verfügt. Dieser objektive Faktor schweißt die Massen der Arbeitslosen zusammen und treibt sie zu solidarischem, wenn auch bis dahin vorwiegend spontanem Auftreten. Die Arbeitslosigkeit in Polen ist, nach den Worten eines bürgerlichen Volkswirtschaftlers, ein kochender Dampfkessel ohne Ventile.

Die Arbeitslosenbewegung, die ganz Polen ergriffen hat, nimmt einen immer hartnäckigeren, aggressiveren und bewußteren Charakter an. Unzählige Meetings und Demonstrationen finden statt, trotz der Kompromißparteien (PPS und NPR) und trotz der Verbote und Strafexpeditionen der Polizei, die mit allen Waffen, einschließlich Giftgasen, gegen die Demonstranten vorgeht. Die blutigen Unterdrückungen härten die Masse ab, steigern den Elan der Bewegung. Ihre Entwicklungskurve steigt systematisch aufwärts, von höflichen naiven Bitten über hartnäckige Forderungen ihrer von ihnen selbst gewählten Delegierten bis zu unmittelbarem aktivem Vorgehen der demonstrierenden Massen, die die Stadtverwaltungen stürmen, die Polizeikasernen zu besetzen (Kalisch) und vor allem die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen zu befreien versuchen. Im Verlauf des Kampfes erweitern sich die Losungen. Zur Forderung nach Arbeit oder erhöhten Unterstützungen gesellen sich Forderungen politischer Art.

Die Bewegung der Arbeitslosen wirkt auch ansteckend auf den arbeitenden Teil des Proletariats und verstärkt seinen Widerstand gegen die Offensive des Kapitals. Das bezeugen eine ganze Reihe von Streiks, die mit großer Hartnäckigkeit und Entschlossenheit durchgeführt wurden. Charakteristisch

ist auch der rege Anteil, den die Fabrikarbeiter an den Demonstrationen der Arbeitslosen zu nehmen beginnen. Diese Bewegung beginnt auch auf das Militär überzugreifen, das sich mitunter weigert, auf die Arbeiter zu schießen.

Die ganzen Anstrengungen der Kommunistischen Partei sind zur Zeit darauf gerichtet, der Arbeitslosenbewegung einen organisierten Charakter zu geben und sie mit dem Kampf der in der Industrie beschäftigten Arbeiter zu verbinden, die entscheidenden Proletariermassen (Eisenbahner, städtische Arbeiter, Metallarbeiter u. a.) aufzurütteln und in den Kampf zu führen. Die objektiven Verhältnisse begünstigen die Durchführung dieser Aufgabe. Die fortwährenden Lohnkürzungen durch die Fabrikanten, die Verlängerung des Arbeitstages, die herrschende Teuerung und die unaufhörlichen Arbeiterentlassungen verbinden die Interessen der Arbeitenden mit den Interessen der Arbeitslosen, schaffen die Grundlage für gemeinsame Forderungen und die Möglichkeit zu gemeinschaftlichem Vorgehen.

Ein sehr wichtiges Symptom für den in den Arbeitermassen sich vollziehenden Stimmungsumschwung ist die Radikalisierung der der PPS und der NPR folgenden Massen. Sie kommt zum Ausdruck in den unter den Arbeitern dieser Parteien wachsenden Bestrebungen zur Bildung einer Einheitsfront, in dem Drängen zum Zusammenschluß der Gewerkschaften im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals sowie in der wachsenden Unzufriedenheit mit der Kompromißpolitik der Führer. Die Arbeiter der PPS beginnen mit Aufmerksamkeit den Worten der Kommunisten zu lauschen und lassen sie auch auf ihren Meetings zu Worte kommen. In einer ganzen Reihe PPS-Organisationen sind linksstehende Arbeitergruppen aufgetaucht. Es hat sich eine linke Opposition in den Gewerkschaften der PPS gebildet. Der Hauptherd dieser Opposition ist Krakau, das jahrzehntelang die Hochburg der PPS war.

Das aufmerksame und freundschaftliche Verhalten unserer Partei zu den Arbeitern, die noch im Lager der Kompromißler stehen, wird die Linksströmung in der PPS und NPR verstärken und den Anschluß dieser Arbeiter an die proletarische Revolution begünstigen. Das richtige Herantreten an die Frage der Unabhängigkeit Polens seitens unserer Partei, als einer Frage des Schutzes vor ökonomischer und politischer Versklavung durch das anglo-amerikanische Kapital, wird uns die Eroberung jener Massen erleichtern, die bislang in den Führern der PPS und der NPR die einzigen Verfechter der Unabhängigkeit des polnischen Volkes erblickten.

Die vollkommen ungesicherte Existenz der ganzen Arbeiterklasse und das geschickte Herantreten an die Massen wird dazu beitragen, daß die Kommunistische Partei ihren Einfluß sogar unter jenen Schichten des Proletariats festigt, die früher als gut situiert galten und die Hauptstützen der Kompromißparteien bildeten.

2. In weniger auffallender Weise geht das Heranreifen der revolutionären Kräfte auf dem flachen Lande vor sich. Es vollzieht sich auf der Linie der Klassendifferenzierung der Landbevölkerung in einen Block der bourgeois Kulakenelemente und der Bauern einerseits wie auch des Anwachsens und der Konsolidierung des revolutionären Flügels der Bauernschaft anderseits. Die werktätigen Massen der Bauernschaft kehren dem Lager der Bourgeoisie rasch den Rücken. Die Veranlassung dazu ist das völlige Ver-

sagen der Bodenreform, die nach sechsjähriger Sabotierung seitens der Kapitalisten und Gutsbesitzer sich in ein Kulakengesetz umgewandelt hat, das im Dezember vorigen Jahres vom Sejm angenommen wurde. Ungeachtet dessen stieß selbst diese typisch-stolypinsche Reform, die hauptsächlich den Interessen der Kulaken diente, auf den Widerstand der Gutsbesitzer, sowie auf finanzielle Schwierigkeiten, was zur Folge hatte, daß das der Ablösung unterliegende Landkontingent für 1926 auf ein Viertel (von 200 000 ha auf 50 000 ha) verringert wurde.

Der riesige Landhunger mit gleichzeitiger Arbeitslosigkeit und Uebervölkerung, die unglaubliche Verelendung der Bauernmassen in Verbindung mit einem schonungslosen Steuerdruck, die sich vergrößernde Preisspanne zwischen den landwirtschaftlichen Produkten und den Industrierzeugnissen im Zusammenhang mit dem Sinken der Valuta, der sich ständig verschärfende administrative und nationale Druck, endlich der drohende Hunger infolge Getreidemangels: das sind die Hauptursachen der tiefen Gärung auf dem flachen Lande, die in nächster Zeit schon zum offenen Auftreten der Bauernschaft führen können. Jeder Tag drängt sie mehr auf den Weg des revolutionären Kampfes.

Der Revolutionierungsprozeß der Bauernschaft vollzieht sich nicht überall und in allen Schichten in demselben Tempo. Am raschesten geht er in den östlichen Randgebieten vor sich, wo größter Landhunger Hand in Hand geht mit unerhörter nationaler Bedrückung. Die polnische Schlachta, in deren Händen sich faktisch der ganze Verwaltungsapparat West-Weißrusslands und der polnischen Ukraine befindet, fühlt sich dort wie auf einem Vulkan. Bedeutend langsamer revolutioniert sich die Bauernschaft Zentralpolens, wo neben einem starken Kulakentum zahlreiche Zwischenschichten der mittleren Bauernschaft vorhanden sind. Als bürgerliche Schutzwehr gegen die Revolution dient endlich auch die im Gegensatz zum landwirtschaftlichen Proletariat gut organisierte, wohlhabende Bauernschaft im Posenschen Gebiet. Es ist klar, daß sich der Mittelbauer langsamer revolutioniert als die Dorfarmut, wiewohl die schwere „Sanierungs“krise und die drückende Steuerlast auch diese Massen ins Elend bringt, ihre Radikalisierung beschleunigt und in die Arme der Revolution treibt. Diese Verschiebungen und Stimmungen in den Massen spiegeln sich wieder in dem organisierten Lager der Bauernschaft. Erstens vollzieht sich ein ständiger Abfall der Dorfarmut und der Mittelbauern von der Witos'schen Kulakenpartei „Pjast“, die den scharf ausgeprägten Charakter einer Verfechterin der Interessen des Kulakentums annimmt, wogegen sie wieder Zulauf von Kulakenelementen aus den bürgerlichen Parteien, besonders des Posenschen Gebietes, erhält. Zweitens findet ein Verfall der Mitte, der typisch kompromißlerischen Partei „Wyzwolenije“ statt. Verschiedene ihrer Anhänger haben sie verlassen, andere nähern sich dem „Pjast“, der größte Teil jedoch rückt nach links, und im Januar vergangenen Jahres bildete er zusammen mit ehemaligen Anhängern des „Pjast“ die Bauernpartei, mit Bryl an der Spitze, dem Initiator der Sejm-Delegation, die die USSR besuchte. Zu ihr sind die linken Elemente der in Worten radikalen, in Handlungen aber opportunistischen Gruppen des Priesters Okopj gestoßen. Außerdem gründeten schon vor anderthalb Jahren die beiden aufrichtig links eingestellten ehemaligen Anhänger der Partei „Wyz-

wolenije“ — Woswudski und Fiderkewitsch — die Unabhängige Bauernpartei. Sie repräsentiert den revolutionären Flügel der Bauernschaft, dem sich die weißrussische Bauern-Gramada anschließt, und neigt zu den linken Gruppen der radikalen Bauernparteien Polens, West-Weißrußlands und der polnischen Ukraine hin. Der Einfluß der Unabhängigen Bauernpartei auf die Dorfarmut und die verelendenden Mittelbauernmassen wächst nicht täglich, sondern stündlich. Alle diese Parteien, mit Ausnahme der Pjast, stellen die Forderung einer entschädigungslosen Enteignung des Landes; während Wyzwolenije und Bauernpartei diese erreichen wollen auf dem Wege einer neuen parlamentarischen Reform mit vorangehender Verfassungsänderung (zwei Drittel Stimmenmehrheit), die den Gutsbesitzern eine „gerechte Entschädigung“ garantiert, sieht die Unabhängige Bauernpartei die Verwirklichung dieser Forderung in dem revolutionären Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung.

Auf diese Weise vollzieht sich nach erfolgter politischer Kristallisierung der einzelnen Gruppierungen die Sammlung und Konsolidierung der Kräfte in zwei entgegengesetzten Lagern; im reaktionären und im revolutionären Lager, unter Aufsaugung der Mitte.

Die Taktik der Kommunistischen Partei, die sich auf dem flachen Lande auf das landwirtschaftliche Proletariat und die radikaleren Elemente der Bauernschaft stützt, besteht darin, diesen Prozeß auf jegliche Weise zu beschleunigen, und zwar in einer Richtung, die die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiter und Bauern ermöglicht, gegen die Kapitalisten und Gutsbesitzer, auf der Plattform von Losungen und Forderungen, die den Interessen der gesamten werktätigen Bauernschaft entsprechen.

3. Immer deutlicher tritt auch die Radikalisierung der kleinbürgerlichen Schichten der Stadtbevölkerung zutage. Die infolge der Krise dem Ruin ausgesetzte, durch Teuerung und Steuern gepeinigte, durch Budget- und andere Kürzungen zu Zehntausenden auf die Straße gesetzte Masse des Kleinbürgertums (Handwerker, Händler, Beamte, Lehrer) protestiert auf ihre Art gegen die bestehende Ordnung. Die arbeitslose werktätige Intelligenz beginnt allmählich sich den Aktionen der Arbeiter anzuschließen oder veranstaltet ihre eigenen Meetings und Demonstrationen.

4. Ebenso wird die Revolutionierung der Massen durch die sich ständig verschärfende nationale Unterdrückung der Ukrainer, Weißrussen, Juden, Deutschen und Litauer begünstigt. Diese Unterdrückung kommt zum Ausdruck in der gewaltsamen Polonisierung, dem großpolnischen Chauvinismus, der militärischen Kolonisierung in den Ostmarken und der Anwendung des weißen Terrors gegenüber allen zentrifugalen Bestrebungen der unterdrückten Nationalitäten, selbst wenn sich diese in Autonomie- oder Selbstverwaltungsbestrebungen äußern. Alle reformistischen Versuche (PPS, Wyzwolenije und andere) endeten mit einem absoluten Fiasko. Völlig mißlungen ist auch der im Jahre 1924 durch den Minister Tugut unternommene Reformversuch. Das damals vom Sejm angenommene Gesetz über die Schaffung nationaler Schulen und das Verbot des Gebrauchs nichtpolnischer Sprachen in der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit blieb auf dem Papier stehen. Einen Bankrott erlitten auch die Bestrebungen zu einem „vernünftigen

Kompromiß“ seitens der nationalen Kompromißgruppen im westlichen Weißrußland und in der polnischen Ukraine.

Ungeachtet dieser Mißerfolge bestehen jedoch unter den wohlhabenden Schichten der unterdrückten Nationalitäten Tendenzen, sich dem polnischen bürgerlichen Staate anzupassen. Sie sind aber nicht imstande, die Radikalisierung der werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten und das Wachsen ihrer Sympathien für die USSR, deren Politik die Entwicklung der nationalen Kultur und den Wohlstand der vereinigten Völker fördert, aufzuhalten.

Die Westukraine und Weißrußland, in denen das Fundament der Klassenherrschaft und der politischen Vergewaltigung der polnischen Schlachta verankert ist, gleichen zur Zeit einem Pulverturm, den die ersten Flammen der Revolution in die Luft sprengen werden.

Das Wachstum des polnischen Faschismus und Pilsudschismus

Gleichzeitig stärkt die schwere Wirtschaftskrise die faschistischen Tendenzen der polnischen Bourgeoisie und läßt unter der Kleinbourgeoisie, der Bauernschaft und zum Teil auch unter der Arbeiterklasse Stimmungen entstehen, die einen günstigen Boden für einen Rückfall in den Pilsudschismus bilden.

Im Zusammenhang mit diesem Prozeß geht eine Mobilisation der Kräfte vor sich, die nach einem außerparlamentarischen Ausweg aus der entstandenen Lage suchen. Diese Kräfte sammeln sich in zwei Lagern: dem Lager des bürgerlichen Faschismus und des kleinbürgerlichen Pilsudschismus. Zwischen ihnen tobt ein Kampf um die Macht.

1. Die Elemente, auf die sich der polnische Faschismus stützt, sind die Großbourgeoisie, die Gutsbesitzer, die Kulakenelemente des flachen Landes, der reaktionäre Teil des Kleinbürgertums und die bessergestellten Kreise der Intelligenz, die Mehrzahl der Generalität und ein bedeutender Teil der Offiziere, die höhere Bürokratie und die katholische Geistlichkeit. Sein Ziel ist die Errichtung einer eisernen Diktatur des Kapitals, um alle Lasten der Sanierung auf die gesamte Arbeiterklasse, das Gros der Bauernschaft und das Kleinbürgertum abzuwälzen, wobei er entschlossen ist, jeden Widerstand dieser Klassen schonungslos zu unterdrücken, indem er sie in einen Zustand absoluter politischer Rechtlosigkeit und ökonomischer Versklavung versetzt.

Das Programm einer solchen Diktatur kam unlängst in den Resolutionen des Nationalen Volksbundes und der Christlich-nationalen Partei, der Partei der polnischen Kapitalisten und Gutsbesitzer, zum Ausdruck. Beide Parteien fordern die Aufhebung der sozialen Gesetzgebung, die Beschränkung des Wahlrechts der werktätigen Klassen und der unterdrückten Nationalitäten zugunsten der polnischen Bourgeoisie, die Erweiterung der Befugnisse des Senats und des Staatspräsidenten als Uebergang zur Monarchie, die Vernichtung der staatsfeindlichen und die öffentliche „Ordnung bedrohenden Elemente“. Sie unterscheiden sich nur in ihrem methodischen Herantreten an die Frage des Monarchismus, die die Christlich-nationale Partei zum Gegenstand politischer Agitation macht, während der Nationale Volksbund sie ins Gebiet ideologischer Propaganda und allgemeiner Betrachtungen über die Synthese eines „vernünftigen“ Demokratismus und echten Monarchismus

hinüberträgt. Wichtiger ist die Meinungsverschiedenheit in der Frage der gegenwärtigen Landreform, die die Christlich-nationale Partei sofort zu Grabe tragen möchte, indem sie die Unverletzlichkeit des „sakrosankten Eigentums“ predigt, während der nationale Volksbund sich für die Erhaltung der reformistischen Demagogie in dieser Frage ausspricht, um die Kulaken nicht abzustoßen. Bei beiderseitigem guten Willen ist es nicht allzu schwer, ein Kompromiß zu finden, um so mehr, als in der Praxis die ganze Reform zu einer gutbezahlten Parzellierung gänzlich unbedeutender Landkomplexe der Gutsbesitzer zugunsten der Kulaken führte. Die wenigen zwischen den beiden führenden Parteien der Bourgeoisie, zwischen Kapitalisten und Gutsbesitzern, zwischen großem und mittlerem Kapital, zwischen Schwer- und Leichtindustrie (auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik) bestehenden Differenzen werden höchstwahrscheinlich in demselben Maße verschwinden, wie die revolutionäre Bewegung an Ausdehnung gewinnt. Auf jeden Fall ist jetzt eine Annäherung zwischen den genannten Parteien zur Lösung gemeinsamer Aufgaben und Abwendung drohender Gefahr zu beobachten.

In ihrem Gefolge finden wir auch die Pjast-Partei, die ihr Programm den Interessen und der Psychologie des Kulakentums anpaßt.

Schon seit einigen Monaten bereiten die Ideologen und Theoretiker des „polnischen Faschismus“ oder Monarcho-Faschismus den Boden für seine Taktiker und Strategen vor. Hand in Hand mit der Umwertung der demokratischen Werte und der Ausnutzung der Erfahrungen des italienischen Faschismus gehen Kampfvorbereitungen zu entscheidenden Operationen.

„In den Köpfen der polnischen Gesellschaft sind Veränderungen vor sich gegangen, die einen fundamentalen Umsturz möglich machen“, —

erklärt offen die nationalistische Presse.

„Rom oder Moskau“, diese Frage stellt unverblümt der ehrwürdige Führer der National-Demokraten Roman Dmowski, und selbstverständlich empfiehlt er der polnischen Bourgeoisie den Weg nach Rom.

2. Eine breitere, dafür aber weniger widerstandsfähige Basis hat der Pilsudschismus. Hinter Pilsudski stehen außer großen Kreisen des Offizierkorps jene Schichten der Werktätigen, die den Ausweg noch nicht in der Revolution sehen. Pilsudski ist ihre vielleicht letzte Illusion. Pilsudski wird unterstützt von der „Wizwolenije“, der PPS, der NPR und zum Teil von der Bauernpartei, in der noch die Traditionen des Pilsudschismus lebendig sind. Nach Ansicht eines ihrer Führer, Ledwoch, würden „einige energisch verfaßte Dekrete und einige Todesurteile den Widerstand der Bourgeoisie brechen“.

Auf seiten Pilsudskis stehen die beweglicheren Elemente des Kleinbürgertums, besonders die kleinbürgerlichen Elemente des Militärs, aus denen sich die führenden Kaders Pilsudskis rekrutieren. Sie suchen ungeduldig nach einem Ausweg in einem eigenartigen Bonapartismus, der nach ihrer Meinung das Großmachtprestige des polnischen Staates heben würde. Sie treten auch gegen den „demokratischen Fetischismus“ auf und treffen eifrige Vorbereitungen zum Umsturz.

Im allgemeinen aber zeichnet sich der Pilsudschismus durch seine Programmlosigkeit und politische Verschwommenheit aus. Die radikale Phrase ersetzt bei ihm den politischen Gedanken. Er balanciert zwischen der prole-

tarischen Revolution und der kleinbürgerlichen Reaktion, zwischen Bolschewismus und Chauvinismus, wobei er sich bemüht, aus diesen beiden Gegensätzen irgendeine „Synthese“ zu schaffen, etwa in der Art eines polnischen Nationalbolschewismus, über den die faschistischen Leiter der polnischen Ochraha immer mehr zu schreien beginnen. Zu der Programm- und Prinzipienlosigkeit der Anhänger Pilsudskis gesellt sich eine Art Napoleon-Kult mit der Persönlichkeit Pilsudskis und der blinde Glaube an sein Genie.

Was ist von einer Diktatur des Faschismus oder des Pilsudschismus zu erwarten, und was für eine Gefahr bedeuten sie für die Volksmassen Polens und für das internationale Proletariat?

Jede dieser Diktaturen wäre ein schwerer Schlag für die revolutionäre Bewegung in Polen und würde weit über seine Grenzen hinaus zu einer Verstärkung der internationalen Reaktion und einer direkten Bedrohung der USSR führen.

Der polnische Faschismus würde sich — schon aus seinem Programm geht das hervor — erbarmungslos auf die Arbeiterklasse und das Bauerntum stürzen, ihre Organisationen vernichten, in erster Linie die Gewerkschaften; er würde selbst gegen die Kompromißparteien des Proletariats und der Bauernschaft brutal vorgehen, die Polonisierung der nationalen Minderheiten noch hartnäckiger und konsequenter durchführen und endlich aller Wahrscheinlichkeit nach die Kommunisten für vogelfrei erklären. Er wäre zweifellos gleichbedeutend mit der brutalsten und zügellosesten Reaktion.

Eine Diktatur Pilsudskis, die sich auf die Armee und deren Hilfstruppen für die innere Front — die Ochraha, in der jetzt schon seine Anhänger ihr Wesen treiben — stützt, würde ungeachtet aller demokratischen Staffagen im Grunde ebenfalls eine Reaktion bedeuten, nur eine weniger ausgeglichene und konsequente als die offene der Kapitalisten und Gutsbesitzer. Die Programmlosigkeit Pilsudskis hätte zur Folge, daß er im weiteren, wenn auch weniger offen und entschieden als die National-Demokratie, das Programm jener Schichten der Bourgeoisie verwirklichen würde, die sich ihm anschloße, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, und deren Hilfe er zwecks finanzieller Unterstützung durch ausländisches Kapital bedürfte.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik würde ein siegreicher Pilsudschismus zweifellos zur Waffe des englischen Imperialismus gegen die USSR. Gerade Pilsudski würde vom französischen ins englische Lager hinüberwechseln, ein Vorgang, der schon seit einigen Monaten in Polen zu beobachten ist. Ein beredtes Zeugnis hierfür ist die in Genf durch Chamberlain betriebene Politik des Lavierens zwischen Stresemann und Skrzynski. Nicht weniger bezeichnend ist das Schweigen Chamberlains im Unterhaus auf die Anfrage des Vertreters der Arbeiterpartei bezüglich des Auftretens der englischen Regierung gegen die Reduzierung der polnischen Armee. Endlich genügt es auch, einen Blick in die Pilsudskische Presse zu werfen, um sich von ihrer offensichtlich sowjetfeindlichen Einstellung zu überzeugen. Die Märchen von der „Einheitsfront“ der Arbeit, die für den inneren Gebrauch zugeschnitten sind, hindern sie nicht, eine Hooligan-Hetze gegen die Sowjetmacht zu führen. In dieser Hinsicht bemüht sich der Pilsudschismus, den Monarcho-Faschismus, den er als Rivalen an der englischen Futterkrippe betrachtet, in der Sowjetfresserei womöglich noch zu übertrumpfen.

Der Pilsudschismus hat sich von seinen Großmachtgelüsten im Osten nicht losgesagt.

„Polen als Großmacht — das ist ein erhabener Gedanke — erklärt pathetisch das Wochenorgan der Pilsudski-Anhänger, die Stimme der Wahrheit. Polen — das ist eine gewaltige Kraft in seiner Expansion nach Osten. Zwei Wege nur stehen uns offen: Entweder die Polnische Sowjetrepublik — ein Dominium der USSR, oder aber ein Kampf auf Leben und Tod gegen den Bolschewismus. Der historische Weg Polens führt nicht nur nach dem östlichen Weißrußland und dem Baltikum, sondern auch nach dem Osten — über die Krim, den Kaukasus und Turkestan. Das polnische Reich, will es eine Macht sein, muß den Kampf aufnehmen gegen die Bolschewistenherrschaft.“

Das ist das Programm des Pilsudschismus, der die Pläne des gegen die USSR gerichteten englischen Imperialismus verwirklicht. Sie zielen auf einen konzentrisch geführten Schlag von Weißrußland, der Krim, dem Kaukasus und Turkestan, einen Schlag, an dem die polnische Armee wesentlich beteiligt wäre. Pilsudski, als Agent Englands, würde wahrscheinlich versuchen, mit dessen Hilfe sich mit Deutschland ins Einvernehmen zu setzen (was gegenwärtig auch den Interessen eines bedeutenden Teils der Großindustrie Polens entspricht) und das Hauptgewicht seiner Großmachtpolitik auf den Osten und die baltischen Gebiete verlegen.

In dieser Beziehung ist der polnische Faschismus bei seiner ausgesprochen antideutschen Orientierung eine weniger handliche Waffe für den englischen Imperialismus, obschon die nationaldemokratischen Führer Polens ebenfalls ihre Blicke nach London werfen und Chamberlain ihre Dienste anbieten, mit der Absicht, wie das Organ des nationalen Volksbundes, „Warschauer Zeitung“, sich ausdrückt: „die Trümpfe auszunützen, die der Anglo-Sowjet-Antagonismus Polen in die Hand gibt.“

Selbstverständlich vermag weder der Monarcho-Faschismus noch der Pilsudschismus die akut gewordenen Sozialprobleme Polens zu lösen. Ohne Schaffung eines inneren Marktes durch entschädigungslose Ueberlassung von Grund und Boden an die Bauern und ohne freien Zutritt zu ausländischen Absatzmärkten, in erster Linie denjenigen der USSR, ohne radikale Abkehr von der Politik der nationalen Unterdrückung und der Großmachtidee, kann überhaupt keine Rede von der Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens in Polen sein.

Die von der Bourgeoisie propagierte Beseitigung der sozialen Gesetzgebung wird die Schwierigkeit der kapitalistischen Sanierung in Polen ebensowenig beheben, wie die Einführung des Zehnstudentages in den Hauptzweigen der Industrie die Krisis zu beheben imstande war.

Ebensowenig kann eine neue, demokratischere, auf dem Papier stehende bleibende Bodenreform helfen, mit der Pilsudski wahrscheinlich die Bauernschaft beglücken möchte, wie auch die von Pilsudski den Weißrussen und Ukrainern versprochene Scheinautonomie, unter faktischer Beibehaltung der Okkupationsordnung und der militärischen Kolonisation in den östlichen Grenzgebieten Polens, die nationale Unterdrückung nicht beseitigen wird.

Unter solchen Bedingungen würde die eine wie die andere Diktatur sehr bald ihre Basis in den Massen verlieren. Jetzt schon fallen breite Schichten des Kleinbürgertums von der Nationaldemokratie ab, die immer mehr die

Kosten der kapitalistischen Sanierung auf ihre Schultern abwälzt. Die ehemaligen kleinbürgerlichen Anhänger der Nationaldemokratie organisieren sich als gesonderter „Mittelstand“ und stellen ein Programm auf, das ihren Interessen entspricht.

Einen ähnlichen Abfall der Bauernschaft vom Pilsudschismus am Tage nach seinem Siege prophezeit der obenerwähnte Ledwoch, wobei er erklärt, daß „Pilsudski von der Sowjetdiktatur des Proletariats hinweggefegt werden würde, falls er sich nicht auf die Bauernschaft stützen werde, die die Reihen der Armee und die Kadets der Unteroffiziere füllt“*.

Dasselbe trifft noch in größerem Maße auf die Arbeiterklasse zu.

Wie hat sich die Kommunistische Partei gegenüber dem polnischen Faschismus und Pilsudschismus zu verhalten?

Während die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern gegen die schwarze faschistische Reaktion der Kapitalisten und Gutsbesitzer gerichtet ist, muß die KPP den Pilsudschismus auf jede erdenkliche Weise zu entlarven suchen, als eine der maskierten Formen der bürgerlichen Reaktion und als Waffe des englischen Imperialismus gegen die USSR, wobei sie aber darauf bedacht sein muß, die Massen seinem Einfluß zu entreißen und sie auf die Seite der proletarischen Revolution zu ziehen.

Die Krisis der Macht und die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung

Das Zerwürfnis zwischen dem Gutsbesitzer- und Kapitalistenblock und dem kleinbürgerlichen Pilsudschismus verschärft die Krisis der bürgerlichen Herrschaft in Polen. Vor allem erschüttert es die Hauptstütze dieser Herrschaft — die Armee, in der die heftigsten Diskussionen der General- und Offiziersliquen toben. Die Auseinandersetzungen der Vorgesetzten dringen bis in die Reihen der Soldaten und vollbringen allmählich, zusammen mit den Nachrichten aus den Dörfern und der Arbeitslosenbewegung in den Städten, ihr Werk.

Immer deutlicher tritt der Bankrott des bürgerlichen Parlamentarismus und der parlamentarischen Regierungskombinationen zutage. In keinem Lande wohl ist die Verachtung des Parlaments in den Volksmassen so groß, wie in Polen. Diese Massen, sogar die kleinbürgerlichen, sehen in dem Sejm nur eine Schwatzbude und einen Korruptionssumpf. Der korrumpierte, eine feste Mehrheit entbehrende und keine der Grundfragen des sozialen Lebens zu entscheiden fähige polnische Sejm fristet ein trauriges Dasein; untätig sieht er den Kämpfen der außerparlamentarischen Kräfte zu, die das Schicksal des polnischen Parlamentarismus bestimmen.

Deutlich spiegelte sich der Marasmus des Sejm in der Koalitionsregierung der Christlich-nationalen Vereinigung, des Pjast und der PPS wider. Diese Koalition ist längst bankrott, und ihre einzige Leistung war die Vergrößerung der ökonomischen Zerrüttung und die Vertiefung der politischen Krisis

* Chlopska Prawda Nr. 7.

im Lande. Wenn sie sich solange halten konnte, so nur dank der Beharrungstendenz, in der das labile Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte zum Ausdruck kam, und um den Preis ständigen Nachgebens seitens der Kompromißparteien (PPS und NPR) zugunsten der Bourgeoisie und auf Kosten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Nicht eine der ultimativen Bedingungen, auf Grund deren die PPS der Koalition beigetreten war (weitgehende Arbeitslosenunterstützung, Wiederaufbau der Industrie, Einziehung der Vermögenssteuer von Kapitalisten und Gutsbesitzern, äußerste Verminderung des Aktivbestandes der Armee, verschiedene Freiheiten usw.) wurde erfüllt. Die Regierung ging unter Beiseiteschiebung der papierernen Forderungen der PPS zur Tagesordnung über.

Es ist daher nicht erstaunlich, wenn die offizielle PPS-Opposition den Austritt der „Genossen“-Minister aus der Regierung forderte. Sie fürchtet, daß infolge der Koalitionspolitik die PPS schließlich ein Generalstab ohne Armee bleiben wird. Indem sie sich gegen die offene Koalition mit der Bourgeoisie wendet, möchte sie die Frage der Machtkrisis in die Frage über die Form der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Lager hinüberleiten. Sie möchte den äußeren Anstand gegenüber den Massen wahren, besonders in dem Augenblick, wo die Arbeiteropposition in den Reihen der PPS im Wachsen begriffen ist.

Die Koalitionsregierung, die laut den Erklärungen der Führer der PPS zur Erhaltung der Demokratie und Abwendung der Diktatur, „von welcher Seite sie immer ausgehen möge“ (eine typische Formel der Kerenskiade), geschaffen wurde, ist in Wirklichkeit während der ganzen Dauer ihres Bestehens in keiner Weise gegen den Faschismus aufgetreten; dagegen hat sie mit allen Kräften die Arbeiter- und Bauernbewegung im allgemeinen und den Kommunismus im besonderen bekämpft. Der weiße Terror hat einen noch nie dagewesenen Umfang erreicht und hat selbst die PPS-Organisationen nicht verschont. In Anbetracht dieses Umstandes ist der aggressive Faschismus aus seiner „Halbillegalität“ herausgetreten und zur artilleristischen Vorbereitung des Umsturzes übergegangen.

In einer solchen Zeit muß die KP Polens den Massen einen konkreten Weg weisen in Gestalt einer zentralen Losung.

Nach der politischen Resolution des Erweiterten Plenums des EKKI gehört Polen zu jenen Ländern, in denen mit besonderem Nachdruck die Losung einer Arbeiter- und Bauernregierung auszugeben ist. In dieser Richtung müssen sich die Anstrengungen der KP Polens konzentrieren. Für sie ist die Losung einer Arbeiter- und Bauernregierung das Fundament für die Mobilisierung der Massen. Sie versucht diese Losung organisch mit dem Kampf gegen den Hunger und das Elend der Millionen Arbeiter und Bauern, mit der Frage der Wirtschaftskrise und mit allen Fragen der inneren und äußeren Politik zu verbinden. Im Kampf um die brennendsten und unmittelbarsten Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern klärt die Partei die Massen über ihre wichtigste Aufgabe auf: den Sturz der bürgerlichen Regierung und die Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernregierung.

Sie entlarvt die „doppelte“ Buchführung der offiziellen Opposition der PPS und der NPR, indem sie den Arbeitern dieser Parteien an Hand von Beispielen aus dem täglichen Leben nachweist, daß jede Koalition mit der Bour-

geoisie einen Verrat an ihren Interessen bedeutet, und indem sie dem offenen oder geheimen Block der Bourgeoisie mit den Kompromißlern den revolutionären Bund der Arbeiter und Bauern zum Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung entgegenstellt.

Wie populär diese Losung unter den Massen ist, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß beinahe sämtliche Kompromißparteien sich in Worten für die Arbeiter- und Bauernregierung aussprechen, wobei sie darunter selbstverständlich nur eine bestimmte Form einer parlamentarischen Koalition verstehen, in der Art einer linkszentristischen oder „linken“ Regierung der Kompromißführer.

Die Massen jedoch sehen in dieser Losung eine Moskausche Art der Lösung ihrer dringendsten Lebensfragen. Dazu führt eben der völlige Bankrott der parlamentarischen „Reformen“, besonders auf dem Gebiet der Boden- und Nationalitätenpolitik, wie auch das lebendige Beispiel der Arbeiter- und Bauernordnung in der Union der SSR, für die die Sympathien schon tief in den Massen wurzeln.

Die KP muß das Reifen des revolutionären Bewußtseins der Massen beschleunigen, indem sie ihnen beweist, daß

„nur die Arbeiter- und Bauernregierung, hervorgegangen aus revolutionärem Kampf, die Wirtschaftskrise überwinden und die Reaktion der Schlachta und Bourgeoisie niederschlagen wird, daß nur sie den Arbeitern Arbeit, den Bauern Land geben wird, daß nur sie die völlige Befreiung der versklavten und unterdrückten Nationalitäten und die wahrhafte Unabhängigkeit Polens im friedlichen Zusammenleben mit den benachbarten Völkern und in brüderlicher Eintracht mit der USSR gewährleistet.“ *

Als Gegengewicht gegen die Mobilisierung der Kräfte des Faschismus muß die Partei mit aller Energie die revolutionären Kräfte der Städte und Dörfer mobilisieren, um unter günstigen Bedingungen die Massen in den Entscheidungskampf um eine wirkliche Arbeiter- und Bauernregierung zu führen.

* Aus der politischen Resolution des Februar-Plenums des ZK der KPP.

E R C O L I :
 W E L C H E S W A R D I E S O Z I A L E B A S I S
 D E S F A S C H I S M U S ?

Eine Bemerkung zuvor. Es ist gebräuchlich geworden, sich des Ausdrucks Faschismus ganz allgemein zu bedienen und damit sogar an sich völlig verschiedene Formen der bürgerlichen Reaktion zu bezeichnen. Agitatorisch mag das von Nutzen sein, die politische Klarheit und das genaue Verständnis der tatsächlichen Vorgänge aber leidet darunter ganz zweifellos. Die Bewegungen, die in den einzelnen Ländern als Faschismus bezeichnet werden, mögen sicherlich manche Uebereinstimmung aufweisen, und um einen Ueberblick über die Situation im Weltmaßstabe zu geben, ist es sehr gut, diese Berührungspunkte aufzuzeigen. Wichtiger aber, meines Erachtens, ist die Analyse, die das Spezifische, das allein ihr Eigentümliche jeder dieser Bewegungen darlegt. Auf jeden Fall muß eine solche Analyse jeder Verallgemeinerung vorausgehen. In der Taktik unserer Parteien z. B. wurden gerade Fehler gemacht, weil man den Begriff des Faschismus ganz abstrakt und allgemein anwandte, ohne sich um eine soziale und politische Analyse zu bemühen, die ergeben hätte, was in Wirklichkeit in einem bestimmten Lande und in einer bestimmten Situation die Bewegung bedeutete, die man mit diesem Namen belegte. Der Faschismus ist eine Form der bürgerlichen Reaktion. Der Faschismus ist eine Form der Verteidigung der kapitalistischen Ordnung gegenüber der drohenden proletarischen Revolution. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Aber was für eine Form der Verteidigung? Und was für eine Art von Reaktion? Dabei kann man nicht nach Schablonen denken und sich mit Allgemeinheiten begnügen. Hier muß eine genaue Untersuchung der Tatsachen einsetzen, wie sie sich in der Wirklichkeit des politischen Lebens eines Landes darbieten, wobei man keinesfalls glauben darf, daß die Vorgänge in diesem Lande nun als unantastbares Schulbeispiel für alle Länder und Zeiten zu gelten haben; das Ziel der Untersuchung kann nur sein, einige grundlegende Momente festzustellen, und vor allem, zu zeigen, daß für jedes Land die gleiche Untersuchung geführt werden muß, wenn man zu einem Resultat kommen will, das Anspruch auf Allgemeingültigkeit hat.

I.

Den italienischen Faschismus definieren, vom sozialen Gesichtspunkt aus, und sich dabei auf eine einzige Klasse beschränken, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ganz unzulänglich beispielsweise ist die Behauptung, mit der sich viele begnügen, der Faschismus sei in Italien eine Bewegung des Kleinbürgertums gewesen. Das Kleinbürgertum ist keine einheitliche Klasse. Es besteht aus ganz verschiedenartigen Schichten, die nur etwas gemeinsam haben: ihre Stellung zwischen der industriellen Großbourgeoisie und dem Großgrund-

besitz auf der einen Seite und dem Proletariat auf der anderen Seite. Aus dieser gemeinsamen Position ergeben sich gewiß eine Anzahl Konsequenzen, die für alle diese Schichten gemeinsam zutreffen. So in erster Linie das fortwährende Schwanken des Kleinbürgertums zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft. Der Ursprung der faschistischen Bewegung in Italien, seine Entwicklung bis zur Machtergreifung und die schrittweise Festigung der faschistischen Herrschaft, — all das kann ohne Beziehung auf eben dies beständige Schwanken gar nicht richtig gesehen und begriffen werden. Eine nur oberflächliche Untersuchung des Faschismus zeitigt Widersprüche, die kaum zu lösen sind. Wir finden z. B. im Programm, das vom ersten Faschistenkongreß angenommen wurde, verschiedene Feststellungen und Forderungen, welche direkt gegen den Kapitalismus gerichtet sind. Es wird dort von einer Steuer auf das Kapital gesprochen, die geradezu den Charakter einer Expropriation der großen Vermögen trägt. Weiter, 1920, nimmt der Faschismus gegenüber der Fabrikbesetzung durch die Arbeiter eine sympathisierende Haltung ein. Heute dagegen sichert der Faschismus dem großen Finanzkapital die Diktatur über das italienische Volk. Diese offensichtlichen Widersprüche lassen sich nur durch die Entwicklung erklären, die auf der einen Seite durch die Schwankungen der kleinbürgerlichen Schichten, auf der anderen durch den Feldzug der Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes bedingt wurde, welche diese Schwankungen benutzten, um einen entscheidenden Kampf gegen die Arbeiterbewegung zu führen. Um zu verstehen, wie der Faschismus in Italien an die Macht gelangte und sie ausbaute, muß man zunächst diese Schwankungen verstehen und außerdem, wie die Großindustrie und das Agrarkapital es verstanden haben, aus ihnen den größten Nutzeffekt für ihre reaktionären Ziele zu ziehen.

II.

Der Zeit, nicht der Bedeutung nach, muß man sein Augenmerk zunächst auf die Bewegung der ehemaligen Frontsoldaten richten, die gleich nach Kriegsende entstand und denselben kleinbürgerlichen Charakter hatte, wie alle die Vereinigungen von Heimkehrern, die sich damals bildeten. Diese Bewegung war vorwiegend städtischen Ursprungs und wurde zum Sammelbecken eines städtischen Kleinbürgertums, das im Gegensatz zu den alten herrschenden Klassen Italiens eine neue Klasse bedeutete, die sich teils im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Kriege, hauptsächlich aber während und nach dem Kriege selbst herausgebildet hatte. Vorherrschend in dieser neuen Mittelschicht waren junge Elemente, in denen sich während des Krieges die Ueberzeugung gebildet hatte, daß sie ein Anrecht hätten auf höhere Positionen, als sie bisher in der Gesellschaft und im bürgerlichen Leben einnahmen. Die alten herrschenden Schichten hatten sie seinerzeit gebraucht zur Bildung der Kaders für die großen Bevölkerungsmassen, die sie ins Heer aufnehmen mußten. Die Schaffung dieser neuen Kaders hatte sogar im traditionellen Aufbau des italienischen Heeres eine tiefe Veränderung hervorgerufen. Vor dem Kriege waren alle höheren Chargen mit einer sehr sorgfältigen Auslese von Offizieren besetzt, die den alten herrschenden Agrar- und Halbfeudalkreisen angehörten, aber sonst aller

Führereigenschaften bar waren. Die niederen Chargen waren völlig bürokratisiert und ihrerseits unfähig, irgend etwas zu organisieren und die großen zum Kriege ausgehobenen Bauernmassen zu disziplinieren. Im Kriege selbst mußte sich das ganze italienische Heer neu aufbauen, und zwar durch Beseitigung einer Reihe höherer Grade und Neuschaffung einer ganzen Schicht von Mittelgraden. Der erste Kontakt des neuen städtischen Kleinbürgertums mit dem bäuerlichen Element kam auf diese Weise zustande. Es war der Kontakt zwischen dem, der zu befehlen hat, und dem, der zu blindem Gehorsam gezwungen ist. In der weiteren Entwicklung des Faschismus ist dieses Moment nicht ohne Bedeutung.

Worauf ging nun nach Beendigung des Krieges das Streben dieser Schicht, der das Kommandieren zur Gewohnheit geworden war? Auf nichts anderes, als weiter zu kommandieren. Es ist verständlich, daß auf der Basis eines solchen ziemlich primitiven Programms sich ohne weiteres eine Menge von Unzufriedenen, ihres Postens Enthobenen zusammenfinden konnten, die zwar zu produktiver Arbeit unfähig waren, aber alle glaubten, auf besondere Rechte Anspruch zu haben, weil sie „im Kriege ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hatten“. Schwierig wurde das Problem dadurch, daß sie bei ihrem Einbruch in die alten herrschenden Klassen auf Schwierigkeiten stießen. Das neue städtische Kleinbürgertum wurde zu einem Faktor steter sozialer Beunruhigung, weil es in sich alle Elemente vereinigte, die, aufgepeitscht, verzweifelt, machthungrig, genußsüchtig, bar jeder politischen und moralischen Qualitäten, ein Spielball aller Leidenschaften waren, wie sie immer eine heftige soziale Erschütterung im Menschen entfesselt. Aus solchen Elementen ließ sich leicht eine weiße Garde rekrutieren. Aber man versteht auch, daß diese Mittelschichten eine gewisse Zeit lang, wenn nicht mit ausgesprochener Sympathie, so doch voll Interesse und sogar mit wohlwollender Erwartung die Entwicklung der proletarischen Offensive gegen die bürgerliche Gesellschaft verfolgten. Es herrschte, wenn auch unklar, ein antikapitalistischer Geist in ihren Reihen, ein Antikapitalismus ganz besonderer Art, dessen deutliche Spuren man aber in der ganzen Politik des städtischen Faschismus der ersten Zeit wiederfindet bis in die Haltung und die Parolen Mussolinis hinein. Das neue Kleinbürgertum ist in dem Sinne antikapitalistisch, als es gewisse Formen des Kapitalismus, die ihm parasitär erscheinen, bekämpfen möchte. Gleichzeitig aber begeistert es sich für das kapitalistische Wirtschaftssystem als solches, für das Prinzip der ökonomischen Freiheit, der privaten Initiative und der Konkurrenz, die seiner Meinung nach zur Höchstentfaltung der Einzelenergie, des Unternehmungsgeistes und der Persönlichkeit führt. Die Vorstellung, die diese Schichten vom Kapitalismus haben, ist im Grunde genommen eine romantische. Ihr Ideal ist der „Industriekapitän“, der kraft seiner Persönlichkeit Reichtümer hervorzaubert und in der Technik und durch die Organisierung der Produktion der Menschheit neue Welten erschließt. Wie man sieht, eine — milde gesagt — anachronistische Vorstellung. Für eine derartige ökonomische Romantik ist im imperialistischen Zeitalter kein Boden mehr. Der „Industriekapitän“ ist vom Finanzkapital erledigt. Die Gestalt des kühnen Unternehmers, der durch seine persönliche Tatkraft, seine technischen und organisatorischen Fähigkeiten alle Geschäfte zum Erfolge führt, hat ihre Bedeutung gegenüber dem namen-

losen Geldgeber und Börsenspekulanten verloren. Aber es ist interessant, daß diese Auffassung, die sich eigentlich auf die Periode des „aufsteigenden Kapitalismus“ bezog, gerade in dem Augenblick vom städtischen Kleinbürgertum aufgenommen wurde, in dem der Kapitalismus in Italien wie überall seine Kräfte aufs äußerste anspannen mußte, um der Nachkriegskrise Herr zu werden, und wo das Finanzkapital seine Vorherrschaft aufrichtete. Wäre der Faschismus der in seinem ersten Programm aufgezeichneten Linie und der Stimmung seiner ersten städtischen Anhängerschaft gefolgt, so wäre der Konflikt mit den Wirtschaftsgruppen, die um die Zusammenfassung und die Kontrolle des gesamten Wirtschaftslebens in ihren Händen kämpften, unvermeidlich geworden. Eine scharfe Schwenkung des städtischen Kleinbürgertums zu den herrschenden Schichten der Großindustrie, der Finanz und des Großgrundbesitzes hin war nötig, um dem Faschismus seinen Weg zu öffnen. Diese Schwenkung erfolgte durch die Einwirkung eines anderen Faktors: durch die Reaktion der Agrarkreise auf die von den sozialistischen Organisationen geführte Gewerkschaftsbewegung des Landproletariats.

III.

Die Reaktion der Großgrundbesitzer auf die Landarbeiterbewegung war tatsächlich von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Faschismus. Sie war der Anlaß, daß aus dem Faschismus eine Bewegung wurde, die sich die direkte bewaffnete Aktion gegen die Errungenschaften und Organisationen der Arbeiterschaft zur Aufgabe stellte.

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Gegenbewegung der Grundbesitzer die Antwort auf die Art und Weise war, in der auf dem Lande und besonders in der Po-Tiefebene der Kampf von den Klassenorganisationen des Landproletariats gegen sie geführt wurde. Die Landarbeiterorganisationen verfolgten in Italien eine ziemlich eigentümliche Taktik. Ihre Führer standen durchweg auf dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Partei. Jedes revolutionäre Programm und jede revolutionäre Taktik lehnten sie offen und entschieden ab. Sie waren ausgesprochene Opportunisten (Gradualisti). Viele von ihnen wären nicht abgeneigt gewesen, an einer bürgerlich-parlamentarischen Regierung teilzunehmen. Dagegen leiteten sie die Aktionen der Landarbeitermassen in einer Weise, die praktisch auf die Anwendung von Gewalt gegen die besitzende Klasse hinauslief. Es handelte sich hier nicht um eine revolutionäre Gewalt, als Ausgangspunkt für einen Kampf um die Macht, sondern um eine einfache „gewerkschaftliche Gewaltanwendung“. Die wirtschaftlichen Forderungen des Landproletariats waren von einem ausgesprochen maximalistischen Geist getragen. Es handelte sich hier um ökonomische Forderungen, die in der Praxis darauf hinausliefen, nicht nur den Profit der Grundbesitzer, sondern das Eigentumsrecht selbst anzutasten, dem immer engere Grenzen gezogen wurden. Man nahm den Grundbesitzern zunächst das Recht, sich ihre Arbeitskräfte frei zu wählen; jedem Besitzer wurde die Anzahl der Arbeiter vorgeschrieben, die er zu beschäftigen hatte; ihm wurde vorgeschrieben, wieviel Maschinen er verwenden durfte, und er durfte nur solche verwenden, die bestimmten Tagelöhner- und Kleinbauernorganisationen gehörten usw.; alles unter dem Druck von Strafen, die entweder in der Zahlung von Geldbußen oder im Boykott bestanden. Die Strafen

waren durch Verträge festgelegt, die die Grundbesitzer unter Streikdrohung hatten unterschreiben müssen. Schließlich gab die großartige Organisation, die zunächst alle Landarbeiter, an manchen Orten aber auch die ländlichen Mittelschichten bis zu den Pächtern, Halbpächtern und Siedlern umfaßte, dem Verband den Anschein und die Kraft einer neu entstehenden Macht, der weder die Grundbesitzer noch der Staat entgegentreten konnten, weil sie peinlich darauf achtete, allen Eingriffen in das Eigentumsrecht einen vertraglich-gesetzlichen Charakter zu geben. Es ist klar, daß diese Situation auf die Dauer nicht haltbar war. Eine Aenderung oder auch nur eine starke Beschränkung der Eigentumsverhältnisse sind auf diesem Wege nicht zu erreichen. Nicht eine Art „vertragsmäßiger, gewerkschaftlicher Gewalt“, sondern nur die revolutionäre Gewalt und nur die Kraft eines Arbeiterstaates kann sie ermöglichen und sicherstellen. Und da die Führer der gewerkschaftlichen Landarbeiterbewegung weder von Revolution noch von der Eroberung der Macht etwas wissen wollten, so mußte die Situation notwendigerweise in ihr Gegenteil umschlagen, d. h. in die offene, brutale, außergesetzliche Reaktion der Grundbesitzer zur Verteidigung ihres Eigentums. In den ländlichen Bezirken der Po-Ebene, wo die Landarbeiter-Organisationen sich am stärksten entwickelt hatten, und infolgedessen auch die Gegenkräfte, entstanden die ersten Ansätze einer gegen das Landproletariat gerichteten terroristischen Organisation. Die ersten „Squadre“ (Kampfverbände) bildeten sich. Die ersten Strafexpeditionen fanden statt. Durch die Initiative der Grundbesitzervereine in der Provinz Emilia wurde ein Zentralpunkt für die bewaffnete Gegenaktion geschaffen, die sich in der Folge über ganz Italien erstrecken sollte.

Der Offensive der Grundbesitzer kamen zudem besondere Umstände zu Hilfe, die neben der großaufgezogenen Abwehrkampagne der Agrarverbände die Bildung lokaler Stoßtrupps begünstigten. Nach dem Kriege war nämlich auf dem Lande verschiedentlich dasselbe in Erscheinung getreten, wie in den Städten: Die Herausbildung eines neuen Kleinbürgertums. Das Steigen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hatte den Schichten der Kleinbauern, Pächter, Halbpächter usw. gestattet, gewisse Ersparnisse zu machen. Infolgedessen entstand ein Streben nach vermehrtem Landbesitz, das aber auf den Widerstand der von den Sozialisten betriebenen Landarbeiterpolitik stieß. Statt politisch darauf aus zu sein, diese in der Entstehung begriffene Mittelschicht für ein Bündnis zu gewinnen, aus ihrem Landhunger ein Element im Kampf gegen den Großgrundbesitz zu machen, bekämpften die sozialistischen Führer der Landarbeiterverbände die sich anbahnende Bildung eines neuen Kleinbesitzes aufs schärfste und übten auf diese Schichten geradezu einen Terror aus. Der Boden muß sozialisiert, nicht aber aufgeteilt werden — erklärten sie — und ihr dürft, wenn ihr gegen die Großgrundbesitzer kämpfen wollt, nicht versuchen, selbst Besitzer zu werden, ihr müßt euch dem Proletariat anschließen, ihre Forderungen und ihr Programm der Sozialisierung grundsätzlich akzeptieren.

In den Gebieten, wo die sozialistischen Organisationen schwach entwickelt waren, vollzog sich die Umschichtung ebenfalls. Bedeutende Ländereien wechselten den Besitzer und neue Schichten eines ländlichen Kleinbürgertums entstanden.

Dort, wo die sozialistischen Organisationen stark waren und das Land beherrschten, entstand dagegen eine dumpfe Mißstimmung, die bei der ersten Gelegenheit explodieren und die ländlichen Mittelschichten zu Bundesgenossen des Großgrundbesitzes gegen das Proletariat machen sollte. Heute erkennen dieselben Reformisten an, daß der Faschismus in diesen Gegenden geradezu die Explosion der niedergehaltenen Mittelschichten war.

IV.

Das Zusammenwirken der verschiedenen obenangeführten Elemente im Kampf gegen die Arbeiterbewegung vollzog sich durchaus nicht reibungslos. Der Faschismus mußte durch verschiedene Krisen gehen, ehe er seine endgültige Gestalt annahm. Noch 1921 z. B. entbrannte in seinen Reihen eine sehr ausgedehnte und heftige Diskussion, die geradezu zur Auflehnung des städtischen Elementes gegen den unverhüllt reaktionären Charakter anwuchs, den die Bewegung unter dem Druck der ländlichen Kampfverbände bekommen hatte. Während dieser Diskussion konnte man noch Artikel führender Faschisten lesen, in denen der Faschismus als „die Mittelpartei“ bezeichnet wurde, die „ebensoweit entfernt“ sei von den Sozialisten und Popolari wie von der Plutokratie und dem Großkapital.“ Mehr als einmal wäre es fast zu einer Spaltung zwischen dem ländlichen und städtischen Element gekommen, und das Oberhaupt des Faschismus, Mussolini, mußte seine ganze Geschicklichkeit anwenden, um sie zu verhüten, indem er heute dieser, morgen jener Richtung Konzessionen machte, demagogische Parolen ausgab, wie „Kampf gegen die Monarchie“, um den städtischen Flügel zu befriedigen. Dabei vermied er es jedoch stets, gegen die ländlichen Kampfverbände Stellung zu nehmen, deren einziges Ziel mittlerweile die Unterjochung der Arbeitermassen unter ihrem Terror geworden war, zur Wiederherstellung der absoluten Herrschaft des Privateigentums. Als Ergebnis dieser Politik erlangten letztere immer mehr das Uebergewicht und bestimmten in Wirklichkeit die Entwicklungsrichtung des Faschismus. Begünstigt wurde diese Entwicklung noch dadurch, daß ein gewisser Teil der Industrie durch verschiedene Druckmittel den städtischen Flügel bestimmte, den Kampf gegen das Industrieproletariat aufzunehmen und die terroristische Taktik, die sich auf dem Lande so erfolgreich erwiesen hatte, auch in den Städten anzuwenden.

Eine unmittelbare Vorstellung dieser sozialen Gegensätze gibt die Art, in der sich der Faschismus in den Jahren 1919 und 1920 organisierte. Auf dem Lande herrschten unbeschränkt die Kampfverbände. Die Führer der terroristischen Stoßtrupps sind zugleich die Führer des Fascio (Partei). Neben den Stoßtrupps existiert keine Körperschaft des Fascio, etwa Mitgliederversammlungen, die Probleme erörtern oder Führer bestimmen. Die ganze Organisation ist übertrieben militärisch zugeschnitten. Die gewöhnlichen Mitglieder, freiwillige oder gepreßte, werden wie Soldaten eingereiht und sind einer eisernen Disziplin unterworfen. Irgendeinen Einfluß auf die Auswahl der Führer oder die Entwicklung der Bewegung haben sie nicht. Beides wird von den Zentralstellen, den reaktionären Patronatsverbänden lediglich übermittelt. In der Stadt liegen die Dinge dagegen wesentlich komplizierter. Auch dort besteht ein Stoßtrupp, der alle die umfaßt, die sich

für den bewaffneten Kampf gegen die Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt haben. Sie bilden die „Todesbataillone“ (Squadre disperate), aber neben ihnen gibt es eine Mitgliederversammlung, in der sogar das Kleinbürgertum oft gegenüber den Vertretern der starren Reaktion überwiegt. Vielfach kommt es zu Konflikten, die aber im Grunde fast immer mit einem Sieg der Todesbataillone enden, in denen ja auch die aktivsten, energischsten und am meisten vorurteilslosen Elemente, die Führer bei den Strafexpeditionen gegen die Arbeiter, vertreten sind. Dagegen herrscht zwischen den ländlichen Kampfverbänden und den städtischen Todesbataillonen völlige Uebereinstimmung, und das ist das politisch Entscheidende. Für die verwickelte Situation, die damals herrschte, ist auch folgende Tatsache bezeichnend: als der Faschismus sich bereits in voller Entwicklung befand, bildete sich trotzdem im Parlament eine Gruppe landwirtschaftlicher Abgeordneter, um die Interessen des Großgrundbesitzes zu vertreten. D. h., die alten herrschenden Agrarklassen bedienten sich wohl des neuen terroristischen Unterdrückungsinstrumentes, gaben ihm gegenüber aber durchaus nicht ihre Selbständigkeit auf, sondern wollten sich politisch völlig freie Hand bewahren.

Wie der Faschismus von einer so uneinheitlichen und komplizierten Grundlage aus seine Macht erobern und befestigen konnte, wird nur verständlich im Zusammenhang mit einem anderen Umstande der damaligen Situation: der Krise des italienischen Staates von 1919 bis 1922.

V.

Die Krise, die der italienische Staat von 1919 bis 1922 erlebte, war vermutlich bedeutend schwerer als die irgendeines anderen europäischen Staates. Sie ging aus von der Wirtschaft, die, durch den Krieg zerrüttet, unfähig geworden war, die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu befriedigen, und erschütterte in ihrem Verlauf den gesamten politischen Ueberbau so heftig, daß ein unmittelbarer Zusammenbruch vorauszusehen war. Es dürfte für den vorliegenden Zweck ausreichen, zwei fundamentale Tatsachen anzuführen:

1. die im Gange befindliche Verwirklichung eines tatsächlichen Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern;
2. die Auflösung der alten herrschenden Klassen.

In einem Lande wie Italien, wo die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung aus Landarbeitern und Bauern besteht, bedeutet ein Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft immer die Entstehung einer hochgradig revolutionären Situation. Und umgekehrt, jedes Mal, wenn eine der beiden Schichten sich rührt und offen gegen den Staat Stellung nimmt, tritt auch die andere auf den Plan. Und die herrschenden Klassen müssen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, die den Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern nicht nur als momentane Tatsache verhindern, sondern auch verhüten, daß der Zusammenschluß zu einem dauernden, festen und gesicherten wird. Die ganze italienische Arbeiterbewegung ist sozusagen eine Bestätigung dieser These. Die Bildung eines Klassenbewußtseins im Industrieproletariat und das Erwachen eines gegen den Staat gerichteten revolutionären Willens in den Massen der mittleren und Kleinbauern gehen parallel. Jeder radikale Vorstoß der Arbeiterschaft ist gefolgt oder begleitet von einer Linksschwenkung der Bauern. Das enge Zusammengehen dieser beiden Bewegungen

tritt ein, gewissermaßen, auch ohne von einem bewußten organisierten revolutionären Vortrupp besonders betrieben zu sein. Vor dem Kriege, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts z. B., als eine Flut von Arbeiteraktionen Norditalien überschwemmte, brachen zu gleicher Zeit die Bauernunruhen auf Sizilien gegen die Regierung los. Nach dem Kriege, als die große Masse der Bauern durch den Krieg selbst zu politischem Leben erwacht war, war die Verschmelzung in ihrem ganzen Umfange dicht vor ihrer Verwirklichung. Der steigenden Flut der Streiks in den Industriebezirken entsprach auf dem Lande die Massenbewegung der armen Bauern zur Ergreifung des Grund und Bodens. Allerdings waren sich die Bauern, die sich dieser Bewegung anschlossen, nicht im klaren über ihre Ziele. Sie sahen wohl das Land und den Besitzer des Landes, aber sie übersahen den Staat, der zur Verteidigung beider bereit stand. Ihren Eroberungszügen trugen sie das Bildnis des Königs, die Landesfahne und das Kruzifix voran. Aber objektiv war die Bewegung natürlich ein revolutionärer Faktor ersten Ranges, und die herrschenden Klassen mußten ihre ganze Kraft aufbieten, um sich an der Macht zu behaupten.

Worin bestand damals die Politik der herrschenden Klassen Italiens. Es war eine Politik der Kompromisse, Uebereinkünfte, Abkommen, mit dem Zweck, einer reaktionären Minderheit die Herrschaft zu sichern. Kompromisse bestanden hauptsächlich zwischen den Industriellen und den Großgrundbesitzern. In anderen Ländern haben sich diese beiden Gruppen zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung heftig bekämpft, und diesen Kampf hat das Proletariat ausnutzen können, um politische Freiheiten für sich zu erobern. Bei uns hat dieser Kampf nicht stattgefunden, und so sind auch die politischen Freiheiten zum großen Teil Illusionen geblieben. Zum Dank für ihre Unterstützung der Industrie konnten die Agrarier, ohne daß sie von irgend jemand gehindert wurden, die Bauern in ein halbfeudales Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem einspannen, das furchtbare und kaum glaubliche Erniedrigungen für sie zeitigte. So wurden noch kurz vor dem Kriege in manchen Gegenden Venetiens arme Bauern mit Maulkörben vor dem Gesicht zur Weinernte geschickt, damit sie nichts von dem Eigentum ihres Herrn verzehren konnten. Jeder Versuch der Bauern, sich zu erheben, wurde systematisch von der Polizei mit Waffengewalt niedergeschlagen.

Auf der anderen Seite arbeiteten die herrschenden Klassen mit einem ganzen System von Kompromissen, Uebereinkünften und Bestechungen, um die Arbeiterbewegung von der Linie des Klassenkampfes abzubringen. Man kam den Organisationsbestrebungen einzelner, etwas vorgeschrittenerer Arbeiterkategorien und dem Ehrgeiz des reformistischen Kleinbürgertums entgegen, das sich an die Spitze der Arbeiterbewegung gestellt hatte. Diese Taktik wurde von diesen Kleinbürgern als „linke Taktik“ angesehen, in Wirklichkeit diente sie nur in ziemlich geschickter Weise dazu, die sozialen Zustände aufrechtzuerhalten. Einerseits hintertrieb sie tatsächlich die Verschmelzung der Arbeiterbewegung mit einer Erhebung der Bauern, andererseits zielte sie darauf ab, die Arbeiterbewegung schrittweise für eine Mitarbeit im Rahmen des bürgerlichen Staates zu gewinnen.

In der Nachkriegszeit jedoch, als Millionen und aber Millionen neuer Arbeitermassen auf den Plan traten, mußte diese Taktik versagen, die nur

wirksam ist, solange es sich um kleine Gruppen handelt. Dies Versagen führte zu einer Verwirrung unter den herrschenden Klassen; sie sahen sich außerstande, das Anwachsen der beiden großen Massenparteien einzudämmen: der Sozialistischen Partei (Industriearbeiter, Landarbeiter, städtisches Kleinbürgertum) und der Popolari (Handwerker, Mittelbauern, ländliches Bürgertum), für die beide in der Nachkriegszeit die Bedingungen eines enormen Aufschwungs gegeben waren. Das Problem, die Massen der Bauern, deren Interessen und Wünsche als Klasse rege geworden, aber nicht erfüllt waren, zu befriedigen, wurde durch die Mitarbeit der Popolari in der Regierung nur noch schwieriger. Der Versuch, die Sozialisten zur Mitarbeit heranzuziehen, scheiterte an der Form selbst, in der dies beabsichtigt gewesen war, in der Heranziehung der „g e s a m t e n“ Partei zur Regierung, womit man ihre ganzen Anhängermassen mit einfangen wollte. Nach den revolutionären Erfahrungen, die Tausende von Arbeitern in den Jahren 1919 und 1920 gemacht hatten, war es lächerlich, an die Möglichkeit eines derartigen Planes zu glauben. Die Spaltung von Livorno (1921), dann die Spaltung von Rom (1922) bewiesen zur Genüge, daß eine solche Zusammenarbeit für einzelne Führer annehmbar war, daß aber die Massen sich durch diese Führer niemals in die Fesseln des bürgerlichen Staates locken lassen würden. Der Zusammenbruch der alten herrschenden Klassen offenbarte sich mit größter Klarheit in den Jahren 1921 und 1922 im Verlauf einer Serie unlösbarer parlamentarischer Krisen, wie sie heute ähnlich Frankreich erlebt. Und gerade in diesen Jahren nahm der Faschismus seine Gestalt an. Seine enge Verbindung mit den reaktionären Grundbesitzern machte aus ihm ein geeignetes Instrument, um der Verwirklichung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft den Todesstoß zu versetzen. Der Zusammenbruch der alten regierenden Klassen zeigte ihm zu gleicher Zeit ein anderes Ziel: um einen neuen regierenden Mittelpunkt die bürgerlichen Kräfte, neu geeint, zu sammeln und, an ihrer Spitze, ein Programm zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der bedrohten kapitalistischen Ordnung durchzuführen.

Auf diese Weise erklärt sich einerseits die Tatsache, daß alle Vertreter der alten herrschenden Klassen die faschistische Bewegung in ihrer Entwicklung begünstigten, sie mit Waffen und Militärinstruktoren versahen und den gesamten Staatsapparat zu ihrer Verfügung stellten, während gleichzeitig klar wird, wie der Faschismus sich die Eroberung des Staates zum Ziel setzen konnte, als Gegner der gleichen herrschenden Klassen, die ihn aufgezogen und beschützt hatten. In einem folgenden Artikel werde ich zeigen, wie dieses zweite Programm Wirklichkeit werden konnte und wie der Faschismus, an die Macht gelangt, sich in seiner augenblicklichen Form zu festigen verstanden hat.

**J. WALCHER (MOSKAU):
DIE ZENTRALE DER KPD (SPARTAKUSBUND)
UND DER KAPP-PUTSCH**

Die Geschichte des Spartakusbundes sollte sobald als möglich von einem sachkundigen Genossen geschrieben werden. Das ist eine Notwendigkeit, auf die wiederholt, u. a. auch in einer Sondernummer des „Funken“ (Organ der Berliner Bezirksleitung der KPD) im Oktober 1924 hingewiesen wurde: „Denn gerade beim Studium der Vergangenheit, die sie miterlebt haben, werden viele Genossen eine Vertiefung ihres Wissens, viele Anregungen und eine ideologische Schulung erhalten, die jedem Mitglied der Partei nottut.“ Die Geschichte der jungen kommunistischen Bewegung in Deutschland wird einen Quell reicher Erfahrungen erschließen. Wir brauchen nur an die Gewerkschaftsfrage zu denken. Es besteht nicht der mindeste Zweifel, daß im Jahre 1924 viele Illusionen und verhängnisvolle Fehler auf diesem Gebiete im Keime erstickt worden wären, wenn dem Gros der heutigen Parteimitgliedschaft die überreichen und bitteren Erfahrungen gegenwärtig wären, die der Spartakusbund in den Jahren 1919/20 und auch später noch sammelte. Für andere Gebiete gilt dasselbe, wenn dies auch weniger in die Augen springt. Auch die anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale werden aus den gesammelten deutschen Erfahrungen großen Nutzen schöpfen können. Denn mehr oder weniger sind sie alle in der gleichen Lage wie die KPD. Auch sie haben gewaltige, unvergleichlich schwierige Aufgaben zu erfüllen, ohne dazu, wie unsere russischen Genossen, über eine in jahrzehntelangem Kampf gestählte Partei zu verfügen. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß die bestehende Lücke in kürzester Frist ausgefüllt wird.

Läge eine solche Arbeit bereits heute vor, so bestünde für uns keine Notwendigkeit, über die Rolle der Zentrale der KPD (Spartakusbund) bei diesem Ereignis zu schreiben. Was jedoch bisher in Deutschland noch am Ende des Jahres 1924 und vor Jahren in den Spalten dieser Zeitschrift zu dem Thema gesagt wurde, reicht weder aus für eine objektive Beurteilung der damaligen Rolle der KPD (Spartakusbund) im ganzen, noch gestattet das vorliegende Material aus jenen Ereignissen die richtigen Lehren im Sinne Lenins zu ziehen. Das gilt vor allem von der im Verlaufe des Kapp-Putsches aufgetauchten Frage der Bildung einer „reinsozialistischen“ Regierung. War es richtig, daß sich ein Teil der Mitglieder der Zentrale damals für die Bildung einer solchen Regierung aussprach, oder begingen jene Genossen einen schweren opportunistischen Fehler? Das ist die Frage, über die noch immer die größte Unklarheit herrscht, und um deren Beantwortung es uns hauptsächlich zu tun ist. Wir glauben, daß ihre Klärung nicht nur historische Bedeutung hat.

Wir haben nicht die Absicht, auf die Vorgeschichte des Kapp-Putsches einzugehen. Darüber ist in den Spalten dieser Zeitschrift durch die Ge-

nossen Braun * und Radek **, sowie in den Broschüren von Düwell ***, Brandler † und J. Braun †† das Notwendigste gesagt worden. Auch den Verlauf des Kapp-Putsches werden wir nur insoweit berühren, als dies zur Illustrierung der Rolle der KPD (Spartakusbund), insbesondere ihrer Leitung, erforderlich ist.

Vorweg sei festgestellt, daß die KPD (Spartakusbund) als Ganzes, von wenigen Ausnahmen abgesehen, jene geschichtliche Probe ehrenvoll bestanden hat. In dem Gebiet, wo sie damals am stärksten war, im Erzgebirge-Vogtland, hat sich die Partei geradezu mustergültig verhalten. Abgeschnitten von jeder Verbindung mit der Zentrale, hat es die Partei in Chemnitz verstanden, sich vom ersten Augenblick an die Führung jener gewaltigen Bewegung zu sichern. Wenige Stunden, nachdem der Telegraph den Staatsstreich der Kappisten gemeldet hatte, trat die Kommunistische Partei in Chemnitz als erste auf den Plan und warf folgende Losungen in die Massen: 1. Generalstreik; 2. Entwaffnung der Bourgeoisie; 3. Bewaffnung der Arbeiter; 4. Wahl von Arbeiterräten. Die Losungen 1 bis 3 wurden noch am gleichen Tage durchgeführt. Bereits am folgenden Werktag wurden in Chemnitz politische Arbeiterräte gewählt, wobei die Kommunistische Partei weitaus die höchste Stimmenzahl von allen Parteien aufbrachte und nahezu die absolute Mehrheit erreichte. In einem Umkreis von 50 Kilometern wurden dann durch die von Chemnitz ausgehende Initiative die bürgerlichen Einwohnerwehren entwaffnet und die Arbeiterschaft bewaffnet. Im Ruhrgebiet, wo der kommunistische Einfluß auch sehr stark war, wurde die Arbeiterschaft in kurzer Zeit vollkommen Herr der Lage.

Wenn die erreichten Positionen nicht voll ausgewertet werden konnten und schließlich, namentlich im Ruhrgebiet, unter unerhörten Opfern wieder preisgegeben werden mußten, so lag das nicht an Fehlern, die in diesen Gebieten gemacht wurden, sondern an der Schwäche der Gesamtbewegung im Reiche, vor allen Dingen an dem vollständigen Versagen Berlins. Daran waren nun freilich die damalige Berliner Parteiorganisation und auch einige Mitglieder der Zentrale nicht unschuldig. Zwar war die Partei in Berlin außerordentlich schwach; sie zählte nur einige hundert Mitglieder, während um jene Zeit bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen zusammen in Berlin annähernd 100 000 Mitglieder organisiert waren. Aber dessenungeachtet bestand bei Ausbruch des Kapp-Putsches für die Partei die Möglichkeit, einen Einfluß auf jene gewaltige Massenbewegung auszuüben, der weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausging. Den Teilhabern der bankrotten und flüchtigen Firma Ebert-Noske war das Herz in die Hosen gerutscht. Sie wagten am Abend des ersten Tages kaum zu mucksen, als ihnen von den Unabhängigen ein Spiegel vorgehalten wurde, aus dem ihnen die bluttriefende

* Unter dem Pseudonym Spartakus: „Der Kapp-Lüttwitz-Putsch.“ Brief aus Deutschland) „Komm. Intern.“ Nr. 10 (1920) Seite 147.

** „Komm. Intern.“ Nr. 12 (1920) Seite 162.

*** „Der Kapp-Putsch und die Märzkämpfe im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet.“ (Herausgegeben von der Bezirksleitung der KPD, Verlag „Freiheit“, Düsseldorf.)

† Brandler: „Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen.“ (Herausgegeben von der KPD (Spartakusbund).)

†† M. J. Braun: „Die Lehren des Kapp-Putsches.“ (Herausgegeben von Frankes Verlag in Leipzig.)

Fratze Gustav Noskes entgegengrinste. Aber die Crispian und Genossen erwiesen sich stark nur in der Kritik und waren selbstverständlich unfähig, die in dieser Situation einzig zweckmäßige Losung: „Bewaffnung der Arbeiter“ auszugeben. Das zu tun, war die KPD berufen. Aber sie hat in Berlin anfänglich, womöglich noch stärker als die Unabhängigen, versagt. Ihre Leitung war der Auffassung, daß das Proletariat überhaupt nicht bereit sei, dem von Noske und Ebert erlassenen Aufruf zum Generalstreik Folge zu leisten. Bei einer solchen Einstellung war die Partei natürlich außerstande, die objektiven Möglichkeiten auszunützen und der mächtigsten Bewegung des deutschen Proletariats die handgreiflichen revolutionären Aufgaben zu stellen.

Darüber, daß die verantwortlichen Genossen der Zentrale in Berlin am 13. März 1920 einen schweren Fehler begingen, braucht heute kein Wort mehr gesagt zu werden, um so weniger, als es 24 Stunden später kein einziges Parteimitglied mehr gab, das nicht den großen Fehler eingesehen und als solchen bekannt hätte. Als einer der Beteiligten möchte ich aber kurz darlegen, wie der Fehler zustande kam.

Wie kam der falsche Beschluß zustande?

Am Morgen des 13. März 1920 waren zufällig die meisten Mitglieder der Zentrale mit irgendwelchen Aufträgen im Reiche. In Berlin waren nach meiner Erinnerung nur die Genossen Pieck und Thalheimer anwesend, außerdem Friesland, der als Leiter der Berliner Organisation an den Sitzungen der Zentrale teilzunehmen pflegte, und der Schreiber dieser Zeilen, der als Ersatzmann der Zentrale fungierte. Die genannten Genossen kamen in den Vormittagsstunden in der illegalen Redaktion des Zentralorgans zusammen. Friesland berichtete, daß er sich bereits bei allen erreichbaren Betriebsvertrauensleuten nach der vorherrschenden Stimmung erkundigt habe. Ihm sei ausnahmslos berichtet worden, daß nicht die geringste Aufregung, eher Schadenfreude unter den Arbeitern herrsche, und daß von einer Kampfstimmung und Bereitschaft zum Generalstreik keine Rede sein könne.

Diese Mitteilungen entsprachen dem, was jeder auf der Straße beobachten konnte. In Neukölln, einem Berliner Arbeiterzentrum, waren damals einige tausend Notstandsarbeiter beim Bau der Untergrundbahn beschäftigt. Diese Arbeiter waren bisher bei jeder größeren Aktion an der Spitze marschiert. Sie konnten daher mit einem gewissen Recht als ein ziemlich verlässliches Barometer angesehen werden, wenn es festzustellen galt, welche Stimmung der Staatsstreich unter der Arbeiterschaft ausgelöst hatte. Nun, bei diesen Notstandsarbeitern war nichts zu beobachten, was auf irgendwelche Bewegung und Erregung schließen ließ. Keine der sonst aus geringeren Anlässen üblichen Gruppenbildungen, kaum daß über das Ereignis diskutiert wurde. Gespräche mit einer ganzen Reihe dieser Arbeiter haben diese Wahrnehmungen noch bekräftigt. Was Wunder, daß keiner der Anwesenden dem Bericht Frieslands widersprochen oder ihn angezweifelt hatte.

Als es galt, aus dem Bericht die Folgerungen zu ziehen, habe ich vergebens die Auffassung vertreten, daß wir als Kommunisten die Pflicht haben, auf den Staatsstreich mit der Aufforderung zum Generalstreik zu antworten.

ganz gleich, wie die anderen Parteien entscheiden, und ohne Rücksicht auf die momentane Stimmung der Arbeiterschaft. Zur Begründung meiner Auffassung verwies ich auf einen kurz vorher in der theoretischen Zeitschrift der Partei veröffentlichten Artikel von Radek, in dem just das jetzt eingetretene Ereignis vorausgesetzt war und aus eben dieser Situation für die Partei die Pflicht abgeleitet war, sich im Kampf gegen die weißen Generale an die Spitze zu stellen, versteht sich, nicht um für Noske, sondern um für die Ziele der Arbeiterklasse zu kämpfen. Ich blieb allein mit meinem Standpunkt. Die anderen Genossen haben sich von Friesland, der damals im Geruch eines ganz Radikalen stand, und der sich als das Sprachrohr der Berliner Organisation aufspielte, überzeugen lassen, „daß die Arbeiterschaft keinen Finger rühren wird für die demokratische Republik“. Dementsprechend wurde in dem in Berlin von der Partei herausgegebenen Flugblatt gesagt, daß die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Militärdiktatur in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen, aufnehmen wird.

„Dieser Augenblick“, hieß es wörtlich, „ist noch nicht da. Er ist da, wenn die Militärdiktatur sich enthüllt haben wird. Ein Teil der Arbeiterschaft kennt die Züge dieser Militärdiktatur: Ungarn! Die große Masse wird sie erst durch die Taten der Militärdiktatur kennenlernen: Wenn statt der Geißeln Skorpionen auf den Rücken der Arbeiter niedersausen.“

Dieses Flugblatt war der erste grobe Fehler. Der zweite folgt ihm auf dem Fuß.* Als, nicht ohne Beihilfe der Lüttwitz-Truppen, in Berlin die Arbeiterschaft in Bewegung kam und der Generalstreik mit großer Wucht einsetzte, gab die Zentrale am 14. März ein zweites Flugblatt heraus, in dem es hieß:

„Gestern schien es hier in Berlin, als ob die Arbeiterschaft passiv bleiben würde, und wir glaubten, falls die Arbeiterschaft nicht aktionsbereit sei, eine Aufforderung zum Generalstreik nicht sofort geben zu können, sondern weitere Aktionen der Militärdiktatur, die die Arbeiterschaft in Harnisch bringen, erst abwarten zu müssen. Seit gestern hat sich die Situation geändert. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß wir uns nicht dem Kampf entgegenstellen, sondern uns bestreben müssen, daß er so energisch wie möglich und mit den entschiedensten Parolen geführt wird.“

Ablehnung der Parole: Bewaffnung der Arbeiter

Nachdem der Generalstreik ohne unser Zutun eine Tatsache geworden war, hing zunächst alles weitere von den richtigen Parolen ab. Hier ist man nun in Berlin in den entgegengesetzten Fehler verfallen. Das ganze Arsenal unserer üblichen Propagandalosungen wurde ausgegraben, bis zur Räte-republik. Nur das, worauf es im Augenblick allein ankam: Bewaffnung der

* Am Abend des 13. März fand, wie wir glauben, auf Betreiben der USP, eine gemeinsame Besprechung aller drei Parteien statt. Die KPD (Spartakusbund) beschränkte sich darauf, durch ihren Vertreter eine schriftliche Erklärung verlesen zu lassen, in der die schärfste Kritik an der Sozialdemokratie geübt und jedes Zusammengehen mit dieser Partei schroff abgelehnt wird. Das letztere war unstreitig völlig verkehrt. Richtig hätte die Partei gehandelt, wenn sie bei dieser Gelegenheit die nächsten Kampfziele — nicht die Endlosungen — aufgestellt und in dieser Situation ihre Haltung zu den anderen Parteien von deren Stellung zu unseren Kampfzielen abhängig gemacht hätte. Durch eine solche Taktik hätte die Partei zum mindesten die Arbeiterschaft zu einer geschlossenen Kampffront zusammengeführt.

Arbeiter, wurde nicht gesagt. Selbst die an sich richtige Losung: „Wahl von Arbeiterräten“ mußte ohne diese entscheidende Parole wirkungslos bleiben. Als endlich am Dienstag ein von Thalheimer und mir verfaßtes Flugblatt der Zentrale vorlag, in welchem die Bewaffnung der Arbeiter gefordert war, gelang es einer aufgeregten, um nicht zu sagen hysterischen Kritik des Genossen Budig — der als Folge dieser Parole Mord und Totschlag an die Wand malte —, die Mehrheit der jetzt schon stärker besetzten Zentrale dahin zu bringen, daß sie beschloß, das bereits genehmigte und gedruckte Flugblatt zu inhibieren und ein neues, ohne die gefährliche Parole, herauszugeben. Da es um den technischen Apparat in jenen Tagen, wo es in Berlin kein Gas, kein Wasser gab, besonders schlecht bestellt war, hätte der Satz eines neuen Flugblattes viel zu viel Zeit in Anspruch genommen. Die Zentrale behalf sich, indem sie den alten Satz verwendete und nur die strittige Parole herausnahm, so daß das reichlich spät zur Verbreitung gelangte Flugblatt mit einer weißen Zensurlücke erschien.

Es ist bemerkenswert, daß wie der erste große Fehler so auch dieser hauptsächlich auf das Auftreten von Genossen zurückzuführen ist, die als entschiedene Linke galten und die in der Folge als die lautesten Kritiker gegen die Befürworter einer „sozialistischen Regierung“ aufgetreten sind. Sie haben es tatsächlich erreicht, daß in den späteren Parteidiskussionen fast nur noch über diese Frage gesprochen und die bisher erwähnten Fehler von der Opposition kaum noch erwähnt wurden. Die besondere Aufmerksamkeit, die dieser Frage in späteren Parteidiskussionen gewidmet wurde, hat es nach unserer Auffassung nicht verhindert, daß über sie bis zum heutigen Tage die irrigsten Auffassungen bestehen und daß die große Mehrheit der Parteigenossen als gefährliche opportunistische Entgleisungen ansieht, was nach unserem Dafürhalten, das sich auf die autoritative Meinung des Genossen Lenin stützt, Erfüllung einer durchdachten, revolutionären Pflicht war.

Revolutionäre Realpolitik oder opportunistische Illusionspolitik

„Es gibt Kompromisse und Kompromisse. Man muß verstehen, die Umstände und die konkreten Bedingungen eines jeden Kompromisses, einer jeden Abart des Kompromisses zu analysieren . . . Ein derartiges Rezept oder eine solche allgemeine Regel („Keinerlei Kompromisse!“) zu verfassen, die auf alle Fälle paßt, das ist eine Absurdität. Man muß einen eigenen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Falle zurechtzufinden . . . Kriegführen zum Sturze der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege zwischen den Staaten, und dabei im voraus auf das Lavieren, auf die (wenn auch nur zeitweilige) Ausnützung der Interessengegensätze zwischen den Feinden, auf das Paktieren und die Kompromisse mit möglichen (wenn auch nur zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten — ist das nicht grenzenlos lächerlich? Ist das nicht dasselbe, wie bei einem schwierigen Aufstieg auf einen noch unerforschten und bis dahin noch unzugänglichen Berg von vornherein ablehnen, manchmal im Zickzack zu gehen, manchmal zurückzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen.“ (Lenin: „Kinderkrankheiten“, S. 24, 59, 61.)

Nach den grundlegenden Ausführungen des Genossen Lenin über die Frage der Kompromisse, denen wir die zitierten Sätze entnommen haben, erübrigt es, sich mit solchen Stimmen zu beschäftigen, die nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch die Haltung der in Frage kommenden Zentralemitglieder als prinzipiell unzulässig bekämpften. Es erübrigt, die Unvermeidlichkeit, Zu-

lässigkeit und Notwendigkeit von Kompromissen, die von Revolutionären im Interesse der Revolution abgeschlossen werden, zu beweisen. Wenn man beurteilen will, ob jener Teil des Zentralkomitees der KPD (Spartakusbund), der sich während des Kapp-Lüttwitz-Putsches für eine „rein sozialistische Regierung“ aussprach, ein für die Revolution nützliches oder schädliches Kompromiß anstrebte, muß man sich die damaligen konkreten Umstände, das Kräfteverhältnis, den Stand des Generalstreiks im Augenblick, als jene Frage besprochen wurde, sehr genau ansehen.

Um dem Leser ein selbständiges Urteil zu ermöglichen, wollen wir ein möglichst getreues Bild von der Entstehungsgeschichte der Frage entwerfen und auch über den Stand des Generalstreiks um jene Zeit einwandfrei berichten.

Der Inhalt der damals geübten Kritik

Zunächst aber wollen wir den Leser mit dem Inhalt der Kritik vertraut machen, die damals von einigen Genossen wie auch vom Zentralausschuß der Partei geübt wurde. Auf dem Zentralausschuß wurde mit Mehrheit eine Resolution angenommen, die mit unwesentlichen Änderungen auch vom Parteitag bestätigt wurde, die in dem uns interessierenden Absatz besagt:

„Die Abgabe der in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Erklärung (vom 21. 3.*) mußte ablenkend wirken. Es ist Aufgabe der Vertreter der KPD, alle Energien lediglich darauf zu richten, die realen Machtverhältnisse mit revolutionärem Willen zu ändern. Die Frage einer eventuellen Regierungskombination ist von durchaus sekundärer Bedeutung gegenüber dem Kampf des Proletariats für seine Bewaffnung und den Ausbau der Arbeiterräte.“

Der hier erhobene gewichtige Vorwurf, die Erklärung habe die Arbeitermassen von der Fortführung und Steigerung des Kampfes abgelenkt, ist schon vordem von dem Genossen Ernst Meyer in einem offenen Schreiben an das Exekutivkomitee der III. Internationale** erhoben worden.

Meyer behauptet dort:

„Die Fortsetzung des Streiks in Berlin und Wiederaufnahme des Kampfes in der Provinz war möglich.“

Wir werden später dieser Behauptung die Tatsachen entgegenstellen. Die von der Opposition erhobenen Einwände faßt Meyer wie folgt zusammen:

- „1. Der Zeitpunkt für eine Loyalitätserklärung war nicht gegeben.
2. Die Erklärung hat nicht das Zustandekommen der rein sozialistischen Regierung herbeigeführt oder auch nur beschleunigt, sondern höchstens verzögert.
3. Es war nicht Aufgabe der KPD, vor Beendigung des Kampfes die Arbeiter abzulenken vom realen Kampfziel (Bewaffnung der Arbeiterschaft, Entwaffnung der Bourgeoisie) und sie durch Hinweis auf den Ueberbau des Kräfteverhältnisses (Regierungsbildung) in der Aktion durch Erwartung einer neuen Regierung zu lähmen.

* Die Art, wie in der Resolution das Datum angegeben wird, ist gewollt oder ungewollt irreführend. Der Leser muß annehmen, die Erklärung sei am 21. März, als der Generalstreik in Berlin noch ungebrochen war, zustande gekommen und veröffentlicht worden. Tatsächlich ist die Erklärung erst am 23. März formuliert und angenommen und erst am Freitag, den 26. März, als der Generalstreik bereits beendet war, in der „Roten Fahne“ abgedruckt worden. Am 21. März war die Diskussion der Regierungsfrage in der Zentralstreikleitung von der noch die Rede sein wird.

** „Komm. Intern.“, Nr. 12, Seite 151 (1920).

4. Bei der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Deutschland ist es unwahrscheinlich, daß ein Mittelding zwischen Diktatur des Proletariats und Diktatur der Bourgeoisie in Form der rein sozialistischen Regierung überhaupt gebildet werden und existenzfähig sein kann. Nach den Erfahrungen mit dem Rat der Volksbeauftragten aus der SPD und USPD im November/Dezember 1918 ist zu erwarten, daß die Bourgeoisie die Bildung einer solchen Regierung sofort mit dem Klassenkrieg auf allen Fronten beantworten wird. Auch die revolutionäre Arbeiterschaft einschließlich eines großen Teiles der USP ist von tiefem Mißtrauen gegen eine Koalition mit der SPD erfüllt. Die in der Loyalitätserklärung erwartete Atempause (? J. W.) für friedliche Arbeit der KPD wird also nicht eintreten.

5. Es ist nicht Aufgabe der KPD, die anderen Arbeiterparteien zu veranlassen, ihre historisch-vergänglichen Aufgaben (Erprobung bürgerlich-demokratisch-parlamentarischer Illusionen) zu erfüllen. Die KPD muß vielmehr auf den über das augenblickliche Stadium hinausgehenden Weg weisen. Die Parolen können zwar Etappenparolen sein, dürfen aber nicht den Prinzipien des Kommunismus widersprechen (etwa reinsozialistische Regierung gegenüber Räte-Diktatur). Zulässig sind dagegen Parolen wie: Freiheit für revolutionäre Presse; Bewaffnung der Arbeiterschaft; Auflösung aller militärischen Formationen der Bourgeoisie; Friede mit Sowjetrußland u. dgl.“ (Die Unterstreichungen bei Ziffer 4 sind von mir. J. W.)

Die schärfsten Töne von allen damaligen Kritikern hat Genosse Radek angeschlagen. Daß er sich in diesem Fall von den tendenziösen Informationen der Opposition irritieren ließ, geht übrigens aus seinem Artikel mit voller Klarheit hervor. Prinzipiell tritt nämlich Radek an die Frage unter den gleichen Voraussetzungen heran, wie es jene Mitglieder der Zentrale getan haben, an denen er eine ebenso heftige wie unbegründete Kritik übte. Er schrieb:

„Würden die Unabhängigen und die Scheidemänner eine Regierung bilden, die den Kampf gegen die Konterrevolution aufnehmen würde, so müssen wir diese Regierung unterstützen, um sie weiterzutreiben.“ (Komm. Intern., Nr. 12, 1920, Seite 171.)

Weil aber Radek die damalige Situation durch die Brille der Opposition ansah, ist er der Meinung, ein Teil der Zentrale sei auf ein „Schiebermanöver“ Legiens, des „abgefemtsten Schwindlers des Gewerkschaftsbüros“ hereingefallen, „wodurch er bewies, daß ihm ebenso wie den Unabhängigen der klare Blick für das tatsächliche Kräfteverhältnis fehlte“.

„Der Teil der Zentrale der KPD, der in diesen Tagen die Politik der Partei leitete, ist auf diesem historischen Examen durchgefallen, und wie sich immer aus Aktionsunfähigkeit, aus Willensschwäche Illusionen ergeben, so erblühte in dem Sumpf der Unfähigkeit zur Tat die Erklärung vom 21. März, die Erklärung über die loyale Opposition.“ (Komm. Intern., Nr. 12, Seite 168.)

„Die Erklärung wurde kritisiert wegen des Punktes 4, in dem sie anzunehmen scheint, es gebe einen Zustand, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte. Dies mag aber nur ein lapsus calami sein. Nicht hier liegt der zentrale Punkt, der Sündenfall der Erklärung. Der Sündenfall der Erklärung liegt erstens darin, daß die Zentrale nicht offen die Massen warnte, als könnten sie eine neue, eine revolutionäre Regierung bilden, ohne im Kampf Mann gegen Mann, Klasse gegen Klasse die Weißen entwaffnet zu haben.

Sie liegt weiter in der Tatsache, daß die Kommunistische Partei einem Phantom einer Arbeiterregierung gegenüber ihre revolutionäre Haltung aufgibt, indem sie erklärt, daß sie dieser Regierung gegenüber eine loyale Opposition treiben wird, wobei sie unter loyaler Opposition „keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Pflicht der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen“ unternehmen wird; dies alles unter der Vorbedingung, daß

die Arbeiterregierung die Gegenrevolution bekämpft und die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe nicht stört.“ (S. 169.)

Die angeführte Kritik bezieht sich auf zwei Fragen, die wir getrennt behandeln wollen. Erstens auf die Haltung der Parteivertreter in der Streikleitung, zweitens auf Tendenz und Inhalt der Erklärung der Zentrale.

Die Streikleitungssitzung vom 21. März

Ein wichtiger Umstand verdient festgehalten zu werden. Bis zum fünften Streiktag war die KPD in der Zentralstreikleitung nicht vertreten. Verhandlungen, die deswegen mit der USP am 2. Streiktage geführt wurden, scheiterten, weil die USPD sich weigerte, die Parole „Arbeiterratswahlen“ herauszugeben. Die Kommunisten waren außerstande, gegen den vorherrschenden Einfluß der USPD in der Arbeiterschaft für die Parole „Arbeiterräte“ den nötigen Widerhall zu wecken. Als die USP endlich ihren Widerstand aufgab und damit das Hindernis für die Teilnahme der Kommunisten an der Streikleitung wegfiel, war es ihr keineswegs darum zu tun, einen Arbeiterrat zustande zu bringen, der ein getreues Spiegelbild von den in der Arbeiterschaft vorhandenen Stimmungen gegeben hätte. Die linken Unabhängigen waren nur darauf bedacht, mit Hilfe eines indirekten, ausgeklügelten Wahlsystems ihre Gegner von rechts und von links auszuschalten. Am Donnerstag wurden die Wahlen ausgeschrieben. Was dabei herauskam, war nichts anderes als eine Vollversammlung der nach Industriegruppen zusammengesetzten Betriebsräte, d. h. aus den Wahlen ging dieselbe Körperschaft hervor, die im Herbst 1919 anlässlich eines großen Metallarbeiterstreiks einstimmig zum Generalstreik aufrufen hatte, ohne daß auch nur ein einziger Arbeiter der Aufforderung Folge geleistet hätte. Viel ernster als die von den linken Unabhängigen beherrschte Betriebsrätezentrale war das zweite Zentrum der Berliner USP: die Berliner Gewerkschaftskommission. Sie wurde von solchen Unabhängigen beherrscht, die ideologisch dem rechten Flügel sehr nahe standen und mit diesem, der in Berlin sein Zentrum in der Reichsleitung der USPD hatte, durch dick und dünn gingen. Diese Differenzierung in der Berliner USPD muß wohl beachtet werden, weil jeder, der sich einbildet, Fortsetzung oder gar Steigerung des Kampfes sei von den Beschlüssen der linken Unabhängigen abhängig gewesen, sich in einem bösen Irrtum befindet. Ein solcher Irrtum ist zwar für die Kritiker der Zentralemehrheit sehr zweckmäßig, aber mit der Wirklichkeit hat er nichts gemein.

Nach diesen Feststellungen kann der Leser ermessen, was es für das Schicksal der proletarischen Klassenaktionen bedeutete, als am Sonnabend, den 20. März, der von Legien geführte Gewerkschaftsbund zum Abbruch des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte und die völlig von den Unabhängigen beherrschte Berliner Gewerkschaftskommission, nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Streikleitung, sich diesem Beschluß anschloß.

Jeder ernste Politiker wußte, daß damit dem Generalstreik der Genickfang gegeben war, und daß es bestenfalls den Kommunisten im Bunde mit den linken Unabhängigen gelingen konnte, den Kampf noch einige Tage gegen die mehrheitssozialistisch-unabhängige Gewerkschaftsbürokratie fortzuführen, daß aber von einer Steigerung der Bewegung, wenigstens in Berlin, keine Rede mehr sein konnte. Ueber diese Sachlage war sich u. a.

auch Genosse Meyer klar. Derselbe Genosse, der später mit apodiktischer Sicherheit erklärte, eine Steigerung des Kampfes sei möglich gewesen und nur durch die Aeußerungen der kommunistischen Vertreter in der Streikleitung verhindert worden, derselbe Genosse Meyer hat 12 Stunden ehe jene angeblich kampftötende Diskussion in der Streikleitung geführt wurde, an Levi, der damals im Gefängnis saß, einen Brief geschrieben, in dem er unter Hinweis auf die oben erwähnten Auseinandersetzungen mitteilte:

„Die Gewerkschafts-USP hat sich schauerhaft benommen, rein bonzenhaft. Stimmung in der gestrigen Versammlung entsprechend nicht kampflustig genug. Man rechnet mit Abbruch des Streiks am Montag.“

Dieses gewiß unverdächtige Zeugnis war am frühen Morgen des gleichen Sonntags geschrieben, wo am Abend in der Streikleitung die Regierungsfrage diskutiert wurde. Wie kam es dazu? — Hatten wirklich die Vertreter der Zentrale gesucht und „sozusagen erreicht die Oase, wo sie in ihrem Unglauben an die Aktionsfähigkeit der Massen ausruhen konnten auf dem Boden der ‚loyalen Opposition‘ gegenüber dem Phantom einer Arbeiterregierung“, wie es seinerzeit Genosse Radek schrieb?

Sehen wir zu!

In jener Sitzung erschien der Genosse Düwell und berichtete über die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Vom machtpolitischen Standpunkt aus war sein Bericht glänzend. Dort waren die Waffen in der Hand der Arbeiter, dort waren die Arbeiter so weit, daß der nächste Schritt nur die Proklamierung der Räterepublik sein konnte. Aber der Bericht malte eine sehr trübe Lage hinsichtlich der Versorgung des rheinisch-westfälischen Gebietes mit Lebensmitteln. Die Kampfleitung des Ruhrgebietes ließ durch ihren Vertreter der Zentralstreikleitung mitteilen, daß im ganzen Gebiet nur für drei Tage Lebensmittel vorhanden seien, daß dort eine Katastrophe drohe, wenn nicht von Berlin aus unverzüglich irgend etwas unternommen werde, um Lebensmittel dorthin zu senden.

An diesen alarmierenden Bericht schloß sich eine Diskussion, in der von unabhängiger Seite zunächst die Frage aufgeworfen wurde, ob eine revolutionäre Streikleitung überhaupt verhandeln dürfe, und wenn ja, mit wem man dann verhandeln solle. Eine Regierung gebe es nicht, dagegen sei es eine Tatsache, daß zurzeit alle Macht und alle Fäden in den Händen der Generalkommission der Gewerkschaften, also in den Händen Legiens konzentriert seien. Selbstverständlich wurde von unserer Seite betont, daß die Frage über die prinzipielle Zulässigkeit von Verhandlungen eine Kinderei ist. Nachdem der Generalstreik trotz gegenteiliger Aufforderung der Gewerkschaften weitergehe, sei die Streikleitung das einzig bestehende und anerkannte Organ, das berufen sei, im Namen des kämpfenden Proletariats zu handeln und, wenn notwendig, auch zu verhandeln. Fühle sich die Streikleitung stark genug, um zu diktieren, dann brauche sie nicht verhandeln, wenn nicht, sei sie verpflichtet, bei den in Betracht kommenden Stellen das ganze Gewicht der kämpfenden Arbeiterschaft geltend zu machen, um zunächst den Ruhrarbeitern Nahrungsmittel zu sichern. Nachdem die linken Unabhängigen erklärten, daß die Zentralstreikleitung direkt nichts zugunsten der Ruhrarbeiter veranlassen könne und daß folglich nichts anderes übrig bleibe, als zu verhandeln, stand man vor der Frage: verhandeln,

gut, aber mit wem? Schließlich einigte man sich auf Legien, der in jenen Tagen tatsächlich eine überragende, kolossale Machtposition innehatte.

Während darüber gesprochen wurde, welche Forderungen Legien unterbreitet werden sollen, erschien Däumig im Beratungsraum. Er meldete sich sofort zum Wort und erklärte: Die ganze Diskussion erscheine ihm überflüssig. Die Streikleitung könne nicht zu Legien gehen, denn falls sie das tun würde, werde Legien antworten: Bitte, bildet mit mir zusammen eine Regierung, die sich dann für die Versorgung des Ruhrgebietes einsetzen werde und die dann auch die Durchführung aller anderen Forderungen der Arbeiter, insbesondere die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung der Arbeiterschaft anstreben werde. Legien habe schon am Mittwoch oder Donnerstag in diesem Sinne der USPD einen förmlichen Antrag gestellt. Er habe erklärt, daß auch für die Gewerkschaften die Noske-Regierung erledigt sei und daß sie entschlossen seien, mit der USPD eine Regierung zu bilden. Deren rechter Flügel sei auch bereit gewesen, darauf einzugehen, der linke habe aber Bedingungen gestellt. Diese seien den Gewerkschaftsführern unterbreitet und von diesen abgelehnt worden. Darauf habe er, Däumig, dem Zentralkomitee seiner Partei erklärt, er werde sofort aus der USPD austreten, wenn sie in eine gemeinsame Regierung mit den Gewerkschaften gehe. Die USPD habe dann abgelehnt. Wenn man jetzt an Legien herantrete, werde er voraussichtlich mit demselben Ansinnen wieder herausrücken, darauf müßte man abermals eine ablehnende Antwort geben, da sei doch besser, erst gar nicht zu Legien zu gehen.

Was aber sonst geschehen sollte, außer der einstimmig für notwendig gehaltenen Fortsetzung des Streiks, darüber wußte Däumig nichts zu sagen.

Es stellte sich dann noch weiter heraus, daß die Unabhängigen von den Gewerkschaften in einer eventuell zu bildenden Regierung nicht nur überwiegenden Einfluß, sondern auch ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats verlangt haben. Wie berichtet wurde, hat darauf das Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften und Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes Schumann den unabhängigen Unterhändlern geantwortet: Ihr könnt doch von uns nicht ein Lippenbekenntnis für die Diktatur des Proletariats verlangen, da ihr genau wißt, daß wir prinzipiell auf dem Boden der Demokratie stehen. Wenn wir aber in dieser außergewöhnlichen Situation selbständig, unabhängig vom Reichstag und anderen Instanzen eine Regierung bilden, so ist das schon ein Schritt auf dem Boden der Diktatur, dem notwendig weitere folgen müssen. Das sollte euch für den Anfang genügen.

Von den kommunistischen Vertretern ergriff zuerst Genosse Pieck das Wort. Er erklärte, daß er das Verhalten Däumigs nicht für politisch klug halte. Er könne ja verstehen, daß der Flügel der USPD, der sich zur Diktatur des Proletariats bekenne, die Beteiligung an einer solchen Regierung ablehne. Aber der rechte Flügel der USPD stehe doch auf einem anderen Boden. Darum halte er es für falsch, daß die Linken das Zustandekommen einer Zwischenregierung verhinderten. Er sei der Auffassung, daß der linke Flügel seinen Standpunkt ändern müsse. Praktisch schlug er vor, daß man eine Kommission zu Legien mit den Forderungen der Streikleitung

senden solle, und wenn Legien erneut die Aufforderung zur gemeinsamen Regierungsbildung stelle, dürfe seines Erachtens die USPD nicht ablehnen.

Von den weiteren Rednern muß Paul Neumann erwähnt werden, der bemerkte, was Pieck gesagt habe, sei gut und schön, aber er wünsche vor allem zu wissen, ob die KPD bereit sei, sich an einer eventuell zu bildenden Regierung zu beteiligen. Er stelle darum an Pieck die direkte Frage, ob er für die KPD (Spartakusbund) erklären könne, daß sie in die Regierung eintreten werde.

Pieck antwortete durch einen Zwischenruf, daß er eine solche Erklärung nicht abgeben könne, und daß er für seine Person der Meinung sei, daß die KPD aus prinzipiellen Gründen ablehnen müsse.

Neumann erwiderte: „Das wollte ich nur wissen. Also die KPD will sich bei einem solchen Experiment nicht die Finger verbrennen. Sie möchte aber gern die USPD in eine Regierung mit den Gewerkschaften hineinbugsieren. Dann wäre freilich die KPD fein heraus. Sie würde nur auf die Gelegenheit lauern und dann immer fest druff — auf die USPD! Gib ihr Saures!“ Für einen solchen Rat danke die USPD.

Dann sprach für die Kommunisten Walcher. Er betonte, man müsse sich, bevor man die Regierungsfrage bespreche, über den Stand des Kampfes und über das, was erreichbar sei, klar werden. Wenn die Zentralstreikleitung der Meinung sei, daß die Möglichkeit bestehe, den Kampf nicht nur gegen die Gewerkschaften, sondern auch gegen einen sehr einflußreichen Teil der USPD weiterzuführen und noch zu steigern, dann könne von Verhandlungen mit Legien keine Rede sein. Dann müsse der Kampf weitergeführt und die Errichtung der Räterepublik angestrebt werden.

Der Redner konstatierte auf eine entsprechende Frage, daß kein einziges Mitglied der Streikleitung etwas derartiges für möglich hielt, und fuhr fort: „Bei einer solchen Lage, wo die Streikleitung nicht mächtig genug sei zum Diktieren und wo sie auch nicht hoffe, es noch zu werden, bleibe nichts übrig, als zu verhandeln. Wenn nun auch übereinstimmend die Meinung bestehe, daß der jetzige gewaltige Kampf nicht direkt zur Entwicklung der Räterepublik führen werde, so sei doch unverkennbar, daß er eine mächtige Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten des Proletariats gebracht habe. Die Streikleitung dürfe sich nicht mit einem moralischen Gewinn als Folge des Kampfes begnügen; sie habe die Pflicht, namentlich in der Frage der Entwaffnung der Bourgeoisie und der Bewaffnung der Arbeiter das Aeußerste an realen Erfolgen herauszuholen. Unter den obwaltenden Umständen sei es nicht gleichgültig, ob einfach die alte Regierung durch das eine oder andere Mitglied erneuert, wiederkehre, oder ob eine Regierung gebildet werde, die ihr Mandat auf Grund des Generalstreiks erhalte und die sich wohl oder übel auf ein Regierungsprogramm im Sinne der Arbeiter festlegen müsse. Man dürfe sich freilich über eine solche Regierung keine Illusionen machen, sie werde nichts Durchgreifendes für die Arbeiterschaft tun. Aber es bedeute in einer Zeit, wo die Bourgeoisie desorganisiert, mehr als 100 000 Arbeiter im Reiche bewaffnet und die gesamte Arbeiterklasse nicht abgekämpft und mit gesteigertem Machtbewußtsein erfüllt sei, schon sehr viel, wenn eine Regierung bestehe, die es in der entscheidenden ersten Zeit nicht wagen könne, offen gegen die Arbeiter-

klasse vorzugehen. Er wolle aber auch ganz offen aussprechen, daß sich die Kommunisten durchaus klar darüber seien, daß diese Regierung je länger je mehr in Gegensatz zur Arbeiterklasse kommen und schließlich unverhüllt im Lager der Konterrevolution stehen werde. Wenn Neumann nur um das Schicksal der USPD besorgt sei, wenn er nicht das Weiterstreben und den Sieg der Revolution im Auge habe, seien seine Bedenken gegen die Beteiligung der USPD an der Regierung wohl begründet. Es sei höchst wahrscheinlich, daß im gleichen Maße wie diese Regierung auch die für sie verantwortlichen Parteien das Vertrauen der Arbeitermassen verlieren werden.

Weil die „rein sozialistische Regierung“ nicht das Ziel der Arbeiterklasse, sondern nur eine Etappe auf dem Wege zur Räterepublik bilde, und zwar eine Etappe, die nicht gradlinig, sondern nur im dialektischen Sinne zur Räterepublik führe, sei es doch wohl klar, daß die Kommunisten nicht in eine solche Regierung eintreten könnten. Die KPD müsse vielmehr in der Arbeiterklasse den Kern bilden, um den sich alles gruppieren könne, was durch den praktischen Anschauungsunterricht einer solchen Regierung von der bürgerlichen Demokratie enttäuscht, über das gegebene Stadium hinaus zur Räterepublik strebe. Walcher bemerkte, daß die in der Streikleitung vertretenen Unabhängigen für diese Haltung der KPD volles Verständnis haben müßten. Sei es ihnen mit ihrem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ernst, so dürfe ihnen in diesem Augenblick nicht das Interesse der Unabhängigen Partei, sondern dann müsse ihnen ausschließlich das Interesse der Revolution als Richtschnur dienen. Jawohl, die Unabhängige Partei werde aller Voraussicht nach an diesem Experiment zerschellen. Aber die Unabhängigen werden nur sterben, um als Kommunisten wieder aufzuerstehen! Ihr habt heute zu entscheiden, so schloß der Redner seine Ausführungen, ob Ihr die Revolution über Eure Partei stellt, ob Ihr damit einverstanden seid, daß Eure Partei stirbt, auf daß die Revolution lebe!

Die Ausführungen der kommunistischen Redner bewirkten, daß die linken Unabhängigen die Unhaltbarkeit ihres bisherigen Standpunktes einsahen.

Während einer kurzen Pause trat der rechtsunabhängige Dr. Herz, der als Redakteur der „Freiheit“ an der Sitzung teilnahm, an Walcher heran und bat um eine kurze Unterredung. Dabei erklärte Herz:

„Was von Euch vorhin ausgeführt wurde, war für uns von großem Interesse. Wir wissen, heute seid Ihr eine verschwindende, unbedeutende Minderheit in der Arbeiterbewegung, aber morgen, wenn wir mit den Gewerkschaften in die Regierung gehen, werdet Ihr eine Macht sein. Deshalb können wir diesen Schritt nicht tun, ohne zu wissen, welche Haltung Ihr dazu einnehmen werdet.“

Walcher erwiderte: „Die Leitung meiner Partei hat zu der Frage, vor die wir heute in der Streikleitung plötzlich gestellt wurden, noch keinen Beschluß gefaßt. Ich kann Euch deshalb nur meine persönliche Meinung sagen: Mir scheint die Sachlage sehr einfach. Ist es Euch mit Euren Versprechungen ernst, wollt Ihr wirklich die Arbeiter bewaffnen und die Konterrevolution entwaffnen, wollt Ihr wirklich den Verwaltungsapparat von allen konterrevolutionären Elementen säubern, so bedeutet das den Bürgerkrieg. In diesem Falle ist es selbstverständlich, daß wir die Regierung nicht nur unterstützen, wir werden vielmehr an der Spitze des Kampfes stehen. Im andern Fall, wenn Ihr Euer Programm verrätet, den Arbeitern in den Rücken fallt,

werden wir — und wir hoffen, in diesem Falle noch starke Gefolgschaft aus Eurem Lager zu bekommen — Euch auf das schärfste ohne irgendwelche Rücksicht mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.“

Herz sagte darauf, eine solche Auffassung würde genügen. Es sei aber erforderlich, zu wissen, ob die Zentrale der KPD mit der Auffassung ihrer Vertreter in der Zentralstreikleitung einverstanden sei.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß in dieser Sitzung die kommunistischen Vertreter energisch für die Weiterführung des Streiks und für die Durchführung der Bewaffnung des Proletariats eintraten. Auf Grund eines von uns vorgelegten Entwurfes wurde auch die Herausgabe eines entsprechenden Flugblattes beschlossen.

Die Regierungsfrage in der Zentrale

Aus irgendwelchem Grund hat das damalige Parteimitglied Paul Lange die Streikleitungssitzung früher verlassen und sich zu der in Neukölln versammelten Zentrale begeben und diese von den gepflogenen Diskussionen unterrichtet. Ob Paul Lange den Bericht in dem ihm geläufigen schnoddrigen Lapidarstil gegeben hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls, sein Bericht hat alles andere, nur keine Begeisterung ausgelöst. Als wir anderen drei Vertreter, erfüllt von dem Bewußtsein, der Revolution einen nicht alltäglichen Dienst erwiesen zu haben, und in der festen Ueberzeugung, daß die revolutionäre Bewegung, falls eine solche Regierung zustande kam, bald aufs neue aufflammen werde, in der Zentrale erschienen, wurde uns ein sehr frostiger Empfang zuteil. Die Genossen hatten sich bereits ihr Urteil gebildet und behandelten uns, wie sich Pieck ausdrückte, geradezu als Parteiverräter. Unsere Berichte wurden mit Ungeduld entgegengenommen und kaum beachtet. Es wurde heftig diskutiert. Spät in der Nacht wurde die Aussprache abgebrochen und am andern Morgen fortgesetzt. Das Ergebnis war, daß mit einer Stimme Mehrheit die bisherigen Vertreter in der Zentralstreikleitung deavouiert wurden. Der Zentralstreikleitung wurde eine für die Oeffentlichkeit bestimmte Erklärung übergeben, in der es heißt:

„Die Reichszentrale der KPD erklärt, daß sie den Vorschlag der Bildung einer Koalitionsregierung zwischen Gewerkschaftsbund und der USPD nicht veranlaßt hat. Ueber die Fortführung und Ziele des Streiks und die Bildung der neuen Regierung haben nach Ansicht der Reichszentrale allein der Arbeiterrat und endgültig der Rätekongreß zu entscheiden.“

In der gleichen Sitzung wurden auch neue Vertreter für die Streikleitung gewählt, die auch am gleichen Tage ihr Amt ausübten.

Die Genossen der Minderheit hielten den Beschluß der Zentrale für verhängnisvoll. Sie bestanden darauf, daß die Frage aufs neue zur Diskussion gestellt wurde. Das geschah in einer Sitzung, die fast die ganze Nacht vom 22. zum 23. März ausfüllte. Nach leidenschaftlichen Debatten, in deren Verlauf sowohl die eine wie die andere Seite ihre Demission anbot, wurde, nachdem sich die beiden bisher zur Mehrheit zählenden Vertreter der Frauen und Jugend zur Stimmenthaltung entschlossen hatten, mit einer Stimme Mehrheit ein Beschluß gefaßt, der die Haltung der früheren Vertreter in der Zentralstreikleitung billigte. Der Morgen graute bereits, als die vom Genossen

Bronski formulierte Erklärung* angenommen wurde. Diese Erklärung war nichts weniger als glücklich formuliert. Soweit nicht die ihr zugrunde liegende taktische Grundauffassung, sondern Teile ihres Inhaltes kritisiert wurden, traf die Kritik zumeist ins Schwarze. Wahrscheinlich ist selbst der Vater dieser Erklärung auf sein Erzeugnis nicht stolz, die anderen für sie verantwortlichen Genossen haben jedenfalls nie verhehlt, daß eine glücklichere Formulierung schon um dessentwillen wünschenswert gewesen wäre, weil es dann den Kritikern nicht so leicht gewesen wäre, vom Wesentlichen zum Unwesentlichen abzuleiten. Walcher hat jener Sitzung einen anderen Entwurf für die Beschlußfassung vorgelegt, der bisher im Parteiarchiv lag und den wir hier zum ersten Male der Parteiöffentlichkeit übergeben. Er lautet:

„Erklärung der Zentrale der KPD. (Spartakusbund)“

Die Zentrale der KPD (Spartakusbund) hat sich eingehend mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigt. Sie kam zu folgenden Feststellungen:

1. Eine Räteregierung, an der allein eine Beteiligung der Kommunisten in Betracht käme, ist noch nicht möglich.
2. Andererseits ist unverkennbar durch den Generalstreik eine wesentliche Veränderung im Machtverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie zugunsten des ersteren eingetreten.

* Da vielen Lesern der „Komm. Intern.“ der zweite Jahrgang nicht zugänglich ist, in dem die Erklärung abgedruckt ist, geben wir das umstrittene Dokument im Wortlaut wieder:

„Erklärung der Zentrale der KPD (Spartakusbund)“

1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zweck, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment noch nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden kann, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung und Errichtung der proletarischen Diktatur.

5. Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Als loyale Opposition verstehen wir:

Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz bei selbstverständlicher Freiheit der Partei für ihre Ziele und Losungen.

23. März 1920

Zentrale der KPD
(Spartakusbund)“

3. Sollte das gegenwärtige Kräfteverhältnis in einer sozialistischen Koalitionsregierung (etwa zwischen linker SPD und Unabhängigen) seinen zutreffenden Ausdruck finden, so ist sich die KPD bewußt, daß eine solche Regierung notwendig scheitern muß, weil das kapitalistische Chaos nicht durch kapitalistische Mittel auf kapitalistischer Grundlage, sondern nur durch die Diktatur des Proletariats überwunden werden kann.

4. Diese Erkenntnis hindert uns nicht an der Einsicht, — schließt sie vielmehr ein —, daß eine solche Koalition gegenwärtig einen bedeutungsvollen Fortschritt darstellt.

5. Damit ist unsere Stellung zu einer solchen Regierung gegeben. Tatkräftigste Unterstützung dort, wo diese Regierung gestützt auf die Arbeiterklasse revolutionär wirkt. Kritik und schärfste Bekämpfung dort, wo sie ein Hindernis für die Entwicklung zum Kommunismus bildet.

Berlin, den 23. März 1920

Jakob Walcher

Man kann heute feststellen, daß die Annahme dieser Formulierung die Klärung der Fragen der Parteimitgliedschaft erleichtert und einem großen Teil der Kritik und der Mißverständnisse, die die angenommene Erklärung auslöste, den Boden entzogen hätte. Daß die eine und nicht die andere Erklärung und noch dazu fast unbesehen angenommen wurde, lag daran, daß so lange und so heiß um die Anerkennung dieser oder jener Grundauffassung gekämpft wurde, daß nach gefallener Entscheidung den vorliegenden Formulierungen nicht mehr die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Wenn aber behauptet wurde und heute noch gelegentlich behauptet wird, die angenommene Erklärung „habe dem Generalstreik das Genick gebrochen“, so wird nach dem bereits Gesagten die Lächerlichkeit einer solchen Behauptung einem jeden einleuchten. Wir wiederholen, daß Gewerkschaftsbund und Berliner Gewerkschaftskommission einen Tag vor dem Stattfinden der Diskussion über die Regierungsfrage zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert hatten. Am Montag veröffentlichte die Zentrale der USPD einen Aufruf mit der gleichen Tendenz. Am Dienstag, den 23. März, trat die Vollversammlung der Betriebsräte zusammen, wo die Kommunisten unter Hinweis auf die Lage im Ruhrgebiet mit aller Entschiedenheit für die Weiterführung des Kampfes eintraten. Aber auf Befürwortung des linken Flügels der USPD beschloß die Versammlung den Abbruch des Streiks. Erst drei Tage später ist die Erklärung in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden.

Genosse Lenin über die „sozialistische“ Regierung

In einem Nachtrag zu der Broschüre: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ äußert sich Genosse Lenin über die Haltung des Teils der Zentrale, der sich für die rein sozialistische Regierung aussprach. Wir zitieren daraus den entscheidenden Passus:

„In der ‚Roten Fahne‘, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), vom 26. März 1920 finden wir eine ‚Erklärung‘ des Zentralkomitees dieser Partei zur Frage des von Kapp-Lüttwitz veranstalteten ‚Putsches‘ und der ‚sozialistischen Regierung‘. Diese Erklärung ist vom Standpunkt der grundlegenden Voraussetzung wie vom Standpunkt der praktischen Schlußfolgerung vollkommen richtig. Die grundlegende Voraussetzung läuft darauf hinaus, daß eine ‚objektive Grundlage‘ für die Diktatur des Proletariats im gegebenen Augenblick nicht vorhanden sei, denn die ‚Mehr-

heit der städtischen Arbeiter' sei für die Unabhängigen. Schlußfolgerung: Das Versprechen einer ‚loyalen Opposition‘ (d. h. des Verzichts auf die ‚Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz‘) in bezug auf die ‚sozialistische Regierung‘ unter Ausschluß der bürgerlich-kapitalistischen Parteien.

Die Taktik ist unzweifelhaft im Grunden richtig. Aber wenn man sich auch nicht bei geringfügigen Ungenauigkeiten der Formulierung aufhalten soll, so darf man dennoch nicht mit Stillschweigen übergehen, daß (in einer offiziellen Erklärung der Kommunistischen Partei) die Regierung der Sozialverräter nicht eine ‚sozialistische‘ genannt werden darf, daß nicht vom Ausschluß der ‚bürgerlich-kapitalistischen Parteien‘ gesprochen werden darf, wenn die Parteien sowohl der Scheidemann wie der Herren Kautsky-Crispien kleinbürgerlich-demokratische sind, daß solche Dinge nicht geschrieben werden dürfen, wie der § 4 der Erklärung, der lautet:

„ . . . Für die fernere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist, vom Standpunkt der Entwicklung der proletarischen Diktatur, ein solcher Zustand von ungeheurer Wichtigkeit, wo die politische Freiheit unbeschränkt ausgenützt werden kann und wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten kann . . . “

Ein solcher Zustand ist unmöglich. Die kleinbürgerlichen Führer, die deutschen Henderson (Scheidemann) und Snowden (Crispien) . . . können über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie nicht hinausgehen, die ihrerseits nichts anderes sein kann als eine Diktatur des Kapitals. Diese grundsätzlich falschen und politisch schädlichen Dinge hätte man vom Standpunkt der Erreichung eines praktischen Resultats, das ganz richtig vom Zentralkomitee der Partei angestrebt wird, überhaupt nicht zu schreiben brauchen. Dazu genügte es, zu sagen (wenn man parlamentarisch-höflich sein wollte): Solange die Mehrheit der städtischen Arbeiter den Unabhängigen folgt, können wir Kommunisten diese Arbeiter nicht hindern, ihre letzten kleinbürgerlich-demokratischen (d. h. ebenfalls bürgerlich-kapitalistischen) Illusionen durch die Erfahrung mit ‚ihrer‘ Regierung zu überwinden. Das genügt zur Begründung eines Kompromisses, das in der Tat notwendig ist und das darin bestehen muß, für einige Zeit auf Versuche des gewaltsamen Sturzes einer Regierung zu verzichten, der die Mehrheit der städtischen Arbeiter vertraut.“ (S. 102.) (Unterstreichungen von mir. J. W.).

Der geniale Führer des Weltproletariats hat die hier entwickelten Gedanken unterstrichen und konkretisiert in einer Unterredung, die der Verfasser dieser Schilderung zusammen mit der Genossin Rosi Wolfstein im Sommer 1920 mit dem Genossen Lenin gehabt hat. Lenin ließ sich damals ausführlich über die hier geschilderten Vorgänge berichten und äußerte dann: Die Kommunisten in der Zentralstreikleitung hätten eine revolutionäre Pflicht verletzt, wenn sie bei dem gegebenen Stand des Kampfes nicht alles, was in ihren Kräften stand, getan hätten, um eine sogenannte „sozialistische Regierung“ zustande zu bringen. Aus dem Wirken einer solchen Regierung, bemerkte Lenin weiter, würden die breiten Massen viel mehr gelernt haben, als sie aus unserer Presse, unseren Broschüren und Flugblättern, in unseren Versammlungen und aus unserer gesamten Agitation und Propaganda lernen können; denn vieles wird die breite Masse nicht aus dem gedruckten und gesprochenen Wort, sondern nur in der Schule des Lebens auf Grund eigener, eindeutiger, handgreiflicher Erfahrungen lernen.

Dem Genossen Lenin hat auch der oben abgedruckte Entwurf vorgelegen, wozu er äußerte, daß gegen seinen Inhalt nichts einzuwenden sei, und daß es besser gewesen wäre, wenn dieser Entwurf von der Zentrale angenommen worden wäre.

Wie man im Jahre 1924 über die Rolle der KPD im Kapp-Putsch nicht mehr schreiben soll

In der bereits erwähnten Sondernummer des „Funken“ vom 10. Oktober 1924 hat der Genosse Maslow es unternommen, die Berliner Genossen mit den „wesentlichsten Etappen der Geschichte des Spartakusbundes“ bekannt zu machen, um zu zeigen, daß die Berliner Organisation stets um „die Erkenntnis der Rolle der KPD gekämpft hat“. Dabei kommt er auch auf den Kapp-Putsch zu sprechen, wengleich sich beim besten Willen nicht behaupten läßt, daß die damals schon sehr links eingestellte Berliner Organisation dabei eine rühmliche Rolle gespielt hat. Maslow äußert sich über den Kapp-Putsch in einer Weise, die einmal zeigt, welche schier unbegreiflichen Vorstellungen heute noch in den Köpfen prominenter Genossen über den Kapp-Putsch bestehen, zum andern ist seine Darstellung (nebenbei auch in allen anderen Punkten) ein Schulbeispiel, wie man die Geschichte der eigenen Partei nicht schreiben soll.

Nachdem Maslow in einem keineswegs nachahmenswerten Tone „die kretinmäßige Einstellung geruhiger Kaffeehausbeobachter“ bei Ausbruch des Kapp-Lüttwitz-Putsches kritisiert hat, fährt er fort:

„Die Führung des Spartakusbundes, aus ihrem tiefen Kaffeehauschlaf erwacht, torkelte alsbald nach der anderen Seite. Sie sah jetzt die SPD und die USPD, und diese kamen ihr so groß und stark vor, daß sie mit unbegreiflich geistlosen, ja geradezu verräterischen Tricks zu arbeiten begann. Da wurde die linke USPD animiert, doch die rechte USPD zu animieren, jene möge die SPD animieren, mit ihr zusammen eine ‚rein sozialistische Regierung‘ zu bilden, der gegenüber der Spartakusbund sich zu ‚loyaler Opposition‘ verpflichtete. Anstatt die Arbeiter, die überall kämpften, in die richtige Richtung zu führen und vor ihnen die Erbärmlichkeit der Reformisten und Halbreformisten aufzuzeigen — Unterhandlungen mit den Spitzen über vollkommen unwirkliche, blutlose Schemen und Hirngespinnste. An Stelle der einzigen revolutionären proletarischen Partei, die bei richtiger Taktik auch mit ihren wenigen Mitgliedern die Massenpartei der Revolution gewesen wäre, und die Millionennmassen zum leicht erringbaren Sieg geführt hätte — eine Clique von Raisonneuren, die sich als eine Partei neben den anderen ‚großen‘ ‚Massen‘-Parteien ansieht und von vornherein überzeugt ist, ohne sie, ohne Bündnis mit ihnen könne ‚man‘ nichts machen. (Unterstreichungen in diesem Satz von A. M.)

„Natürlich wurde diese ‚Taktik‘ von schnell handfertigen ‚Theoretikern‘ mit dem Verhalten der Bolschewiki bei dem Kornilow-Putsch in Parallele gesetzt, ein Vergleich, der in jeder Beziehung lächerlich ist.“

In den letzten Jahren ist in der Kommunistischen Internationale sehr viel über die Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Diktatur geschrieben und gesprochen worden. Wie es scheint, besteht darüber Klarheit, daß der Sieg neben anderem voraussetzt eine gut disziplinierte bolschewistische Partei, die wenigstens in den entscheidenden proletarischen Zentren die überwiegende Mehrheit hinter sich hat. Unter diesen Voraussetzungen ist die Behauptung vom „leicht erringbaren Sieg“ ein glatter Unsinn.

Zweieinhalb Monate nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch wurde der Reichstag neu gewählt. Von insgesamt abgegebenen 26 Millionen Stimmen entfielen bei den Wahlen vom 6. Juni 1920 auf die Sozialdemokraten rund 5,6 Millionen, auf die Unabhängigen 4,9 Millionen und auf die Kommunisten genau 441 800 Stimmen. Noch krasser war das Mißverhältnis in Berlin. Hier brachten die Kommunisten, genau gezählt, bei völlig ungehinderter Agi-

tationsfreiheit 13 942 Stimmen auf, wohingegen die SPD 187 473 Stimmen und die USPD gar 456 667 Stimmen aufbrachte. Während Unabhängige und Mehrheitssozialisten in Berlin zusammen bei dieser Wahl 60,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielten, brachte es die KPD auf ganze 1,3 Prozent, genau so viel wie in Potsdam I und Potsdam II. Von 35 Wahlkreisen gab es überdies nur 12, wo die KPD einen etwas größeren Anteil an den Gesamtstimmen erzielte. Eine einigermaßen beträchtliche Stimmenzahl brachte die KPD damals nur in den beiden Düsseldorfer Kreisen, in Württemberg und Chemnitz auf. Chemnitz war der einzige Kreis, wo die Partei die für ein Mandat erforderliche Stimmenzahl aufbrachte.

Und wie sah es um die Zeit des Kapp-Lüttwitz-Putsches in den Gewerkschaften aus? Genosse **Sinowjew** hat zum 2. Kongreß der KI eine Broschüre geschrieben, in der er mit Nachdruck darauf hinwies, daß die revolutionäre Arbeiterschaft den Sieg nicht erringen und noch weniger behaupten kann, ohne in den Gewerkschaften maßgebenden Einfluß zu besitzen. Nun, im Frühjahr 1920 hatte der Spartakusbund sich eben erst zu einer klaren Stellungnahme in der Gewerkschaftsfrage durchgerungen. Von einem irgendwie nennenswerten Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften konnte zu jener Zeit keine Rede sein.

Unter solchen Umständen kann jeder selbst beurteilen, was es für die Partei bedeutet, wenn ein Maslow im Jahre 1924 der Parteimitgliedschaft erzählt, die Partei hätte die Arbeiter 1920 zum „leicht erringbaren Sieg“ führen können, wenn an ihrer Spitze nicht „ein Klub politischer Raisonneure“ gestanden hätte.

Was Maslow über die „geistlosen, ja geradezu verräterischen Tricks“, also über dieselbe Taktik schreibt, die nach dem Urteil des Genossen Lenin sowohl nach ihren grundlegenden Voraussetzungen wie nach den praktischen Schlußfolgerungen „vollkommen richtig“ war, bedarf wohl keiner Widerlegung. Es verbleibt nur zu bemerken, daß das, was Maslow zu den anderen Fragen zu sagen hat, sich durch genau dieselbe „historische Treue“ und „Objektivität“ auszeichnet.

Wir verlangen nicht, daß die Fehler verschwiegen, die brüchigen und schwachen Stellen mit dem Mantel einer falschen Sentimentalität zugedeckt werden. Damit wäre unserer Sache nicht gedient. Aber es ist eine Tatsache, daß der Spartakusbund vom ersten Tage seiner Existenz die opferwilligsten, kühnsten und revolutionärsten Elemente der deutschen Arbeiterbewegung in sich vereinigte. Kann der Umstand, daß aus dieser verhältnismäßig kleinen Schar der eine oder andere desertierte und ins Lager der Gegner überging, Veranlassung sein, vor der heutigen Parteimitgliedschaft die Geschichte des Spartakusbundes zu karikieren? Können die „Spartakisten“ nicht für jeden Renegaten zehn Märtyrer der Revolution aufweisen, die im Gefängnis, im Zuchthause und mit ihrem Blute die Treue zu unserer Sache bezeugten. Als Genosse Lenin sein Emigrantendasein beendete, als er aus der Schweiz abreiste, schrieb er in dem Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter:

„Die Zukunft des deutschen Sozialismus repräsentieren nicht die Verräter, die Scheidemann, Legien, David u. Co., und auch nicht die wankenden, charakterlosen, in der Routine der ‚friedlichen‘ Zeit verrosteten Haase, Kautsky u. Co. Die Zukunft

des deutschen Sozialismus gehört der Richtung an, die Karl Liebknecht hervorgebracht hat, die die ‚Spartakusgruppe‘ gebildet und die in der Bremer ‚Arbeiterpolitik‘ ihren Ausdruck fand.“

Uns deutet, daß dieses Urteil auch heute noch Beachtung verdient. Alle Sektionen der Komintern, ganz besonders aber die deutsche Sektion, werden übrigens gut tun, wenn sie bei den russischen Genossen lernen, mit welcher Treue und Sorgfalt sie die revolutionären Traditionen ihres Landes vor der Arbeiterschaft lebendig erhalten. Gerade von den russischen Genossen kann auch in dieser Hinsicht viel gelernt werden, und zwar nicht nur für unsere jüngste Geschichte. Auch die Vorkriegsgeschichte, die gesamte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung weist so manche Gestalt auf, die sich als Erwecker und Sammler der Arbeiterklasse unvergängliche Verdienste erworben hat und die wir mit Fug und Recht als Wegbereiter des Kommunismus in Anspruch nehmen können und der wir deswegen in der Vorgeschichte unserer Partei den gebührenden Platz einräumen müssen. Jener bornierte Hochmut, der aus Erbitterung über die heutige Sozialdemokratie das alles negiert und verunglimpft, erweist damit nicht der Revolution, sondern ihren schlimmsten Feinden: den Scheidemännern, einen Dienst.

Schlußbemerkung

Wenn wir heute jene stürmischen Märzereignisse überblicken, wenn wir die Rolle der KPD überprüfen, so müssen wir sagen, daß die Partei, mit Ausnahme von Berlin und eines Teiles ihrer zentralen Leitung, getan hat, was in ihren damals noch sehr schwachen Kräften stand, und daß sie fast allwärts erreichte, was bei dem gegebenen Kräfteverhältnis zu erreichen war. Wir sind weit davon entfernt, das Stärkeverhältnis, den Einfluß der drei Parteien statisch, als unveränderlich anzusehen. Wir wissen sehr wohl, daß in solchen bewegten Zeiten sich in der Arbeiterschaft in kürzester Frist wesentliche Umgruppierungen vollziehen können. Aber eine so tiefgreifende, so umfassende Veränderung, daß die KPD die Möglichkeit gehabt hätte, vom Beginn bis zum Ende der Kämpfe ihren Einfluß so zu steigern, daß sie die Arbeitermassen zur Aufrichtung der Räterepublik hätte führen können, halten wir auch unter den allergünstigsten Voraussetzungen für ausgeschlossen. Das beweist am besten das Stärkeverhältnis, das die Wahlen vom 6. Juni 1920 auch in den Bezirken offenbarten, wo die Kommunisten vom ersten Augenblick der Bewegung an durchaus zielklar und energisch gehandelt haben. Das zeigt auch ein Blick auf das organisatorische Stärkeverhältnis der Parteien, das ziemlich zuverlässige Schlüsse zuläßt auf das Vertrauen, das die einzelnen Parteien damals in der Arbeiterschaft besaßen. Der Spartakusbund hatte im ganzen Reich damals hochgerechnet 50 000 Mitglieder, wovon noch der größte Teil auf durchaus nicht entscheidende Bezirke entfiel. In der SPD und in der USPD waren dagegen um jene Zeit mindestens 1 Million proletarischer Mitglieder organisiert. In den Gewerkschaften, die damals über 8 Millionen Mitglieder zählten und im Zenit ihrer Macht standen, waren die Kommunisten fast ohne jeden Einfluß.

Dennoch ist unseres Dafürhaltens unverkennbar, daß die Partei ohne die in Berlin gemachten groben Fehler die Möglichkeit gehabt hätte, die weitere politische Entwicklung auf eine Bahn zu drängen, wo sie zwangsläufig zu neuen Kämpfen auf einer für die gereifere Arbeiterschaft viel günstigeren

Grundlage treiben mußte. Das wäre unstreitig dann der Fall gewesen, wenn eine Regierung außerhalb des Parlaments, unter Ausschaltung aller bürgerlichen Parteien zustande gekommen wäre. Eine solche Regierung war nur denkbar, wenn sie sich wenigstens zunächst auf die Arbeiterschaft stützte und folglich in der Bewaffnungsfrage der Arbeiterschaft nicht hindernd in den Weg treten konnte. Das war bei der ungeheuren Kraft, die soeben die Arbeiterschaft der Bourgeoisie demonstriert hatte, bei dem gesteigerten und noch nirgends gebrochenen Kraftgefühl der Arbeiterklasse eine objektive Unmöglichkeit, was auch die durchtriebenen, zu jedem Verrat und zu jeder Schandtat fähigen Gewerkschaftsbonzen subjektiv im Schilde führten. Man vergesse nicht, daß fast das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet in den Händen bewaffneter, kampfbereiter Arbeiter war, daß in ganz Ost-sachsen die Arbeiterräte die unbestrittene Herrschaft ausübten und daß in den Händen der mitteldeutschen Arbeiterschaft sich große Mengen von Waffen befanden. Wir behaupten, daß beim Bestehen einer von der Arbeiterschaft abhängigen Regierung die blutige Aktion des Generals Watter gegen das rheinisch-westfälische Proletariat nicht denkbar gewesen wäre, ohne daß die ganze deutsche Arbeiterklasse den Kampf aufs neue aufgenommen und ihren Klassengenossen zu Hilfe gekommen wäre. Freilich, jene Schlauberger im Lager der Reformisten und jene Kurzsichtigen im Lager der Revolution, die von der „reinsozialistischen Regierung“ eine beruhigende Wirkung, eine „Atempause“ erhofften bzw. fürchteten, wären gewiß enttäuscht worden. Unter den zugespitzten Verhältnissen, wo sich die eigenmächtigen, gerüsteten, äußerste Konterrevolution und die teilweise bewaffnete Arbeiterschaft gegenüberstanden, wäre die „sozialistische Regierung“ nicht das Ende, sondern der Beginn neuer Kämpfe gewesen. Das geht sogar aus den Einwendungen der Genossen Meyer und Radek hervor. Meyer hat in seinem Offenen Brief an die Exekutive der III. Internationale geschrieben:

„Daß die Bourgeoisie die Bildung einer solchen Regierung sofort mit dem Klassenkrieg auf allen Fronten beantworten wird.“

Und Radek begründet wider Willen diese Auffassung mit der Feststellung:

„Die Regierung würde ohne irgendwelche militärische Hilfe dastehen, vollkommen der Arbeiterschaft ausgeliefert.“

Nur weil beide, Meyer und Radek, im unvereinbaren Widerspruch mit den Tatsachen davon ausgingen, daß die Fortführung und Steigerung des Kampfes möglich war, konnten sie trotz dieser Einschätzung zu einer Ablehnung unserer Taktik kommen. Nur weil beide die konkrete Lage falsch beurteilten, konnten sie gegen die Zwischenregierung Argumente ins Feld führen, die vom revolutionären Standpunkt aus in der damaligen Situation für und keineswegs gegen das Kompromiß mit den Unabhängigen und Gewerkschaften sprachen. Zeugt es nicht für eine relative Ungefährlichkeit des erstrebten Kompromisses, wenn Genosse Meyer weiter feststellen muß:

„daß die revolutionäre Arbeiterschaft einschließlich eines großen Teiles der USP D von tiefem Mißtrauen gegen eine Koalition mit der SPD erfüllt war“?

In dieser sehr richtigen Feststellung offenbart sich eben, daß die Arbeiterschaft im März 1920, wenn auch noch nicht kommunistisch, so doch nicht mehr die Arbeiterschaft vom November 1918 war. Darin offenbart

sich, daß die deutsche Arbeiterklasse aus den opferreichen Kämpfen vom November 1918 bis zum März 1920 gelernt hatte und daß folglich der kritischen, anklagenden, sammelnden und zum Kampf rufenden Stimme der Kommunisten beim Bestehen einer Regierung aus den verräterischen Reformisten eine ganz andere Resonanz gesichert war als im November-Dezember 1918 und im Frühjahr 1919. Weil dem so war, konnte eine aus Unabhängigen und sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammengesetzte Regierung nicht eine einfache Wiederholung der Regierung der Volksbeauftragten sein. In diesen veränderten Verhältnissen lag auch die Gewähr, daß eine solche Regierung, was immer auch ihre eigenen Absichten gewesen wären, bei einer energischen, nüchternen und zielklaren Taktik der KPD ein Schritt vorwärts auf dem Weg zur Räterepublik gewesen wäre.

Damit kein Mißverständnis aufkomme, wiederholen wir: nicht in gerader Linie, nicht in dem Sinne, daß sie durch ihre Maßnahmen dazu beigetragen hätte, die Bourgeoisie allmählich immer schwächer und die Arbeiterklasse immer stärker zu machen, bis diese schließlich im Bunde mit der ärmeren Bauernschaft in der Lage gewesen wäre, der Bourgeoisie ihren Willen aufzuzwingen, die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Nein, so wird sich eine solche Regierung ganz bestimmt nicht auswirken! Ihr Verdienst am revolutionären Fortschritt hätte in einer negativen Größe, hätte darin bestanden, daß sie, obwohl abhängig von der Arbeiterschaft, nichts Ernsthaftes für diese getan, sondern sie bei jeder Gelegenheit verraten und den Arbeitern eben dadurch demonstriert hätte, daß sie von einer rotgefärbten Regierung, die nicht über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinausgeht, die es nicht wagt, die Kapitalisten samt ihrem ganzen Troß mit eiserner Faust niederzuwerfen, ebensowenig zu erwarten haben wie von einer offenen schwarz-weiß-rot oder sonstwie gefärbten kapitalistischen Regierung. Bei einer halbwegs vernünftigen und geschickten Haltung der Kommunisten konnte es in einer solchen Situation unmöglich lange dauern, bis sich in der Arbeiterschaft eine völlige Umgruppierung zugunsten der Kommunistischen Partei vollzogen hätte. Auf diese Weise wäre es möglich gewesen, in verhältnismäßig kurzer Zeit die wichtigste Voraussetzung für den siegreichen Machtkampf der Arbeiterklasse zu schaffen, nämlich: ein entscheidendes Uebergewicht der KPD über die SPD und USPD.

Der Einwand, daß die KPD-Zentrale im März 1920 einem „Phantom“ nachgejagt sei, daß sie über ein „vollkommen unwirkliches, blutloses Schemen“, über ein „Hirngespinnst“ diskutiert habe, hält keiner Kritik stand. Daran, daß die von Legien geführten Gewerkschaften in der ersten Phase, ehe Legien die Verhandlungen mit den Führern der politischen Parteien aufnahm, ernsthaft die Bildung einer „reinsozialistischen Regierung“ erstrebten — selbstverständlich aus ganz anderen Erwägungen und mit ganz anderen Absichten — kann kein Zweifel bestehen, ebensowenig daran, daß dieser Plan fürs erste an der mehr feigen als klugen, mehr bornierten als revolutionären Haltung der linken Unabhängigen scheiterte.

Es ist heute müßig, darüber zu eifern, ob an jenem Sonntag, als die Kommunisten vor die Frage gestellt wurden, noch eine reale Möglichkeit für die Bildung der „reinsozialistischen Regierung“ bestand und ob diese Möglichkeit durch die Entscheidung der Zentralemehrheit vom 22. März

vereitelt wurde. Nach den bestimmten und offiziellen Erklärungen der linken Unabhängigen mußten die kommunistischen Vertreter in jener Sitzung jedenfalls mit der realen Möglichkeit rechnen, sie mußten dazu politisch Stellung nehmen und auf gestellte Fragen antworten.

Entgegen der landläufigen Auffassung muß kräftig betont werden, daß die politische Stellungnahme der kommunistischen Vertreter in der Zentralstreikleitung vom revolutionären Standpunkt aus richtig war und daß sie die gestellten Fragen richtig beantwortet haben.

Die größten Fehler wurden bei Beginn des Kapp-Putsches durch die Ablehnung des Generalstreicks und durch die Zurückweisung der Parole: „Die Waffen in die Hände der Arbeiter“ gemacht. Ohne diese Fehler wäre die KPD nicht in eine tagelange Isolierung geraten, ohne diese Fehler hätte sie sich auch in Berlin, am entscheidenden Ort, so viel Einfluß auf die Bewegung erungen, daß ein Aufrollen der Regierungsfrage hinter ihrem Rücken unmöglich geworden wäre. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß in diesem Falle der Kapp-Putsch für die deutsche Arbeiterklasse ein anderes Ergebnis gezeitigt hätte. Da im Ernst kein Kenner der Verhältnisse die Räterepublik als unmittelbares Resultat des Kapp-Putsches in Rechnung stellen kann (dazu war die KPD zu schwach und die linken Unabhängigen zu unklar und vor allem gegenüber dem rechten Flügel zu ohnmächtig), konnte jene gewaltige Bewegung im günstigsten Falle nur mit einer Lösung enden, die in sich selbst die Bedingungen für eine weitere Entwicklung der Kämpfe und die rasche Reife der Arbeiterklasse trug: Mit einer von den Körperschaften gebildeten Regierung, die um jene Zeit die erdrückende Mehrheit der Arbeiter hinter sich hatte.

ARVID HANSEN:
DIE LOSUNG DER LABOUR PARTY
IN NORWEGEN

Die allgemeine Lage

Die kapitalistische Wirtschaft Norwegens ist gegenwärtig von einer ernststen Krise erschüttert. Die Valutasituation (unerwartet rapides Steigen der norwegischen Krone infolge amerikanischer Spekulation) zusammen mit einer Reihe anderer Faktoren hat im Wirtschaftsleben des Landes eine immer mehr zunehmende Stagnation hervorgerufen. Die Schwierigkeiten vieler Industrien, besonders der Exportindustrien, mit Ausnahme von Papier und Zellulose, wie auch die Schwierigkeiten der Staats- und Gemeindefinanzen, kommen immer schärfer zum Ausdruck. Die offizielle Ziffer der Arbeitslosen (d. h. die durch die Arbeitsvermittlungsbüros registrierten) betrug am 15. Dezember 1925 26 659. Mit der gewöhnlichen Hinzuzählung von 60 Prozent für die Gemeinden, wo es keine Arbeitsvermittlungsbüros gibt, erhalten wir als Mindestzahl der Arbeitslosen 42 042. Während der bisher schärfsten Arbeitslosigkeit, im Winter 1921—22, gab es im Dezember 1921 nach derselben Berechnungsmethode alles in allem 39 162 Arbeitslose, also 2880 weniger als in diesem Winter. Wenn man in Betracht zieht, daß diese Arbeitslosigkeit zum großen Teil schon jahrelang andauert und daß die Unterstützungsmaßnahmen seitens des Staates und der Gemeinden auf das Minimum einer schlechten Armenunterstützung reduziert worden sind, und wenn man weiter die Ausnützung dieses Zustandes zu planmäßigem Lohndruck seitens der Unternehmer feststellt (es werden Lohnkürzungen von nicht weniger als 25 Prozent gefordert), so erhält man ein Bild davon, was diese Krise für die Mehrheit der norwegischen Arbeiterklasse bedeutet.

Das Bürgertum steht vor der Wahl, ruhig zuzusehen, wie die ökonomische Grundlage seiner Machtstellung allmählich verschwindet, und das Risiko einer vollständigen Stagnation des kapitalistischen Wirtschaftslebens hinzunehmen, oder aber die Kräfte zu vereinigen zu einem breiten Frontalangriff gegen die Arbeiterklasse, in dem Unternehmertum, Staatsmacht und Gemeinden gemeinsam zwecks einer gewaltigen Senkung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse vorgehen, um dadurch eine neue Grundlage der Stabilisierung des Kapitalismus und der Vermehrung der kapitalistischen Profite zu erreichen. Die norwegische Arbeiterklasse steht einer verschärften Offensive des Kapitalismus gegenüber. Ein breiter Vorstoß gegen die gegenwärtigen Löhne der Industriearbeiter wird, wie erwähnt, in Angriff genommen. Im offenen Widerspruch mit dem klaren Wortlaut der Tarifverträge wurden Lohn- und Akkordreduktionen schon vor der Tarifrevision durchgeführt. Dieser Lohndruck wird durch die nachgiebige Haltung eines Teils der Gewerkschaftsbürokratie indirekt unterstützt, indem z. B. der Präsident des Gewerkschaftsbundes am 8. Oktober 1925 über Lohnreduktion

mit „Garantien der Arbeit“ öffentlich in einer solchen Weise sprach, daß seine Erklärung für die Linie der Lohnreduktion ausgenützt werden konnte und auch tatsächlich ausgenützt worden ist.

Die Offensive des Kapitals nimmt aber auch andere Formen an, als Kündigungen, Stilllegungen und Lohndruck. Es wurden ernste Angriffe gegen die sozialen Reformen gerichtet, die das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe der Arbeiterschaft sind (Hausmieterschutz, Alterspension, unentgeltliche Schulmaterialien usw.). Das Lebensniveau der Arbeiterklasse wird auch durch die reaktionäre Zoll- und Steuerpolitik herabgesetzt. Neue Vorstöße gegen die sozialen Reformen sind zu erwarten, so z. B. durch die bevorstehende Revision des Arbeiterschutzes (Untergrabung des Achtsturentages). Dazu kommt noch eine verschärfte Offensive gegen die proletarischen Massenorganisationen. Durch Streikverbot für die Staatsangestellten, neue Zuchthausgesetze zum Schutz der Streikbrecher usw. soll der Streik als Klassenkampf-Waffe den Arbeitern aus den Händen geschlagen werden. Ein neues Zwangsschiedsgericht gegen die Gewerkschaften ist in Vorbereitung, wenn es auch vielleicht in diesem Jahre nicht zur Durchführung gelangt.

Ein Glied in der Kette der kapitalistischen Offensive ist auch die Liquidierung der Selbstverwaltung der Gemeinderäte. Die Möglichkeiten der Ausnützung gewisser Machtpositionen in diesen Körperschaften werden immer mehr durch die reaktionäre Diktatur der Staatsorgane und der Banken eingeengt. Durch willkürliche Eingriffe der bürgerlichen Staatsmacht werden die Gemeinden daran gehindert, die finanziellen Dispositionen zu treffen (Anleihen usw.), die zur Aufrechterhaltung der sozialen Reformen und zur Durchführung einer einigermaßen proletarischen Politik in der Erwerbslosenfrage, in Wohnungs- und Steuerfragen notwendig sind.

Charakteristisch für die politische Lage in Norwegen war der verfrühte Vorschlag des Vaterlandsvereines (faschistische Propagandaorganisation), die Regierung solle die Existenz und die Tätigkeit der KPN und der NAP ohne weiteres verbieten. In einem offiziellen Schreiben an die Regierung verwies der Vaterlandsverein darauf, daß in „Finnland, Italien, in den USA die Kommunistischen Parteien als revolutionäre Parteien aufgelöst worden sind“. Diese Aktion war natürlich an sich eine kolossale politische Dummheit, erstens wegen des Zeitpunktes (unmittelbar vor den Gemeindevahlen), zweitens wegen der öffentlichen Form, und drittens wegen des taktischen Fehlers des Vorstoßes gegen die NAP, deren Führer die klügeren Köpfe der Bourgeoisie auf ihre Seite der Barrikade hinüberzuziehen bestrebt sind. Der damalige liberale Staatsminister Mowinckel sah sich gezwungen, von dieser öffentlichen Forderung abzurücken, und einige bekannte Intellektuelle haben den Vaterlandsverein unmittelbar darauf verlassen, wodurch diese Organisation, die schon früher im offenen Kampf aus den Arbeitervierteln Oslos herausgeworfen wurde, noch bedeutend mehr diskreditiert worden ist. Trotz des Mißlingens ist diese Aktion interessant und charakteristisch als eine „ultralinke“ Abweichung von der allgemeinen Aktionslinie der norwegischen Bourgeoisie, die den Zweck hat, die proletarischen Organisationen zu lähmen und den proletarischen Klassenkampf unter

allerlei Vorwänden zu ersticken, wobei die Bourgeoisie aber ganz gut verstanden hat, daß es ungeschickt ist, gegen die NAP in dieser Weise vorzugehen.

Welche Mittel hat die Arbeiterklasse, um sich gegen diese verschärfte bürgerliche Reaktion zu wehren? Erstens die Ausnützung der vereinigten Macht der Gewerkschaften, ihre Unterstützung durch die Arbeiterausschüsse, Aktionsausschüsse und durch die Bildung der Einheitskomitees zum Kampf gegen Lohndruck, Arbeitslosigkeit und Teuerung, zum Kampf gegen die Reaktion in Staat und Gemeinde. Zweitens die Mobilisierung der Arbeitslosen, der Obdachlosen und der proletarischen Hausfrauen zur Verteidigung ihrer Existenz. Drittens die Ausnützung der kommunalen Machtpositionen und überhaupt die parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiterklasse in Verbindung mit ihren politischen Parteien. Viertens die Mobilisierung der von der Krise ebenfalls betroffenen Landarbeiter, Kleinbauern und Fischer zum Kampf in gemeinsamer Front mit den städtischen Arbeitern und Angestellten. Das Problem des erfolgreichen Defensivkampfes der norwegischen Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Lage ist ohne Zusammenfassung und volle Ausnützung aller dieser Faktoren nicht zu lösen. Die Zusammenfassung aller Kräfte kann nur auf einem breiten Arbeiterkongreß erfolgen, der von der am meisten autoritativen Organisationsinstanz, d. h. von dem Gewerkschaftsbund einberufen wird. Der Arbeiterkongreß in Permanenz, der organisatorische Ausdruck und die Vermittlung der einheitlichen Aktion aller Arbeiterorganisationen, das ist für Norwegen die Labour Party, deren Aufrichtung von der KP Norwegens vorgeschlagen wird.

Die übergroße Mehrheit der norwegischen Arbeiter will die Einheit. In diesem Falle können die Kommunisten nicht „gegen den Strom“ schwimmen. Man könnte verschiedene Alternativen aufstellen für die Verwirklichung der Einheit: Einheitskomitees, permanentes Aktionskomitee des Arbeiterkongresses oder die Form der Labour-Party. Aber man kann nicht bestreiten, daß der Drang der Arbeitermassen zur Einheit in der Linie des Klassenkampfes liegt und keine reaktionäre Erscheinung ist. Man kann nicht bestreiten, daß es eine Aufgabe der KP ist, diesem Drang in entsprechender Form entgegenzukommen.

Dazu kommen noch die Konsequenzen der internationalen Lage, der Locarnopolitik. Schon längst wurde in reaktionären Kreisen von einem „nordischen Locarno“ gesprochen. Der finnische Vorschlag richtete sich offen gegen Sowjetrußland. Die sozialdemokratischen Regierungsparteien in Schweden und Dänemark erklären dazu: kein nordisches Locarno ohne Sowjetrußland; dasselbe sagen die norwegischen Liberalen und sogar ein Teil der schlimmsten faschistischen Konservativen. Vielleicht steckt in dieser Stellungnahme ein Manöver, ähnlich wie im Falle der Einladung zum Völkerbund. Jedenfalls ist festzustellen, daß Skandinavien besonders nach den Ereignissen bei der letzten Völkerbundsitzung in Genf auch in der internationalen Politik eine gewisse Rolle spielt, wie längst bewiesen ist, daß Skandinavien in den Bestrebungen zur Verwirklichung der internationalen Gewerkschaftseinheit eine Rolle spielt. Vom internationalen Standpunkt betrachtet, haben solche neue Methoden und Wege, wie die skandinavischen

Arbeiterdelegationen, die vorgeschlagene Gründung einer Labour Party in Norwegen usw. den Sinn einer Umgruppierung der Kräfte der skandinavischen Arbeiterbewegung zum Schutz gegen die Offensive des Kapitals und zur Eingliederung breiter skandinavischer Arbeitermassen in die internationale rote Klassenfront gegen die reaktionäre Politik des Völkerbundes.

Die Entwicklung in England, die tschechoslowakischen Wahlen, die erfolgreiche Kampagne der KPD für die Fürstenenteignung u. a. m. sind Anzeichen dessen, daß die internationale Arbeiterbewegung einen Schritt vorwärts macht. Langsam vollzieht sich ein tiefgehender Umschwung in der politischen Orientierung der westeuropäischen Arbeitermassen. Die klügsten Führer der Sozialdemokratie, die diese Entwicklung ziemlich klar sehen, fangen schon an, über Sowjetrußland in einer ganz neuen Sprache zu sprechen. Die rechten Amsterdamer befinden sich fortwährend in einem Zustand moralischer Schwäche. Die Positionen der Bourgeoisie in der internationalen Arbeiterbewegung sind bedeutend geschwächt.

In Uebereinstimmung mit dieser allgemeinen Linie der Entwicklung der letzten Jahre ist festzustellen, daß die Reaktion in der norwegischen Arbeiterbewegung ihre besten Tage schon gesehen hat. Die reaktionäre Strömung kulminierte auf der Kopenhagener Konferenz der skandinavischen Gewerkschaften im Dezember 1924 und mit der ökonomischen Reichskonferenz zwischen Gewerkschaftsbund, Bourgeoisie und Regierung in Norwegen im Februar 1925. Dann kam der immer stärker werdende Gegenstrom. Die einstimmigen Kongreßbeschlüsse des Gewerkschaftsbundes für die internationale Gewerkschaftseinheit, für die anglo-russischen Bestrebungen und gegen das Arbeitsamt des Völkerbundes in Genf, die Gewerkschaftsdelegation nach Rußland, die Auseinandersetzungen in den Reihen der NAP in der Frage des Verhältnisses zu Sowjetrußland, in der Frage der Steinberg-Balabanova-Internationale usw., die Neuorientierung breiter Arbeitermassen gegenüber Sowjetrußland, — all dies sind sichere Anzeichen, daß die Reaktion im Rahmen der Arbeiterbewegung, die im Jahre 1923 zum Bruch einer Mehrheit der NAP mit der Komintern geführt, ihren Höhepunkt überschritten hat, und daß sich bei den norwegischen Arbeitern ein ideologischer Umschwung vollzieht, der seine objektiven Voraussetzungen im Verfall des Produktionsprozesses hat, in der verschlechterten Lebenslage breiter Arbeiterschichten, in der täglichen Bedrohung der ökonomischen Existenz der arbeitenden Massen, wie auch in dem gleichzeitigen gewaltigen Wachstum der Sowjetunion und dem Wachstum der revolutionären Kräfte im Osten und der linken, sowjetfreundlichen Gewerkschaftsorientierung in England. Natürlich darf man auch nicht die wichtige Rolle übersehen, die die KPN trotz mancher Fehler und Schwächen bei der Schaffung und Vertiefung dieser linken Orientierung der norwegischen Arbeiterklasse gespielt hat.

Die historischen Traditionen

Wie steht die Frage der LP vom Standpunkt der Tradition der norwegischen Arbeiterbewegung?

Die norwegische Arbeiterpartei (oder wie sie ursprünglich hieß: Vereinigte Norwegische Arbeiterpartei) war von der Gründung 1887 bis 1920

eine Art Labour Party. Die Partei war eine Zusammenfassung von kollektiv angeschlossenen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Vereinen, in deren Händen die ideologische und politische Leitung konzentriert war, ungefähr so wie in England in den Händen der ILP. Die Gewerkschaften waren Gegner der indirekten Steuer (Zölle). Sie wollten den Zehnstundentag. Um solche Arbeiterforderungen durchzusetzen, verlangten sie das allgemeine Wahlrecht. Das erste Programm der NAP vom Gründungsjahre enthielt kein Wort über Sozialismus. Die Statuten waren nicht nur Statuten einer politischen Partei, sondern ebenso Statuten eines Gewerkschaftsbundes. Es hieß dort:

„Sobald ein Verein in einem bestimmten Bezirk einen Streik in dem Bezirk beschlossen oder anerkannt hat, sollen die entsprechenden Vertreter sofort, bis die Arbeit eingestellt wird, dem Zentralvorstand einen Bericht zustellen, mit genauen Angaben der Ursachen wie auch des Umfangs der eventuellen Arbeitseinstellung, samt Nachrichten über die zwecks friedlicher Lösung geführten Verhandlungen. Der Zentralvorstand soll dann die erhaltenen Angaben und Mitteilungen sofort an sämtliche Vertreter und Vereine innerhalb der Partei senden und diesen Mitteilungen einen Aufruf zur Einsendung von Geldbeiträgen zur Unterstützung des Streiks heigeben. Weiter soll der Zentralvorstand mit allen Kräften die der Partei zur Verfügung stehenden Zeitungen zur Unterstützung des Streiks ausnützen. Eine örtliche Gewerkschaft, die sich den zentralisierten Gewerkschaften (Gewerkschaftskartell) nicht angeschlossen hat, braucht die Gutheißung des lokalen Arbeitervereins oder, wenn ein solcher nicht vorhanden ist, des Zentralvorstandes, damit der Streik als ein anerkannter Streik betrachtet werden kann.“

Der norwegische Gewerkschaftsbund wurde erst 1899 gegründet. Auch die gewerkschaftlichen Berufsverbände waren in den achtziger und neunziger Jahren ziemlich schwach. Eine klare Scheidelinie zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung gab es in dieser ganzen Periode nicht. Die NAP hatte im Bereich der rein politischen Forderungen und Aktionen fast keine Erfolge. Es gab noch eine ziemlich starke liberale „linke“ Arbeiterbewegung, und die liberale „linke“ Partei verstand es, rechtzeitig Zugeständnisse an die Arbeiterschaft zu machen. Die sozialen Fragen wurden durch die immer schärfer werdenden Kämpfe in der nationalen Frage (Befreiung von schwedischer Vormundschaft) in den Hintergrund gedrängt. Noch bei den Wahlen 1901 erhielt die NAP nur 7013 Stimmen im ganzen Lande. Unter diesen Umständen war die gewerkschaftliche Betätigung der Partei ihr größtes Aktivum. Die NAP funktionierte tatsächlich als ein den damaligen Verhältnissen entsprechender Gewerkschaftsbund, sie leitete Streikbewegungen, vertrat manchmal die Arbeiterschaft bei Verhandlungen mit Unternehmern, sie wandte sich in Fällen von Zwistigkeiten verschiedener Art an die Fabrikdirektionen wie auch an den Staat, sie führte Pressekampagnen in allen gewerkschaftlich-ökonomischen Angelegenheiten usw. und verstand es recht gut, diese gewerkschaftliche Rolle zur Festigung des Einflusses und der Macht der Partei auszunützen. Im Jahre 1896 wurde z. B. beschlossen, daß kein Streik mit der Unterstützung der Partei rechnen kann, „falls das Kampfobjekt nicht vorher dem Parteivorstand vorgelegt und der Streik von ihm gebilligt wurde.“ In den neunziger Jahren trug der Parteitag der NAP zu 60 bis 70 Prozent den Charakter eines Gewerkschaftskongresses. In dieser Periode verwurzelte sich die NAP in den Reihen der gewerk-

schaftlich organisierten Arbeiter. Das Wachstum der Partei ging parallel mit dem Wachstum der Gewerkschaften. Schon im Jahre 1893 waren 42 Gewerkschaftsvereine und nur acht politische Vereine auf dem Parteitage vertreten.

In der Periode 1899 bis 1919 ist die Mitgliederzahl der NAP von 12 000 auf 110 000 gestiegen. Die Partei konzentrierte sich immer mehr auf dem Gebiete der parlamentarischen Tätigkeit. Politische Faktoren waren in dieser Periode außer den sozialdemokratischen Vereinen, die immer mehr die Zentren des Reformismus und Revisionismus wurden, die sozialistische Jugendbewegung (von 1903) und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition (von 1911), die sich im gemeinsamen Kampfe gegen die reformistische Richtung verbunden und im Jahre 1918 die Mehrheit der NAP erobert hatten. Erst in Zusammenhang mit den Moskauer Thesen von 1920 führte der Differenzierungsprozeß zur organisatorischen Spaltung. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde als Minderheitspartei im Frühjahr 1921 gegründet. Die Mehrheit der NAP blieb unter besonderen Bedingungen (Reserven) der KI angeschlossen. Im November 1923 kam die zweite, viel tiefer gehende Spaltung der politischen Arbeiterbewegung. In Zusammenhang mit den bekannten Differenzen Tranmaels mit der Komintern brach die Mehrheit der NAP mit der KI. Im Anschluß daran erfolgte die Bildung der KP Norwegens.

Um diese Spaltungen richtig einzuschätzen, muß man verschiedene Faktoren berücksichtigen. Tranmael hat die allgemeine reaktionäre Strömung in den Jahren 1922 bis 1923 gegen die KI ausgenützt. Der Hunger an der Wolga hat bei vielen Arbeitern den Enthusiasmus für die russische Revolution getötet. Die norwegische Kominternfraktion hatte durch ihr politisches Auftreten (Schiedsgerichtsgesetz, opportunistisches Lavieren bezüglich der Parole Arbeiter- und Bauernregierung usw.) Tranmael die Möglichkeit gegeben, auf einer „linken“ Plattform zu kämpfen. Dazu kam noch die kollektive Organisationsform, die Unklarheit der Massen in wichtigen prinzipiellen, und taktischen Fragen der KI (demokratischer Zentralismus, Religionsfrage, Einheitsfronttaktik usw.) sowie die nicht unwichtige Tatsache, daß bei der ersten Parteispaltung nur die äußerste Rechte der sozialdemokratischen Elemente von der NAP Abschied nahm. Dies ist durch die betriebene Einheits- und Einigungspolitik des herrschenden linken Blocks in der NAP zu erklären. Ein Redakteur dieser Partei konnte öffentlich schreiben, daß Liebknecht und Rosa Luxemburg als Schädlinge der Arbeiterbewegung für ihre Taten mit Recht gefallen waren, und doch ruhig auf seinem Posten sitzen bleiben. Denn der traditionelle Föderalismus der NAP kannte fast keine Grenzen. Derselbe Redakteur stimmte auf dem Parteitag 1920 für die kautschukartigen revolutionären Resolutionen des linken Blocks, der nunmehr zu einem Block mit Lian u. Co. wurde. Der Zweck dieser Politik war die Wahrung der formalen organisatorischen Einheit um jeden Preis, die Vermeidung des organisatorischen Bruches mit den Reformisten. Die besten Führer der damaligen Linken haben sich von der Illusion, man könne die Struktur und den politischen Charakter einer Labour Party mit der Mitgliedschaft dieser LP als solcher in der Kommunistischen Internationale vereinigen, zu spät freigemacht.

Wie ist das gegenwärtige Bild der norwegischen Arbeiterbewegung? Die NAP ist immer noch auf den kollektiven Anschluß der Gewerkschaftsvereine basiert, hat aber seit 1919 die Mehrheit der Gewerkschaften verloren. Laut ihrer eigenen offiziellen Statistik hat die NAP etwa 44 000 Mitglieder. Das bedeutet, daß sie nicht über 30 000 Gewerkschaftsmitglieder in ihren Reihen zählt. Die beiden Minderheitsparteien, die Sozialdemokraten und die Kommunisten, zählen zusammen kaum über 15 000 Gewerkschaftsmitglieder. Der Gewerkschaftsbund zählte per November 1925 97 812 Mitglieder. Dazu kommen einige kleinere Gewerkschaftsverbände und Vereine, die gegenwärtig außerhalb des Bundes stehen, insgesamt mindestens 110 000 Mitglieder. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß sich die organisatorischen Beziehungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu den politischen Arbeiterparteien nach den Spaltungen wesentlich geändert haben. Im Jahre 1919 waren im Gewerkschaftsbund 147 000, in der NAP 110 000 Arbeiter. Ende 1925 waren von 110 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern höchstens 45 000 politisch organisiert. Diese Tatsachen beruhen nicht auf einem politischen Indifferentismus der norwegischen Arbeiterbewegung. Das politische Interesse und die politische Aktivität der Gewerkschaften war in keinem Lande größer. Die Gewerkschaften sind daran gewöhnt, alle politischen Fragen zu behandeln: soziale Reformen, Valutafragen, Fragen der Klassenjustiz, internationale Fragen. In der letzten Zeit beteiligte sich z. B. der Gewerkschaftsbund aktiv bei der Chinahilfe und in der Racosi-Aktion. Die Abschwenkung der Gewerkschaften von den politischen Arbeiterparteien beruht auf den Spaltungen und den Kämpfen der verschiedenen Fraktionen untereinander.

Die politische Zersplitterung der Kräfte der norwegischen Arbeiterbewegung und die Haltung der Reformisten und Pseudo-Revolutionäre, wie Tranmael u. Co., hat die Arbeiterklasse in vielen wichtigen Fällen daran gehindert, einheitliche politische Aktionen durchzuführen; sie hat auch die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Wirkungskreis eingengt. Die letzten Gemeindewahlen waren nicht so sehr eine Niederlage der KPN gegenüber den anderen Arbeiterparteien als eine Niederlage der gesamten norwegischen Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie. Infolge der Spaltungen konnte die große moralische und finanzielle Kraft der Gewerkschaften bei den Wahlen nicht ausgenützt werden. Die Positionen der kommunalen Macht, die für die Arbeiterklasse für den Kampf mit dem Unternehmertum und dem Bourgeoisstaat hätten erobert werden können, fielen nochmals in die Hände der Bourgeoisie.

Die Perspektiven der LP in Norwegen

Die hier erwähnten Entwicklungstendenzen wie auch die verschärfte Wirtschaftskrise sprechen gegen die Auffassung, daß eine LP in Norwegen eine reaktionäre Politik vertreten würde. Starke reformistische Strömungen werden gewiß zur Geltung kommen. Der parlamentarische Kretinismus glaubt in der LP einen geeigneten Boden finden zu können. Einige reformistische Gewerkschaftsführer glauben durch die Bildung einer LP die scharfe Kritik der Kommunisten wie auch anderer revolutionärer Elemente loszuwerden und im parlamentarischen Sinne eine politische Rolle spielen zu

können, während sich manche ehrliche revolutionäre Arbeiter immer noch zum Projekt der LP kalt und skeptisch verhalten. Dieser Skeptizismus wird noch durch das verschärfte Hervortreten liquidatorischer Strömungen in den Reihen der KP (die durch offene liquidatorische Vorstöße signalisiert wurden) gestärkt. Die KI ist sich über die reformistischen und liquidatorischen Gefahren klar. Trotz aller Gefahren gibt aber die Linie der LP reale Möglichkeiten der Eroberung der Arbeitermassen für den revolutionären Klassenkampf.

Welche Kräfte werden sich voraussichtlich dieser Losung anschließen? Außer der KPN ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, ein vorläufig verhältnismäßig kleiner Teil der NAP und ein Teil der parteilosen Gewerkschaftler. Da die Parteilosen die Mehrheit des Gewerkschaftsbundes ausmachen, bestehen reale Möglichkeiten zur Gründung der LP auf Grund einer wachsenden Einheitsstimmung in den Gewerkschaften. Eine organisatorische Initiative zur Einberufung eines Arbeiterkongresses (LP-Kongresses) im Laufe dieses Jahres ist nicht ausgeschlossen, wenn auch wenig wahrscheinlich. In der Praxis hängt das natürlich von dem Tempo der Kräftegruppierung für die LP in den gewerkschaftlichen Zentren ab, von dem Schicksal des Projekts eines „Sammlungskongresses“ der Tranmaeliten, von der Aktivität der KP unter den parteilosen Massen, von der Haltung der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen, von dem Erfolg der Bestrebungen zur Aufrichtung eines Bürgerblocks usw., und auch von der Politik der neuen konservativen Regierung. Es muß auch mit Rückschlägen auf dieser Linie gerechnet werden. Die Spitzenverhandlungen des Gewerkschaftsbundes mit den drei Arbeiterparteien über die Frage der politischen Sammlung sind einstweilen gescheitert. Besonders in der Hauptstadt, wo über die Hälfte der tranmaelitischen Gewerkschaften konzentriert ist, ist eine schroffe Wendung zugunsten der Parole der Labour Party kaum vorauszusehen. Selbst in Oslo stehen aber die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder außerhalb der NAP. Und diese Hälfte ist selbstverständlich prinzipiell für diese Parole viel leichter zu gewinnen als die Mitglieder der NAP. Es kann jedoch festgestellt werden, daß schon heute einige aktive Elemente der NAP der Idee der LP unter der Voraussetzung sympathisch gegenüberstehen, daß sie die LP als eine Brücke zur Wiedervereinigung mit der revolutionären Weltbewegung, mit der Komintern, betrachten. Diese Strömung wird durch den nunmehr allen offenbaren Zusammenbruch der Steinberg-Internationale (2½ Internationale), wie auch durch die neubelebte Rußland-Orientierung der Gewerkschaften gestärkt. Von großer Bedeutung ist auch die Initiative der Kommunisten zur Bildung von lokalen Einheitskomitees.

Bei dieser Lage trachtet Tranmael danach, die NAP zum Mittelpunkt der politischen Einheitsbestrebungen zu machen, so wie er es auch verstanden hat, aus den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses zur Einheitsfrage politische Profite herauszuschlagen. Tranmael will beweisen, daß die beiden anderen Arbeiterparteien bei den Wahlen geschlagen worden sind, daß sich die Arbeiter immer mehr um die NAP scharen. Tatsache ist aber, daß die Arbeiter bezirksweise, mit wenigen Ausnahmen, der größten Arbeiterpartei folgen: in Oslo der NAP, in Bergen der KPN, in Oestfoll und Westfoll der Sozialdemokratie. Die KPN ist etwas zurückgegangen, die sozialdemokratische Ar-

beiterpartei hat sich gewissermaßen stabilisiert. Die Einheitsdemagogie Traumaels, der sich den sozialdemokratischen Arbeitern annähert, hat gewisse Aussichten auf organisatorische Erfolge, besonders im Falle einer Verzögerung der Bildung der LP. Die Forcierung der Bildung der LP würde vom revolutionären Standpunkt aus am vorteilhaftesten sein. Die Gründung einer LP während der gegenwärtigen Krise, zur Vereinigung der proletarischen Kräfte gegen die ernstesten Angriffe der Bourgeoisie auf allen Gebieten, wäre etwas ganz anderes, als die Bildung einer LP in unmittelbarer Verbindung mit den neuen Parlamentswahlen im Jahre 1927. Das Selbstvertrauen und der Kampfesmut der Arbeiterklasse würde durch die Ueberwindung der organisatorischen Zersplitterung gesteigert werden, die Arbeiterklasse würde nicht nur Kämpfe führen, sondern erfolgreiche Kämpfe führen können, die objektiv die Verhinderung der dauerhaften Stabilisierung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse bedeuten würde. Dadurch würde ein viel günstigerer Boden für die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterbewegung entstehen. In einem solchen mehr optimistischen Milieu der Arbeiterbewegung würden auch bessere Bedingungen für jene Neuverteilung der Basis und der Einflußsphäre zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus heranwachsen, aus denen die Bildung einer breiten kommunistischen Massenpartei durch die Verschmelzung des linken Flügels der NAP mit der KPN hervorgehen könnte.

MALETZKY:
REVUE DES REVUES
(„Gesellschaft“, „Kampf“, Die Arbeit“.)

Woytinsky befaßt sich in einem interessanten Artikel* mit der Frage der Wirtschaftskrise und Lohnpolitik.

Die Kampagne gegen den Achtstundentag und die zu hohen Löhne als Bestandteil der Herabsetzung der Produktionskosten im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit Europas mit Amerika auf den überseeischen Märkten hätte nur dann Berechtigung, wenn der Nachweis gelänge, daß die europäischen Arbeiter im Verhältnis zu den Arbeitern der überseeischen Länder zu hoch bezahlt werden und zu wenig leisten. Den Versuch, dies nachzuweisen, machte Hermann Levy. Aber dieser Versuch scheitert vollständig.

Zuerst die Länge des Arbeitstages. Die Vereinigten Staaten haben die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens (Achtstundentag) abgelehnt. Nun aber ist dessenungeachtet der Arbeitstag in den Vereinigten Staaten kürzer als in irgend einem anderen Lande Europas.

Im Mai 1925 betrug die wöchentliche Arbeitszeit der organisierten Arbeiter in den Vereinigten Staaten:

44 Stunden und weniger für 68 Proz. der Arbeiter				
44 bis 48 Stunden	„ 3	„	„	„
48 Stunden	„ 18	„	„	„
über 48 Stunden	„ 11	„	„	„

Woytinsky weist darauf hin, daß seitdem in einer Anzahl von Industrien die Arbeitszeit noch weiter reduziert wurde. In Australien hat schon im Jahre 1914 die Arbeitszeit 49 Stunden pro Woche nicht überschritten. Ebenso in Kanada, in Neuseeland, in der Sowjetunion mit dem Achtstundentag und anderen Ländern. So steht die Sache mit der Arbeitszeit. Wenn wir jetzt an den Arbeitslohn herangehen, wird das Bild noch klarer und der Lug und Trug in der ganzen kapitalistischen Offensive noch durchsichtiger. Will man den Durchschnittsreallohn der amerikanischen Arbeiter mit dem europäischen vergleichen, so gelangt man zu folgenden Ergebnissen.

Setzt man den Arbeitslohn in den Vereinigten Staaten gleich 100, so kommt die Höhe der europäischen Löhne in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

Vereinigte Staaten	100	Belgien	32
Kanada	81	Spanien	30
Australien	76	Tschechoslowakei	29
Großbritannien	54	Polen	28
Dänemark	53	Italien	27
Holland	46	Oesterreich	26
Norwegen	45	Estland	21
Schweden	40	Portugal	17
Deutschland	34		

Aus dieser Tabelle wird klar, welche Kluft vorhanden ist zwischen den Löhnen in den Vereinigten Staaten und in Europa. Die Kapitalisten machen einen Riesenlärm mit den „sozialen Belastungen“, die angeblich kolossal die Produktionskosten belasten. Mit Recht sagt nun Woytinsky, wenn man sogar noch 10 Prozent für die „sozialen Belastungen“ zu den europäischen Arbeitslöhnen hinzufüge, so ergebe sich doch, daß die der Industrie aus

* „Die Gesellschaft“, Februarheft 1926, S. 97 ff.

der Bezahlung der Arbeitskraft erwachsenden Lasten in den genannten Ländern sich auf etwa 30 bis 40 Prozent der entsprechenden Lasten der Industrie der Vereinigten Staaten belaufen.

Demgegenüber fragt Woytinsky:

„Wenn das noch nicht ausreicht, damit die überseeischen Zollwände überwunden werden, wie hoch mag dann die Herabsetzung der Produktionskosten zu Lasten der Arbeiterschaft sein, die eine im Interesse der europäischen Wirtschaft gelegene Handelspolitik ermöglichen soll! Es scheint, als ob sie eine Degradierung der europäischen Arbeiter zum Range des chinesischen Kulis zur Voraussetzung haben müßte.“

Jawohl, wir können die Frage Woytinskys nur in diesem Sinne beantworten. Der Feldzug des europäischen Kapitalismus wird letzten Endes eine derartige Degradierung des Arbeiters bedeuten, daß nicht einmal der chinesische Kuli mit dem europäischen Arbeiter seinen Platz wird tauschen wollen.

Woytinsky weist nach, daß im Grunde genommen es sich für die europäische Wirtschaft in erster Linie gar nicht um die überseeischen Märkte handelt. Denn es ist auch jetzt noch Europa, das für Europa als Absatzmarkt das Bedeutsamste ist. Wir sehen z. B. in Deutschland, daß die deutsche Ausfuhr in erster Linie unter dem Zusammenschrumpfen der europäischen Märkte zu leiden hat. Und weiter, es ist eben das Sinken des Lebensniveaus der breiten Massen in Europa, die verminderte Kaufkraft der breiten Massen, die in erster Linie daran schuld sind, daß der Absatz derartig zurückging, und da kommen nun die Kapitalisten mit ihrem wahnsinnigen Feldzug gegen den Arbeitslohn und Arbeitstag. Will man eine Ermäßigung der Produktionskosten, so ist sie nur auf der Rationalisierung, der Standartisierung zu suchen und zu erreichen.

Man muß, führt Woytinsky aus, auf die Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung und hohe Löhne hinsteuern.

Freilich, würde man Woytinsky die Frage stellen, wie dies zu erreichen ist, so bliebe er uns die Antwort schuldig.

Er will eine Vereinigung Europas, er will Konferenzen der Internationale u. a. mehr, sieht aber nicht, daß die II. Internationale und die Amsterdamer mit Entzücken vom Dawes-Plan sprechen und gar nicht daran denken, einen konkreten Kampf gegen die kapitalistische Offensive zu führen. Ueberhaupt ist die Stärke Woytinskys die Sichtung, Gruppierung und Analyse des statistischen Materials; sowie er an die politischen Verallgemeinerungen, die aus den statistischen Daten folgen, herantritt, versagt er fast immer.

Dieselben Probleme streift auch Spliedt in seinem Artikel über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit im Januarheft „Die Arbeit“. Er sieht den Umfang der Krise, er weiß, daß über 2 Millionen Arbeitslose dem Hunger geweiht sind. Er weiß aber zu trösten. Er sagt:

„Trotz der ungewissen und drohenden Zukunft ist es falsch, aus den augenblicklichen Zahlen übertrieben düstere Schlußfolgerungen für die deutsche Volkswirtschaft zu ziehen oder gar von einer unausweichlichen Katastrophe zu reden.“

Warum ist das nur augenblicklich, was jetzt in Deutschland vorgeht? Spliedt sucht sich zu trösten, indem er den Außenhandel Deutschlands betrachtet. Er sieht in den letzten Monaten des Jahres 1925 eine Abnahme der Passivität der Handelsbilanz, vergißt aber, daß sie doch im großen und ganzen für das Jahr 1925 eine enorme Passivität aufzuweisen hat. Er vergißt aber noch eins, daß die Vorkriegsbilanz Deutschlands zwar auch eine passive Handelsbilanz, daß sie aber eine aktive Zahlungsbilanz hatte. Und woher soll Deutschland jetzt eine aktive Zahlungsbilanz hernehmen? Wenn Spliedt darauf hinweist, diese deutsche Krise muß und soll eine Reinigungs-krise werden:

Hinter ihr steht der starke Zwang,“ sagt er, „zur Rationalisierung, zur Steigerung der Produktivität, zur Ausscheidung des Ueberflüssigen.“

Gesetzt, es wäre dem so, dann wirft sich sofort die Frage auf, nun, wenn die deutsche Wirtschaft gereinigt, gefestigt, rationalisiert vor uns steht, wenn sie also über gesteigerte

Leistungskraft verfügt, konkurrenzfähig ist usw., ist damit schon ein Absatzmarkt geschaffen, werden Amerika und andere kapitalistische Länder sich die deutsche Konkurrenz ruhig gefallen lassen. Und wird man außer dem Schutzzollsystem nicht zu anderen Mitteln greifen, um Deutschland den Weg zur Konkurrenz zu versperren? Ge-steigerte Konkurrenzfähigkeit Deutschlands bedeutet einen noch erbitterteren Kampf und stellt noch größere Schwierigkeiten in Aussicht. Das ist es, was man sehen muß, wenn man sehen will.

Wenn Spliedt, ebenso wie Woytinsky weiter behauptet:

„Die deutsche Produktion muß unter dem Zwang harter Tatsachen den Weg zur Verbilligung finden, um sich auf dem Weltmarkt durchsetzen zu können. Die Verbilligung kann und darf nicht in der Herabdrückung des Lebensstandards des deutschen Arbeiters gesucht werden. Geschähe dieses, würde Kürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit eintreten, so wäre nicht nur die deutsche Arbeiterschaft um die Erfolge eines jahrzehntelangen Ringens betrogen, sondern es wäre der Gesamtwirtschaft auf die Dauer nicht geholfen. Sie könnte für eine so verbilligte Produktion weder Absatz auf dem Innenmarkt noch auf dem Weltmarkt finden“ —

so ist das sicherlich richtig, aber es fragt sich eben, ob der Kapitalismus nach diesen Vernunfts- und Gerechtigkeitsgründen auch handelt und handeln will. Mit nichten, wir haben soeben oben bei Woytinsky gesehen, wie die Kapitalisten sich bemühen, die Verbilligung der Produktion gerade durch die Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiter herbeizuführen, denn sie betreten den leichtesten, den bequemsten Weg. Rationalisierung, Umbau, Besserung der technischen Methoden, das alles bedeutet Unkosten, die der Kapitalist nicht tragen will. Wir sehen das in England, Deutschland, Polen und überall. Die Kapitalisten kümmern und kümmern sich verteufelt wenig um den inneren Markt, um die Kaufkraft des Arbeiters, solange sie darauf rechnen, auf Kosten des Arbeiters auf dem Weltmarkt durchzudringen. Alle Beweise Woytinskys und Spliedts, mögen sie auch noch so schlagend sein, sind für die Kapitalisten leeres Gerede; nur organisierte Macht, nur der Kampf kann die Kapitalisten zwingen, einen anderen Weg, wie den, der zur Verelendung des Proletariats führt, zu betreten.

Große Sorgen bereitet der Kapitalbedarf der russischen Wirtschaft der Frau Judith Grünfeld, die sich mit diesem „Kapitalbedarf“ eingehend in der Februarnummer der „Arbeit“ befaßt. Sie hat uns ja nicht viel neues zu sagen, sie stützt sich auf russisches Material, zitiert die statistischen Angaben des statistischen Amtes, obwohl sie selber anführt, daß auf dem Parteitage diese Angaben beanstandet wurden. Sie weiß das alles, was sie von uns selber erfahren hat, denn man verheimlicht in Sowjetrußland die Schwierigkeiten nicht, die man zu beseitigen hat.

Dies ganze, fleißig aus allen Ecken herangezogene Material hat sie aber nur nötig, um einige interessante „Entdeckungen“ zu machen und der KPR einige Lehren zu erteilen.

„Die Diktatur läßt zwar, — sagt unsere Verfasserin, wie wir gesehen haben —, die Bauern politisch nicht zur Geltung kommen, die zwangsläufige wirtschaftliche Entwicklung bringt es aber mit sich, daß die Sowjetregierung von den Bauern, die das wichtigste Exportgut Rußlands, das Getreide, besitzen, geschoben wird. Ganz anders liegen die Dinge bei der angeblich herrschenden Arbeiterklasse. Die Angehörigen dieser Klasse werden nicht nur den Qualen der Arbeitslosigkeit ausgesetzt, wenn der Betrieb sie nicht länger beschäftigen kann, sondern die staatskapitalistische Großindustrie ist eifrig bestrebt, die starke Mindestleistung des abgenutzten toten Kapitals durch die außerordentliche Steigerung der Arbeitsintensität der lebendigen Arbeiterschaft wettzumachen.“

Wie wir sehen, hat unsere Autorin gehörigen Gebrauch aus dieser fleißigen Lektüre gemacht und auch manches „interessante“ erfahren und uns mitgeteilt. Denn sie selbst versteht nur das, was ihr in den Kram paßt, um, wie üblich, zu beweisen, daß es in Rußland keine Spur von Sozialismus gebe, daß es nur eine Regierung gebe, die von Bauern geschoben wird und die die Arbeiter prellt. Es heißt weiter:

„Wie man sieht, ist die Abhängigkeit der russischen Arbeiter von denen, die die Verfügungsgewalt über das Kapital haben, trotz ihrer Herrschaft im Sowjetstaat, nicht geringer als in den kapitalistischen Ländern. Die 1,9 Millionen Arbeiter, die in der staatlichen Industrie Beschäftigung finden, steigern zwar außerordentlich die Arbeitsintensität, aber sie treiben Raubbau mit ihrer Arbeitskraft, gleichgültig, ob man, was sie tun müssen, Beschäftigung mit dem Wiederaufbau dieses Grundkapitals bzw. mit dem ‚Aufbau des Sozialismus‘ nennt.“

Unsere Autorin wird ironisch und bissig. Seinerzeit pflegte man in Studentenkreisen einen Kollegen zu verulken, indem man ihm riet, er möge sich von seinem Lehrer das Lehrgeld wiedererstatten lassen, er habe ja nichts gelernt! Man ist geneigt, auch unserer Autorin dringlichst zu raten, sich nicht zu sehr in das Studium russischer Angelegenheiten zu vertiefen; es kommt bei ihr doch nichts dabei heraus als die alten Dan'schen Kombinationen von der Arbeiterschinderei in Rußland, als eine geradezu verblüffende Unfähigkeit, etwas von den Dingen, die sie untersucht, zu kapieren.

Herr Haden Guest, permanenter Sekretär der parlamentarischen Gruppe der Labour Party, äußert sich zu der wichtigsten Frage, „Britische Labour Party und Imperium“ in der „Gesellschaft“. Guest sagt:

„Die erste spontane Stellungnahme einer revolutionären Arbeiterbewegung zu dem Problem des Imperialismus ist unbedingt ein Protest gegen die Beherrschung der fremden Rassen durch die herrschende Klasse des Imperiums und das Eintreten für die Rechte der Unterdrückten. Die jüngste Aenderung in unseren Anschauungen über unsere imperiale Politik ist dadurch bedingt, daß wir jetzt nicht mehr an ein von oben her beherrschtes und deshalb von uns bekämpftes Imperium denken, sondern an ein von Labour kontrolliertes Reich, in dem wir selbst die Politik bestimmen.“

In diesen Worten haben wir das ganze Programm der offiziellen Labour Party.

In der von Guest angeführten ausführlichen Resolution, die auf der Tagung der Labour Party in Liverpool 1925 angenommen worden ist, ist der Grundgedanke die Beibehaltung des britischen Weltreiches in der jetzigen Form bei Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Bestandteile des Imperiums.

„... Engere Fühlung zwischen der englischen Regierung und den Regierungen der Dominions. . . Aufsicht über die Naturschätze des gesamten britischen Staatenverbandes. . . Bebauung des Bodens, damit die Bevölkerung des britischen Staatenverbandes in wachsendem Maße mit Nahrungsmitteln und Rohmaterialien für ihre Industrien versorgt werden kann.“

Man will weiter

„die Verwendung des Kapitals kontrollieren, damit die Rechte der Eingeborenen nicht vergewaltigt oder soziale Bedingungen geschaffen werden, die zu ihrer moralischen und wirtschaftlichen Entsittlichung führen“.

Abgesehen von den konkreten Maßnahmen organisatorischer Natur, die man vorschlägt, ist die grundsätzliche Stellung in der Kolonialfrage genau dieselbe, wie auf dem Stuttgarter Kongreß 1907. Man will die Auswüchse der Kolonialpolitik bekämpfen, nicht aber die Kolonialpolitik an und für sich. Man redet weiter von einer sozialistischen Kolonialpolitik, als ob so ein Unding möglich wäre. Man hat das alte bürgerliche Kolonialprogramm des Liberalismus, das man mit verschiedenen Phrasen ausschmückt. Man braucht Nahrungsmittel und Rohstoffe für die Industrien, folglich müssen die Kolonien es liefern, folglich muß das britische Imperium weiter bestehen. Die Labour Party wird schon dafür sorgen, daß Chamberlain und Baldwin und Churchill sozialistisch „kolonisieren“. Selbstverständlich fehlt nicht die salbungsvolle Phrase von der „Rückständigkeit“ verschiedener Stämme und Völker, die die englische Bourgeoisie mit Hilfe der Labour Party in väterlicher Fürsorge zur Zivilisation erziehen will. Und wenn, wie Herr Guest berichtet, ein Verfassungsgesetz für das Indische Reich im Unterhaus eingebracht werden soll, so kann man selbstverständlich, sagt er, solchen Staaten, wie dem Sudan, nicht die gleiche politische Vertretung in den Reichskonferenzen gewähren, manche Stämme sind

sogar noch Kannibalen! Wie schrecklich! Und noch einmal wiederholt Herr Guest die Schreckenskunde von den grausigen Kannibalen im Sudan.

Er kritisiert heftig die Kommunisten, die es wagen, in der Kolonialfrage, wie er angibt, folgende Forderungen zu stellen:

- a) Schaffung eines möglichst engen Bündnisses zwischen den Arbeitern und Bauern im ganzen Reich;
- b) Ergreifung aller Maßnahmen zur Freilassung aller politischen Gefangenen und der Uebertragung aller Rechte an die arbeitende Klasse;
- c) möglichst rasche Verwirklichung des Selbstverwaltungsprinzips und vollständige Unabhängigkeit aller Nationen.

Entrüstet ruft Guest aus:

„Diese Kritiker wünschen einen Zerfall des britischen Weltreiches, weil es eine ausbeuterische kapitalistische Einrichtung sei. Die mit überwältigender Mehrheit angenommene Arbeiterpolitik hingegen will das britische Weltreich sozialisieren, wie wir auch England selbst, diesen wesentlichsten Bestandteil des Imperiums, zu sozialisieren bestrebt sind.

Jawohl, Herr Guest, wir nehmen Ihre Sozialisierung nicht ernst, wir haben Herrn Macdonald an der Arbeit gesehen, und auf die Gefahr hin, auch weiterhin Ihre Gunst zu verlieren, behaupten wir: Sie wollen den englischen Imperialismus stützen und erhalten, nicht aber sozialisieren. Der Weg zu einer wirklichen „Sozialisierung“ führt eben über den Verfall des britischen Imperiums, dieses Horts der Reaktion. Wir wissen nicht, warum Herrn Guest die Kannibalen in Sudan so viel Sorge bereiten, und ob er persönliche Gründe hat, vor den Kannibalen Angst zu haben; wir können aber Herrn Guest eins sagen: er soll ruhig bei sich in England zu Hause bleiben und am Sonntag eine Partie Tennis, Hockey spielen oder eine Landpartie machen. Da ist er vor den Kannibalen in Sicherheit. Warum geht er zu den Kannibalen? Natürlich um sie zu zivilisieren. Herr Guest und seine Gesinnungsgenossen täten besser, ihre eigenen englischen „Kannibalen“ zu zivilisieren, die im Menschenblut waten, nicht weil sie physischen Hunger leiden, das wäre zu verzeihen, sondern getrieben von ihrer Gier nach Profit. Die Labour Party sollte nicht vergessen, daß die englische Bourgeoisie, in ihrem Imperium und auch anderswo, in China usw. tagtäglich einem „Kannibalismus“ fröhnt, demgegenüber das, was bei den Stämmen im Sudan vorkommt, harmlos zu nennen ist.

Freilich, Herr Guest und Herr Macdonald, Söhne einer auserwählten Rasse und Nation, es sind „Britten“; folglich können sie ruhig so manche Völkerstämme und „Nationen“ „verspeisen“, ist es doch eine Ehre für diese armen Schlucker, von einer „höheren“ Menschenrasse vertilgt zu werden. Wehe aber, falls die armen Sünder des Sudan es wagen sollten, sich an einem Guest oder Macdonald zu vergreifen!

Und diese „stumpfsinnigen“ Kommunisten wollen all dies nicht verstehen!

Es sei noch zum Schluß darauf hingewiesen, daß wir im „Kampf“ und in der „Gesellschaft“ nun endlich eine Auseinandersetzung mit Sombarts Schund- und Schandwerk, „Der proletarische Sozialismus“, finden. Sombart wird zwar sowohl von Hannak im „Kampf“ wie auch von Polack in der „Gesellschaft“ viel zu ernst genommen. Es ist auch nicht richtig, wenn Hannak es versucht, eine Kluft zwischen dem jetzigen Sombart und dem ehemaligen zu finden. Es heißt auch Sombart zu viel Ehre antun, wenn Polack dem Schandwerk Sombarts eine größere Arbeit widmet und von Sombart als „Marx-Biograph“ handelt. Aber immerhin ist das schon eine Tat für die „Gesellschaft“, denn in der Julinummer 1925 haben wir in derselben „Gesellschaft“ eine Besprechung des Sombartschen Dreckes von Erich Kraus, wo wir z. B. folgendes finden: „Das historische und psychologische Beste ist der 2. Band, „Die Bewegung“. Hier zeigt sich Sombart verschiedentlich in der sozial- wie individual-psychologischen Charakteristik als der bekannte Meister feiner Beobachtung und durchaus treffsicheren Zeichnung. Kapitel wie: „Das Proletariat in ideologischer Reinheit“, „Das wirkliche Proletariat“ und auch „Das Führerproblem“, müssen als meisterhaft anerkannt werden.

Es soll S. gedankt sein, daß er sein Buch so vertieft und aus-
weitet hat."

So urteilte man im führenden Organ der II. Internationale über Sombarts „Ausführungen“, die an pöbelhafter Oberflächlichkeit, gemeiner unehrlicher, unwissenschaftlicher Gesinnung und fabelhafter Ignoranz ihresgleichen in den Schmähchriften gegen den Sozialismus suchen. Jetzt hat sich die Gesellschaft endlich eines besseren besonnen.

H. WALETZKI:

„DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN, IHRE ROLLE IN DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG DER GEGENWART“*

Die unter der Redaktion des Genossen Varga herausgegebene Sammlung von Aufsätzen über die sozialdemokratischen Parteien in einer Reihe wichtiger Staaten stellt nach den Worten des Redakteurs selbst den „ersten Versuch“ dar, die zeitgenössische Nachkriegs-Sozialdemokratie einer marxistischen Analyse zu unterziehen. Die Aufgabe ist um so schwieriger, als die sozialdemokratischen Parteien, deren Politik zu dreiviertel auf Heuchelei und Betrug gegründet ist, selbst nicht nur ernsthaften Untersuchungen darüber ausweichen, was sie in Wirklichkeit darstellen, sondern auch jede Veröffentlichung selbst nur annähernd genauer faktischer Daten über sich zu vermeiden suchen. Die Verfasser der einzelnen Kapitel des Sammelbuches sahen sich deshalb gezwungen, das Material aus allen möglichen Quellen zusammenzusuchen, es zu gruppieren und zu überprüfen, bevor sie es einer Analyse unterzogen. Neben einem allgemeinen Abschnitt über die Politik der II. Internationale als Gesamtheit enthält das Buch Aufsätze über die sozialdemokratischen und Arbeiterparteien (reformistische) Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens, Oesterreichs, der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns und endlich der Vereinigten Staaten.

Das Kapitel über die Politik der II. Internationale (S. 9—10) beginnt mit dem Hinweis auf die inneren Widersprüche der derzeitigen Sozialdemokratie als einer „bürgerlichen Arbeiterpartei“. Einerseits besteht ihre Hauptfunktion in der Verteidigung der Existenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung innerhalb der Arbeiterklasse; andererseits ist sie, um das Vertrauen der Arbeiterklasse sich zu bewahren, gezwungen, sich der Phraseologie des Klassenkampfes zu bedienen. Die zeitgenössischen sozialdemokratischen Parteien sind, jede für ihren Teil, mit ihrer nationalen Bourgeoisie verbunden; deshalb rufen die Gegensätze der Interessen unter den Bourgeoisien der einzelnen Länder auch gegensätzliche Bestrebungen unter den sozialdemokratischen Parteien dieser Länder wach. Das ist der zweite Widerspruch innerhalb der II. Internationale.

Ungeachtet dieser Widersprüche werden in den letzten Jahren Versuche unternommen, der Nachkriegs-Sozialdemokratie eine theoretische Grundlage zu geben, in der Hauptsache in Form des Aufbaues einer demokratischen Staatstheorie, die den Klassencharakter des Staates leugnet. Im Buche werden charakteristische Auszüge aus den Reden Hilferdings, de Brouckères, Hendersons und Breitscheids auf dem vorjährigen internationalen Kongreß in Marseille angeführt, die die verschiedenen Seiten dieser Theorie formulieren. Im Sinne einer Perspektive hält die II. Internationale den Kurs auf die Wiederaufrichtung und das Erlühen des Weltkapitalismus und auf die pazifistische Ueberwindung des Imperialismus in Form einer Verwirklichung des „Ueberimperialismus“ mit Hilfe der

*) Herausgegeben von Eugen Varga (Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 1926). 318 S.

„überstaatlichen“ Organisation des „demokratisierten“ Völkerbundes. Im Zusammenhang damit bildet der Kampf gegen die Sowjet-Union und der Kampf mit den kommunistischen Parteien eine der wesentlichsten allgemeinen Aufgaben der II. Internationale.

Von den Abhandlungen, die dem weiteren Studium der sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder gewidmet sind, muß der Abschnitt über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. 20—70) als eine der eingehendsten und interessantesten bezeichnet werden. Er beginnt mit der alten Geschichte dieser Partei, in der der Autor allerdings einige Anachronismen nicht zu vermeiden verstanden hat, indem er die Beurteilung von Tatsachen der Vergangenheit vom Standpunkte der gegenwärtigen Periode unternimmt. So sagt beispielsweise der Autor über das Aufblühen der marxistischen Literatur in der Periode des Sozialistengesetzes (in den 80er Jahren) folgendes: Ihr leitender Geist war Kautsky: — es war ein Marxismus, wie er durch den Kopf Kautskys, eines kampfflosen, unrevolutionären, formal-demokratischen Schriftstellers, hindurchging.“ Ein Urteil, das zweifelsohne nicht nur äußerst einseitig, sondern auch historisch vollkommen unrichtig ist. Der Autor hält es für nötig, seine bedingungslose Sympathie für die sogenannten „Jungen“ (1890/1891) auszusprechen, die unzweifelhaft halb anarchistische Elemente waren, welche in der Folge entweder in den vollkommenen Anarchismus oder in den Reformismus und Revisionismus hinabgeglitten sind und keinen einzigen Menschen dem linksradikalen Flügel (Rosa Luxemburg, Mehring usw.) zugeführt haben, als dieser entstand. Ueber Bebel hat der Autor nichts zu sagen, mit Ausnahme des Hinweises darauf, daß er als Vater der „patriotisch-militaristischen Taktik“ auch der wirkliche Vater des 4. August 1914 geworden ist. Unhistorisch ist auch die Behauptung des Autors, daß „die jetzige Rolle der SPD sich nicht wesentlich von ihrer Rolle in der dem Kriege unmittelbar vorangegangenen Periode unterscheide, höchstens dadurch, daß ihr antirevolutionärer Charakter von den Führern jetzt offen ausgesprochen und greifbar bewiesen werde durch ihre Beteiligung an der Regierung, besonders in den Augenblicken, in denen das bürgerliche Regime offensichtlich von der Revolution bedroht werde.“

Das zweite Kapitel enthält reichhaltiges Material über die ziffernmäßige Stärke der deutschen Arbeiterklasse. Im dritten Kapitel finden wir Zahlenmaterial über die politischen Organisationen des Proletariats (die Sozialdemokratische Partei — 844 000 Mitglieder, die KPD — 150 000, usw.) und über die Gewerkschaften (im ganzen am Schlusse des Jahres 1925 — 7 Millionen Mitglieder, von denen 4,6 Millionen auf die sogenannten „freien“ Verbände entfallen).

Im vierten Kapitel schildert der Autor den Einfluß der Sozialdemokraten auf die Arbeiterklasse auf Grund der Daten der Parlamentswahlen der letzten Jahre, der Betriebsrätewahlen und der Wahlen für die Gewerkschaftsinstanzen, endlich auf Grund einer Berücksichtigung des Einflusses der verschiedenartigen Arbeiterorganisationen, die zum Bereich der Sozialdemokratie gehören.

Die folgenden Kapitel sind dem Apparat der Sozialdemokratischen Partei gewidmet, darunter auch ihrer Presse (171 Tageszeitungen mit einer Auflage von mehr als 1 Million Exemplaren), ihrem inneren organisatorischen Leben, dem sozialen Bestand der Mitglieder, ihrer Zeitungsleser und Wähler, der Zusammensetzung der Partei nach Alter, sowie den leitenden Kreisen derselben. Des weiteren werden die Abstufungen des Einflusses der Sozialdemokratie auf die 20 Millionen deutscher Proletarier und die Rolle der in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Proletarier untersucht. Besonders wertvoll ist das ausgedehnte Kapitel über die politischen Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, das sich auf überaus reichhaltiges und noch wenig bekanntes Material stützt. Endlich behandeln die letzten Kapitel die politischen Mittel, die von den Sozialdemokraten zwecks Fesselung der Arbeitermassen angewandt werden, sowie den Kampf der sozialdemokratischen Führer gegen die kommunistische Bewegung. Das letzte Kapitel, das auf sechs Hauptlinien im Angriff der deutschen Sozialdemokratie auf die Kommunisten hinweist, erfordert meines Erachtens in den weiteren Ausgaben des Buches eine ernsthafte Umarbeitung, besonders im Hinblick auf seine große praktische Bedeutung. Neben dem, was man in dieser Frage aus dem Studium der sozialdemokratischen Presse

entnehmen kann, müßte eine weitgehende Enquete angestellt und die Resultate derselben einer neuen Bearbeitung dieses Kapitels zugrunde gelegt werden.

Bescheidener als die Abhandlung über Deutschland erscheint die Arbeit über die französische Sozialistische Partei (S. 71—103). Mehr als ein Drittel derselben beschäftigt sich mit der Geschichte, was aber infolge der Kompliziertheit dieses Stoffes dem Autor keine Möglichkeit gegeben hat, die Aufgabe, die er sich gestellt, erfolgreich durchzuführen. Wertvoll ist das kleine Kapitel über den Guesdismus. Im allgemeinen ist dieses Kapitel nach dem gleichen Plane aufgebaut wie das Kapitel über Deutschland und enthält viel interessantes faktisches und Ziffernmateriel. Relativ schwach ist das Kapitel über die Strömungen innerhalb der Sozialistischen Partei, überaus interessant ist das Kapitel über ihren Kampf gegen die Kommunisten.

Zu den wertvollsten und originellsten Abhandlungen des Sammelbuches gehört die Abhandlung über die britische Arbeiterpartei (S. 104—120). Es wäre erwünscht, diesen Abschnitt in den folgenden Ausgaben durch Einschluß eingehenderen faktischen Materials bedeutend erweitert zu sehen. Ebenso ist es notwendig, das Verhältnis der Labour Party zur Kommunistischen Partei einer bedeutend vollständigeren und eindringenderen Analyse zu unterziehen.

Zu den besten Arbeiten gehört auch der Artikel über die beiden sozialistischen Parteien Italiens (S. 121—146), der maximalistischen (zentristischen) und der „unitären“ (rechten). Der Aufsatz über die Belgische Arbeiterpartei (S. 147—164), der sich vorwiegend auf das jüngst erschienene umfangreiche Buch Vanderveldes stützt, gibt ein plastisches Bild dieser komplizierten und starken Organisation.

Die Abhandlung über die österreichische Sozialdemokratie (S. 165—187), die nicht wenig interessantes Material gibt, befriedigt in ihren allgemeinen Teilen den Leser nicht, besonders einen solchen, der in bezug auf die Analyse dieser innerhalb der II. Internationale eine große ideologische Rolle spielenden Partei anspruchsvoll ist. Die Abhandlungen über die Tschechoslowakei (S. 188—208), über Polen (S. 209—239), über Ungarn (S. 248—261), über die Balkanstaaten (S. 262—274) rufen in dem Leser den Wunsch nach einer detaillierteren und vertiefteren Behandlung des Gegenstandes wach. Im besonderen bezieht sich dies auf den allzu zusammengepreßten Aufsatz über die Balkanstaaten, der beispielsweise der bulgarischen Sozialdemokratie insgesamt nur sechs Seiten widmet.

Die Abhandlungen über die Sozialdemokratische Partei der Vereinigten Staaten (S. 275—294) ist weniger interessant geworden, als erwartet werden durfte; offenbar nicht so sehr durch die Schuld des Autors, als durch die Schuld dieser Partei selbst, von der der Autor sagt: „Die Sozialdemokratische Partei ist eine unbedeutende Organisation, deren Einfluß meist auf Tradition beruht; sie hat auch keine Aussicht, eine Massenpartei der Arbeiterschaft zu werden. Sie übt auch nicht den geringsten Einfluß auf die offizielle Politik der Gewerkschaften aus.“

In dem Buche fehlen Abhandlungen über die skandinavischen sozialdemokratischen Parteien und über die Parteien der baltischen Länder, ebenso über die holländische Partei. Es wäre erwünscht, daß diese Lücke in den folgenden Ausgaben des Buches ausgefüllt würde.

Das Ende des Buches enthält ein überaus nützliches Namensverzeichnis, sowie ein Verzeichnis der Abkürzungen und Fremdwörter. Leider hat sich auch eine Reihe verdrießlicher Fehler eingeschlichen.

Der linke belgische Sozialist Demblon, der mit Sympathie für den Kommunismus gestorben ist, war niemals ein „belgischer Marxist, im Gegenteil, er hat nie etwas vom Marxismus verstanden. Von Serrati heißt es: „Nach dem Kriege der Führer der „Dritt-Internationalisten“, während diese Fraktion im Jahre 1921 gegen Serrati gegründet wurde; er hat sich ihr bedeutend später genähert. Jean Volders war kein Arbeiter, sondern ein Handelsangestellter. Merrheim war in Zimmerwald, und nicht in Kienthal. Jaurès vor allem als „Universitätsprofessor“ zu bezeichnen, könnte man nur mit einer Urkundenfälschung in seinem Passe, usw.

Das Buch, dessen Erscheinen zweifelsohne nicht nur in den Reihen unserer kommunistischen Parteien, sondern auch in weitesten Arbeiterkreisen das allerregste Interesse

wachrufen wird, beweist, welch gähnende Lücke bisher in unserer Literatur bestanden hat. Es beweist aber in seiner jetzigen Form auch, wie schwer es ist, eine solche Lücke auszufüllen. Was in dieser Richtung von Genossen Varga und seinen Mitarbeitern geschehen ist, hat unbestritten Wert. Die folgenden Ausgaben des Buches werden den Autoren gestatten, das Begonnene zu entwickeln und zu vervollständigen.

AL. DOBRODJEANU:
PAUL HELD, QUER DURCH RUMÄNIEN*

Von allen Ländern Europas ist Rumänien vielleicht das dem breiten Publikum am wenigsten bekannte Land. An Interesse für dieses eigenartige Land hat es sicherlich nicht gefehlt. Ein gründliches, das ganze Wesen des politischen Lebens und der ökonomischen Struktur Rumäniens umfassendes Werk gibt es bis jetzt aber nicht.

Diese Lücke wird von dem Büchlein Helds keineswegs ausgefüllt. Wie der Titel zeigt, handelt es sich hier nur um eine flüchtige Uebersicht über die Verhältnisse des Landes, gleichwie im Fluge vollbracht. Doch muß anerkannt werden, daß der Verfasser es nicht dabei bewenden läßt, eine flüchtige Skizze zu entwerfen. Er schaut sich die merkwürdigen Erscheinungen genauer an und versucht auch, in dem engen Rahmen, den er sich gesteckt hat, tiefer in die sozial-ökonomischen Zusammenhänge hineinzublicken.

So bewertet und ergründet er ganz richtig die politischen Umwandlungen der Nachkriegszeit: die Verschiebung des Gleichgewichtszentrums unmittelbar nach dem Kriege gegen Siebenbürgen zu; die provisorische Ueberleitung eines Teils der politischen Macht an das siebenbürgische Industriekapital; die Rolle, die dabei den regierungswürdigen Bauernparteführern zukam; schließlich die Wiederergreifung der Macht seitens der Liberalen nach einer vorbereitenden Phase, dargestellt durch die provisorische Regierung des ewigen „ehrlichen Maklers“, des Generals Averescu —, all diese Erscheinungen werden ins rechte Licht gerückt. Und der Verfasser schiebt die wirklichen Beweggründe nicht leichtthin auf das auf der Hand liegende Bereicherungsstreben. „Es war einerseits ein Kampf darum, ob die feudalen oder ob die kapitalistischen Kräfte die Führung des Staates innehaben sollten, andererseits war es ein Kampf der Provinzen um Autonomie. . . . Dieser Kampf zwischen Zentralismus und autonomer Verwaltung, zwischen Feudalismus und Kapitalismus war ein innerer Kampf des Großbürgertums zweier Reichsteile — des Bojarentums und des Finanzkapitals Altrumäniens auf der einen Seite und des Industriekapitals auf der anderen Seite. Der Kampf endete, wie nicht anders zu erwarten war, mit einem Siege des Bojarentums (und seiner Alliierten); denn dieses hatte die Armee und alle anderen Machtmittel des Staates auf seiner Seite. Die neue Verfassung des geeinigten „Großrumäniens“ wurde im Parlament im Sinne der sich liberal nennenden Bojaren angenommen.“

Ohne umständliches Zahlenmaterial wird in dieser Frage (wie auch in der Behandlung der Agrarfrage) die tiefe Realität Rumäniens geschildert.

Was sonst das Büchlein in leicht verständlicher und anregender Art noch bringt, alle Aspekte des politischen, kulturellen, administrativen, öffentlichen Lebens Rumäniens, mit all den Sitten und Gebräuchen einer Gesellschaft, die ein Zwitterding zwischen einer feudalen Ordnung und einer bis zum Zerfall getriebenen bürgerlichen Ordnung ist, all dies ist dazu angetan, das lebendige Bild Rumäniens zu vervollständigen. Manche Uebertreibungen könnten fehlen, sie tun ihm aber keinen wesentlichen Abbruch.

* Münsterverlag, Wien.

Wenn bisher dem eigenartigen kapitalistischen Rumänien in der sozialistischen Literatur wie in der internationalen Bewertung zu wenig Beachtung geschenkt wurde, so ist es Zeit, sich eines anderen belehren zu lassen. Besonders die internationale kommunistische Bewegung sollte die Rolle, die die heutige gegenrevolutionäre rumänische Bourgeoisie spielt, nicht unterschätzen. Ganz im Stillen, entsprechend ihrem ganzen Wesen, hat die herrschende Clique Rumäniens die Sowjetrepublik Ungarns vor sechs Jahren erdrosselt. Auf sie hat die Zankowregierung zuversichtlich gebaut, und mit ihrer indirekten großen aktiven Hilfe konnte die internationale Bourgeoisie gestern die Aufstandsbewegung der bulgarischen arbeitenden Massen ersticken, wird sie morgen einen großzügigen breiten Feldzug gegen die Festung des internationalen Proletariats beginnen.

Zur besseren Kenntnis der Besonderheiten des Vorpostens der Weltreaktion kann die anspruchslose Schrift Paul Helds nur empfohlen werden.

P. KITAIGORODSKI: DER GROSSE KRIEG IM STILLEN OZEAN*

Der große Krieg im Stillen Ozean, das ist der sensationelle Titel eines neuen Werkes Bywaters, eines der hervorragendsten Admirale der nordamerikanischen Kriegsflotte.

In seinem aufsehenerregenden ersten Werk, „Die Seemacht im Pacific“, behandelt Bywater die Frage eines bewaffneten Konfliktes zwischen der Dollarrepublik und Japan ausschließlich von strategischen Gesichtspunkten aus. In dem neuen Buch behandelt derselbe Vertreter des nordamerikanischen Marinismus dieselbe Frage sozusagen vom Standpunkt des Praktikers.

Der Revolverschuß in Serajewo diente als Signal für den imperialistischen Krieg der Jahre 1914—18. Die in Tokio im Januar 1931 platzende Bombe entfesselt den Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Mit dem ihm eigenen Zynismus und Sinn für Realitäten verbirgt der Verfasser nicht, daß die eigentlichen Ursachen des Konfliktes materieller Natur sind — der Kampf um die Kontrolle Chinas. Die Pekinger Regierung vergibt die Eisen- und Kohlenkonzession von Kjangsi an ein amerikanisches Syndikat. Japan protestiert mit der Erklärung, daß Kjangsi sich in seiner Interessensphäre befinde. Die innere Lage Japans selbst ist äußerst schwankend. Die Regierung einer Kriegsquise verschärft die sozialen Konflikte im Lande. Hinter der herrschenden Klasse steht das Gespenst der Revolution. Die kommunistische Bewegung verstärkt sich. Im Januar 1931 wird der Generalstreik proklamiert. Die Unruhen in der Hauptstadt und Provinz häufen sich, und die Polizei ist machtlos gegenüber der rebellischen Masse. Ein Hitzkopf von Student schleudert eine Bombe auf den Ministerpräsidenten. Nun beschließt die japanische Regierung, durch einen Krieg mit Amerika die Aufmerksamkeit des Landes abzulenken und dadurch die Entwicklung der Revolution im Innern zu paralisieren.

So schildert der Verfasser die Ursachen des militärischen Zusammenstoßes zwischen Japan und Amerika. Letzteres ist selbstverständlich ein unschuldiges Land, das sich in der Notwehr gegenüber dem japanischen aggressiven Imperialismus befindet. Die ersten zwei Jahre bescheren der amerikanischen Flotte Niederlagen. Die Gründe: das Fehlen starker Flottenstützpunkte im Stillen Ozean und die große Entfernung, die es der amerikanischen Admiralität unmöglich macht, rechtzeitig seine militärischen Kräfte an den japanischen Gestaden zu konzentrieren. Die Ueberlegenheit der japanischen Flotte, deren Basis in der Nähe der Philippinen liegt, ist evident. Die chinesischen Ufer sind für die amerikanische Handelsflotte gesperrt, der Rückgang des amerikanischen Exports ist kata-

* Der große Krieg im Stillen Ozean. Eine Geschichte des amerikanisch-japanischen Kampfes im Jahre 1931—33. London 1925. 317 Seiten.

strophal. Denn in der ersten Zeit beherrscht Japan den Pacific. Zum Ende des Jahres 1932 reißt Amerika alle seine materiellen Kräfte zusammen, und die amerikanische Kriegsflotte überrascht dank geschickter Manöver die japanischen Kriegsschiffe bei der Insel Jap, woselbst eine furchtbare Seeschlacht entbrennt, in deren Verlauf das japanische Geschwader stark geschwächt und havariert den Kampfplatz verlassen und in den machtvoll befestigten Uferstützpunkten Rettung suchen muß. Dieser für die japanische Flotte betäubende Ausgang des Kampfes war auch die Ursache für die Niederlage der japanischen Armee, die in den ersten Monaten des Krieges Manila besetzt hatte. Japan ist gezwungen, um Frieden zu bitten. Das großmütige Amerika willigt ein. Für seine Neutralität erhält die USSR den südlichen Teil von Sachalin, China seine volle Unabhängigkeit und Korea etwas ähnliches. Alle deutschen, durch den Versailler Vertrag Japan zugesprochenen Inseln kommen in den Besitz Amerikas. Und trotzdem, so schließt der Verfasser — der Krieg ist eine zu teure Angelegenheit und die materiellen Verluste machen sich nicht bezahlt. Wehe den Besiegten, aber auch die Sieger haben nichts zu lachen.

Das wäre in Kürze der Entwurf, der dem Verfasser dazu dient, auf mehr als dreihundert Seiten Schlachtenbilder zu entrollen: furchtbare Schlachten der Luft-, Ueber- und Unterwasserflotten.

Zweck dieses Buches: Dem Yankee die japanische Gefahr vor Augen zu führen und in ihm patriotische Gefühle zu erwecken, die es ihm nicht erlauben, mit Opfern zu geizen, um die Flotte der nordamerikanischen Union auf jenen Stand zu bringen, der es ihr ermöglicht, schon im ersten Ansturm die japanischen Seestreitkräfte zu zertrümmern.

Wenn man vom maritimen Kräfteverhältnis Amerikas und Japans ausgeht, wie es im Jahre 1925 besteht, so werden wir sehen, daß von 18 amerikanischen Linienschiffen nur 10 (mit 108 Geschützen) imstande sind, einen Kampf auf maximaler Distanz zu führen, die sich auf eine Sichtweite von 25 Werst (gegen 14 Meilen) beschränkt. Hingegen sind die japanischen Linienschiffe, von denen es zwar nur zehn (mit 96 Geschützen) gibt, infolge ihrer überlegenen Schnelligkeit (um mehr als 2 bis 6 Knoten) in der Lage, den amerikanischen Kriegsschiffen die Annäherungsdistanz vorzuschreiben.

Auch was die Kreuzer anbetrifft, ist die amerikanische Flotte der japanischen nicht gewachsen. Der Verfasser schürt den Patriotismus der Yankees, sie zur Freigebigkeit auffordernd, und treibt sie, einen Druck auf die Regierung ausüben, um von dieser die Verstärkung der Kriegsflotte zu erzwingen. Die im Januar 1925 im Pacific begonnenen Manöver der amerikanischen Flotte wurden von den amerikanischen Militaristen in großzügiger Weise zu maritimen Propagandazwecken ausgenutzt. Das Erscheinen einer derartigen Literatur und eine ganze Reihe anderer Symptome zeugen deutlich von der Möglichkeit, mehr noch, der Unvermeidlichkeit eines amerikanisch-japanischen Krieges, wenn auch nicht in den Jahren 1931—33 (dem Zeitpunkt, den der Ideologe des amerikanischen Marinismus ins Auge faßt), so doch vielleicht etliche Jahre später. Die Washingtoner Konferenz hat den Kriegsrüstungen keinen Einhalt geboten, Japan rüstet seinerseits fieberhaft für das künftige Ringen mit Amerika. Der Weltimperialismus bereitet einen neuen Krieg vor, vor dem die Schrecken des Weltkrieges der Jahre 1914—18 verblassen werden. Die Tatsache, daß der amerikanische Autor des rezensierten Buches der USSR die Rolle eines neutralen Zuschauers zuteilt, ist ein indirekter Beweis für die gewichtige Rolle, die die Union der SSR jetzt schon im fernen Osten spielt.

Soeben erscheint der neue Roman von
H E N R I B A R B U S S E

DIE KETTE

Stimmen zu Barbusses neuem Roman

ROMAIN ROLLAND: „Ich beglückwünsche Sie herzlichst zu Ihrer großen Rede über die Menschheitsgeschichte. Sie sind einer der größten Visionäre des Nachkriegseuropas. Sie sind ein Repräsentant nicht nur durch ihre Werke, sondern auch als Arbeiter; nicht nur durch den Blick des Malers, sondern durch das geschaffene Meisterwerk selbst.“

STEFAN ZWEIG: „... Ein gigantisches Bild der Menschheit mit einer außerordentlichen Fülle von Gedanken und Leidenschaften.“

Das zweibändige Werk ist in einem Band erschienen, Großformat, im Umfang von 520 Seiten, auf bestem holzfreiem Papier hergestellt und mit farbigem Schutzumschlag versehen.

Preis: Broschiert 6.80 RM., Halbleinen 9.80 RM., Ganzleinen 12 RM.

Farbige Prospekte stehen auf Anforderung
zur Verfügung

NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN NW 7